PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44 a – Auflage: 53 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 17.12.1974 fertiggestellt.

19. Dezember 1974 Jg. 2 Nr. 29 50 Pfennig

Die Regierungsmassnahmen sollen Staat und Kapital im Lohnkampf stärken

"Appell an die Gewerkschaften" – so hat die Frankfurter Rundschau ihren Bericht über die Debatte im Bundestag zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung überschrieben. "Jetzt die Lohnpolitik" lautete der Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum gleichen Thema. Schon diese Überschriften geben einen Hinweis, auf was es der Bundesregierung bei der Verabschiedung ihrer Konjunkturmaßnahmen ankam: Die Regierungsmaßnahmen sollen einen niederen Lohnabschluß im Öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie herbeiführen und der Gewerkschaftsführung einen weiteren Rückzug ohne Gesichtsverlust erleichtern. Im Bundestag stellte Schmidt fest: "... Jeder versteht, daß ich hier von den bevorstehenden Lohnbewegungen spreche... Jeder weiß, daß er zu einem wichtigen Teil mitwirken muß, wenn das Ganze gelingen soll... Überall werden wir um unsere Gewerkschaftsbewegung beneidet. Ohne sie und ihr Verantwortungsbewußtsein hätten wir unseren hohen Einkommensstand nie erreichen können. Ich vertraue in unserer heutigen Lage erneut auf ihre Urteilskraft." (Frankfurter Rundschau vom 14. Dezember) Die 9 Milliarden sollen als Abschlagszahlung an die Arbeiter und Angestellten gelten, die halt den Kapitalisten in die Tasche gesteckt werden mußte, denn sie bestimmen ja bekanntlich über die Arbeitsplätze. Die ganzen Regierungsmaßnahmen zur angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze sind ein perfides Manöver im Kampf der Kapitalistenklasse und der Regierung gegen jede Lohnerhöhung.

Den Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst wird jetzt gesagt werden: "Geld ist keins da, wir mußten alles für die Sicherung der Arbeitsplätze ausgeben. Ihr müßt
Arbeitsplätze ausgeben. Ihr müßt
euch mit weniger Lohn für das nächste Jahr zufriedengeben. Das macht euch ja auch nicht viel aus, es geht euch ja sowieso besser als den anderen Arbeitern und Angestellten. Da könnt ihr zu deren Gunsten schon auf einiges verzichten."

Den Metallarbeitern soll gesagt werden:

"Ihr seht doch, eure Kapitalisten haben überhaupt kein Geld. Damit sie euch überhaupt weiterbeschäftigen, muß man ihnen sogar Geld geben. Die nehmen euch nicht mal mehr geschenkt. Man muß ihnen draufzahlen. Ihr müßt also mit einer Senkung des Reallohns zufrieden sein. Das ist immer noch besser als Arbeitslosigkeit. Eure Kollegen im Öffentlichen Dienst bekommen schließlich auch nicht mehr."

Diese Melodie werden wir in den nächsten Wochen aus allen Zeitungen, aus Rundfunk und Fernsehen hören, und die bürgerlichen Politiker werden sie uns landauf und landab vorsingen. Das Schlimme ist, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in den Verhandlungskommissionen nach dieser Melodie tanzen werden, wenn man sie daran nicht hindert. Schon hat Kluncker gesagt, er erwarte bei den nächsten Verhandlungen ein befriedigendes Angebot der Regierung. Das kann nur heißen, daß er nach den Konjunkturmaßnahmen der Regierung noch mit weit weniger befriedigt wäre als mit der Erfüllung der Forderungen der Großen Tarifkommission. Auf der Linie der sozialdemokratischen Gewerkschafts-
sozialdemokratischen Gewerkschafts-
führung gibt es kein Halten. Sie wollen die Versöhnung, die Kapitalistenklasse will die Unterwerfung. Um der Versöhnung willen weichen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zurück und bereiten die Unterwerfung vor. Da können die Gewerkschaftsmitglieder nicht mitgehen. Warum?

Die Regierungsmaßnahmen dienen nicht der Sicherung der Arbeitsplätze

Der größte Teil der 9 Milliarden wird den Kapitalisten für Investitionen gegeben. In der gegenwärtigen Situation werden die Kapitalisten diese Gelder nicht nutzen, um Erweiterungsinvestitionen durchzuführen, sondern sie werden sie nutzen, um Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Diese Investitionen werden keine Arbeitsplätze schaffen, sondern Arbeitsplätze beseitigen. Dazu werden die Kapitalisten durch die Regierungsmaßnahmen ermuntert. Für die Arbeiter im Betrieb wird dies Verschärfung der Arbeitshetze bedeuten.

Der sogenannte Lohnkostenzuschuß für den Kapitalisten macht die Arbeiter zur Spekulationsware und bringt sowieso bestenfalls einen kleinen Ausgleich gegenüber den Entlassungen, die die Rationalisierungsinvestitionen nach sich ziehen werden.

Die sogenannte Mobilitätszulage soll die Arbeiter zur Annahme von schlechterer und schlechter bezahlter Arbeit veranlassen und soll die Arbeitslosen in eine bewegliche Masse von Lohndrückern verwandeln. Für ein bißchen Geld auf die Hand, auf das noch nicht mal ein Rechtsanspruch besteht.

Tatsächlich nützt also der Arbeiterklasse keine einzige der Maßnahmen der Regierung. Sie schaden ihr direkt.

Die Regierungsmaßnahmen dienen der Vernebelung der Tatsachen

Die Arbeiter produzieren den gesellschaftlichen Reichtum, und nicht die Kapitalisten, die sich diesen Reichtum aneignen. Wenn die Arbeiter im Kapitalismus keine Arbeit finden, dann liegt das daran, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die gesellschaftliche Produktion zu entwickeln, weil er diese von den Profiten der Kapitalisten abhängig macht. Nicht liegt es daran, daß es nichts zu arbeiten gibt und daß die Gesellschaft im Überfluß lebt. Die Regierungsmaßnahmen zielen nun darauf ab, diese Tatsachen zu verhüllen: Die Arbeiterklasse soll sich nicht als produzierende Klasse begreifen, auf die die Kapitalistenklasse angewiesen ist, sondern soll sich als bedürftige Klasse begreifen, die auf die Kapitalistenklasse angewiesen ist. Die Regierungsmaßnahmen sollen den berechtigten Stolz der Arbeiterklasse brechen und ihren Mut, für ihre Forderungen zu kämpfen. Fällt die Arbeiterklasse auf die Regierungsmaßnahmen herein, dann kann die Kapitalistenklasse ohne großen Widerstand die Arbeitshetze in den Betrieben verschärfen und gleichzeitig die Löhne drücken sowie noch mehr Arbeiter hinauswerfen.

Den Kampf gegen die Verschärfung der Arbeitshetze, gegen die Lohndrückerei und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit führen!

Der Schwindel der Regierungsmaßnahmen kann nicht lange vorhalten, weil diese Maßnahmen der Arbeiterklasse nichts bringen werden. Im Gegenteil. Also kommt es darauf an, sich keinen Augenblick durch diesen Schwindel blenden zu lassen. Die CDU/CSU wollte Maßnahmen, die klarlegen, was die bürgerlichen Parteien tatsächlich wünschen: Sie wollte Steuererleichterungen für die Kapitalisten und sonst nichts. Das hätte jeder Arbeiter als eine Politik für die Kapitalisten durchschaut. Das Gleiche wollte die FDP. Die SPD ist da geschickter. Sie hat ihre Unterstützungsmaßnahmen für die Kapitalisten getarnt. Sie hat an die Tarifauseinandersetzungen gedacht und versucht die Arbeiter hinters Licht zu führen, statt ihnen ins Gesicht zu schlagen. Sie tut das, um ihnen in den Lohnauseinandersetzungen um so besser das Fell über die Ohren ziehen zu können.

Das muß man erkennen, und wenn man es erkennt, sieht man auch sofort, daß man sich darauf nicht einlassen darf, wenn man am Ende nicht als der Betrogene dastehen will.

J.S.

Großer Erfolg der Sammlung für die KVZ als Wochenzeitung!

Die Umstellung der KVZ auf wöchentliches Erscheinen hat zahlreiche Kosten verursacht. Um diese Kosten zu decken und die Umstellung zu ermöglichen, haben wir zu einer Geldsammlung aufgerufen.

Die KVZ ist eine wichtige Waffe der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Sie dient dem Zusammenschluß der Arbeiter und ihrer Organisierung. Viele Arbeiter und Angestellte, Lehrer, Ärzte, Schüler und Studenten haben dies erkannt und tragen zur Schärfung dieser Waffe bei. Sie arbeiten an der KVZ mit durch Artikel und Korrespondenzen. Sie haben nun durch ihre Spenden das wöchentliche Erscheinen ermöglicht. Insgesamt 167 384,20 DM sind zusammengekommen. Damit schließen wir diese Sammlung ab. Ihr Ergebnis bedeutet für die Organisation, das Zentrale Komitee und die Redaktion sowie den Vertrieb eine große Verpflichtung, ihre Arbeit gut zu machen und die KVZ als Waffe im Klassenkampf weiter zu verbessern.

Joscha Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des KBW

Die nächste Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung kann aus druck- und vertriebstechnischen Gründen erst am 9. Januar 1975 erscheinen.
Wir grüßen alle Leser zum Neuen Jahr.

die Redaktion

Die Frage nach dem 13. Monatsgehalt

Meine Frau arbeitet in den Bremer Krankenhausanstalten. Das 13. Monatsgehalt wurde zusammen mit dem Lohn für November ausgezahlt. Brutto war es die "stolze Summe" von 2 888,– DM. Geht man dann die einzelnen Felder des Lohnstreifens durch, nimmt diese Summe beängstigend ab. Am Ende steht dann ein Auszahlungsbetrag von 1 689,– DM. Die Farce des 13. Monatsgehalts wird deutlich, wenn man von diesem Geld den normalen Monatslohn von 915,– DM netto abzieht. Es bleibt übrig: 774,– DM, also viel weniger, als man auf den ersten Blick meinen sollte.

Dieser Lohnraub zeigt deutlich, daß der kapitalistische Staat durch die progressive Besteuerung zusätzlich 141,– DM kassiert.

–K.W., Bremen–

Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in % der Beschäftigten Ende November 1974

5 % und mehr
4 bis 5 %
3 bis 4 %
unter 3 %

BERLIN (WEST)

Den Widerstand gegen die kapitalistische Rationalisierung mit dem Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit verbinden

Seite 3



80 000 demonstrierten in Saigon / USA und Thieu planen Vernichtungsschlag

Plan Comet aufgedeckt

In Südvietnam ist die Bevölkerung in allen Städten gegen das Thieu-Regime aufgestanden. 80 000 Menschen haben am vergangenen Wochenende allein in Saigon demonstriert, wobei zwei von der Polizei erschossen wurden. Die Befreiungsarmee ist auf dem Vormarsch, um die durch Thieu nach dem Pariser Abkommen widerrechtlich besetzten Gebiete unter der Verwaltung der Provisorischen Revolutionären Regierung von Thieus Söldnern zu säubern.

Das ist die Antwort des Volkes in Südvietnam auf die Politik Thieus und der US-Drahtzieher gegen die Erfüllung des Pariser Friedensabkommens. Am 5. August 1973 hatte Thieu seinen Standpunkt so dargelegt: "Keinen Frieden, keine demokratischen Freiheiten, keine nationale Versöhnung und Eintracht". Und am 5. Juni 1974 an die US-Regierung gerichtet vor der Versammlung der Lehrer Südvietnams: "Wir haben keinen Mangel an Menschenleben... Wir stellen Ihnen Menschenleben zur Verfügung, dafür sollen Sie uns Geld geben. Nur so können Sie – als Führer der freien Welt – Ihre Pflicht erfüllen..."

Diese Terrorpolitik hat auch zum Zusammenbruch der Wirtschaft geführt. Die Produktion ist lahmgelegt, die Preise der Waren sind für die Volksmassen in's Unerschwingliche gestiegen, 1974 wurde die Währung zehnmal abgewertet, in den Städten sind 60 % der Bevölkerung von einer katastrophalen Hungersnot betroffen. Auf der anderen Seite bereichern sich die Handlanger des US-Imperialismus an dem Elend.

Angesichts dieser Lage kämpft trotz der blutigen Unterdrückung die ganze südvietnamesische Bevölkerung, Arbeiter, Bauern, Lehrer, Schüler, Studenten, katholische Priester, buddhistische Mönche, die Dritte Kraft in einer Front mit der Provisorischen Revolutionären Regierung mit den Forderungen:

Thieu muß weg, damit die Verwirklichung des Pariser Abkommens möglich wird!

Schluß mit der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Südvietnams!

Der Plan "Komet"

In dieser Situation, wo Thieu mit jedem Tag mehr in's Wanken gerät, sind nicht einmal mehr die von den USA als Alternative zu Thieu aufgebauten Figuren wie General Minh bereit, in das sinkende Boot des US-Imperialismus zu steigen. Deshalb haben die US-Berater und Thieu zusammen einen Plan "Komet" erstellt, nach dem in einem kurzen blutigen Schlag die gesamte politische Opposition gegen Thieu, egal welcher politischen Orientierung, liquidiert werden soll, ähnlich den Massakern, die die US-Imperialisten in Indonesien, in Chile und zahlreichen anderen Ländern durchführen ließen.

Damit die Weltöffentlichkeit ihnen nicht in den Arm fällt, soll gemäß dem Plan während der Zeit die internationale Presse durch Falschmeldungen, Besetzung der Pressestellen in Saigon durch reaktionäre Berichterstatter usw. lahmgelegt werden. So wurden die Korrespondenten der französischen Zeitung "Le Monde" bereits kürzlich ausgewiesen.

Die Aufdeckung des Plans verhindert nicht seine Durchführung. Die Massenaktionen werden im Januar weiter zunehmen, den Faschisten und Reaktionären bleibt zur Niederhaltung der Volksmassen bloß das Massaker. Es ist klar, nur das Volk in Südvietnam kann die faschistischen US-Marionetten stürzen. Aber dabei braucht es die Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt!

Deshalb haben die Provisorische Revolutionäre Regierung, die Dritte Kraft, Katholiken und Buddhisten zur Unterstützung der Bevölkerung Südvietnams aufgerufen.

Ausführlich Seite 14

Aus dem Inhalt:



Das ist der neue Lastwagen für den Vertrieb der Kommunistischen Volkszeitung, der mit einem Teil der Spenden für die KVZ-Wochenzeitung bezahlt wurde.

KVZ-Wochenzeitung Spendeneingänge vom 8.11. bis 12.12.

Spender	Betrag
U.R., Tübingen	128,32 DM
KHG Köln	1 155,00 DM
GUV Münster	190,00 DM
J.M., Bremen	32,00 DM
J.W., Baierbrunn	25,00 DM
KHG Alfeld	140,00 DM
KHG Westberlin	4 000,00 DM
KHG Karlsruhe	362,00 DM
F.G., Neuss	572,00 DM
L., Zürich (Schweiz)	50,00 DM
E.F., Heidelberg	50,00 DM
Soldaten und Reservistenkomitee Wiesbaden	50,00 DM
Sammlung Polibula Frankfurt	230,00 DM
SG des KBW Goslar	40,33 DM
KHG Freiburg	1 125,00 DM
KHG Westberlin	50,00 DM
R.O., Heidelberg	50,00 DM
SG des KBW Würzburg	156,00 DM
M.R., Frankfurt	10,00 DM
KHG/Zelle Biologie-Chemie Köln	200,00 DM

Chemie Köln 200,00 DM

Spender	Betrag
GUV Freiburg	560,00 DM
GUV Freiburg	190,00 DM
H-H.V., Kiel	480,00 DM
OAG Dortmund	250,00 DM
KHG/Zelle Slawisten Heidelberg	50,00 DM
S.ST. u. W.F., Westberlin	50,00 DM
H.H., Deutsch-Evern	10,00 DM
U.Sch., H.S., Heidelberg	100,00 DM
SG des KBW Peine	420,00 DM
H.O., Kiel	200,00 DM
KHG Konstanz	200,00 DM
SG des KBW Frankenthal	30,00 DM
Wählerversammlung Gallus Frankfurt	100,00 DM
GUV Gießen	700,00 DM
H-H.K., Kiel	50,00 DM
SG des KBW Heilbronn	250,00 DM
SG des KBW Diepholz	200,00 DM
OG Wolfsburg	60,00 DM
GUV Köln	80,00 DM
H-V.R., Düsseldorf	15,00 DM
SG des KBW Kassel	100,00 DM
C., Treysa	150,00 DM
E.G.E., Kiel	10,00 DM
OG Waiblingen	20,00 DM
R.B., Frankenthal	5,00 DM
KSB Bremen	1 037,00 DM
OAG Bielefeld	100,00 DM

Spender	Betrag
KSO Gießen	100,00 DM
SG des KBW Friedberg	20,00 DM
D.Tr., Essen	70,00 DM
SG des KBW Müllheim	60,00 DM
OAG Winheim	140,00 DM
H.L., Kaiserslautern	10,00 DM
Sympathisanten aus München	22,00 DM
SSG Hamburg	1 305,00 DM
W.G., München	20,00 DM
Fr.D., Göttingen	200,00 DM
OAG Wetzlar	200,00 DM
OAG Wetzlar	200,00 DM
KOB Westberlin	92,00 DM
H-H.R., Deutsch-Elvern	10,00 DM
J.W., Baierbrunn	25,00 DM
M.B., Westberlin	50,00 DM
OAG Wetzlar	40,00 DM
H.C., Heidelberg	200,00 DM
KHG/Zelle Psychologie Heidelberg	460,00 DM
KHG Freiburg	871,00 DM
E.M., Friedrichshafen	10,00 DM
M.K., Frankfurt	10,00 DM
C.G., Münster	100,00 DM
L.H., Westberlin	100,00 DM

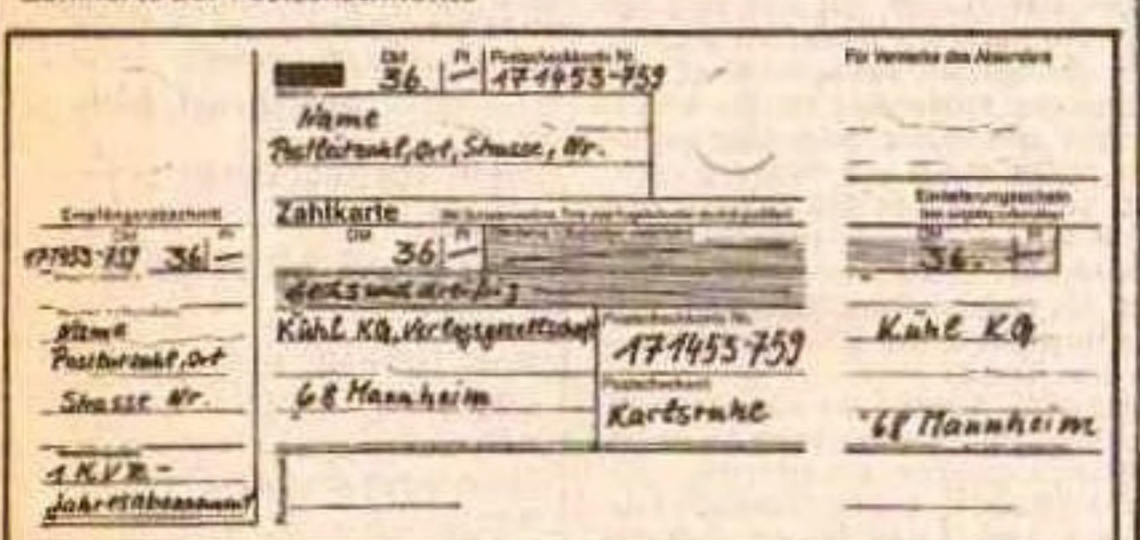
L.H., Westberlin 100,00 DM

Spender	Betrag
SG des KBW Bonn	100,00 DM
Sammlung Buchladen Hannover	287,00 DM
SG des KBW Tübingen	1 0000,00 DM
G.T., Heidelberg	100,00 DM
H.J.Sch., Hamburg	10,20 DM
KVZ-Lesekreis Egelbach	77,80 DM
KHG Hohenheim	100,00 DM
Sch., Kiel	100,00 DM
KVZ-Leserkreis/Stotz Heidelberg	46,30 DM
Spende	350,00 DM
OG Göttingen	640,00 DM
Aufbauzelle Klinik der SG Gießen	80,00 DM
G.L., Frankfurt	10,00 DM
KSG und OG Wiesbaden	430,00 DM
SG des KBW Bruchsal	120,00 DM
OG Mannheim	4 012,70 DM
OG Heidelberg	8 894,57 DM
GUV Heidelberg	2 700,00 DM
C.R. und H.H., Heidelberg	100,00 DM

Damit sind insgesamt 167.524,20 DM auf das Spendenkonto für das wöchentliche Erscheinen der KVZ bis zum 12.12.eingegangen.

Jahresabonnement der Kommunistischen Volkszeitung

Die Bestellung eines Jahresabonnements geschieht einfach durch Überweisung von 36,– DM (für In- und Ausland, Porto eingeschlossen) durch Zahlkarte auf Postscheckkonto


Zahlkarte
DM 36,– Postscheckkonto Nr. 171453-759
Name
Postleitzahl, Ort, Straße, Nr.
DM 36,–
sechsunddreißig
Kühl KG, Verlagsgesellschaft
171453-759
68 Mannheim
Postscheckamt Karlsruhe
Empfängerabschnitt: 171453-759 36,–
Name, Postleitzahl, Ort, Straße, Nr.
1 KVZ-Jahresabonnement
Einlieferungsschein: 36,–
Kühl KG
68 Mannheim

oder Banküberweisungsauftrag.

Kühl KG. Verlagsgesellschaft, 68 Mannheim Sandhoferstr. 29
Bankleitzahl: 670 900 00
Konto-Nr. des Empfängers: 57 34 18
Volksbank Mannheim
1 KVZ-Jahresabonnement
DM 36.–
sechsunddreißig
eigene Kontonummer
Name, Postleitzahl, Ort, Straße, Nr.
Datum
Unterschrift

Die erfolgte Überweisung gilt als Bestellung, ein besonderes Bestellschreiben ist nicht nötig.

NATO und EG in der Krise

Auf der NATO-Tagung der letzten Woche sind die Minister übereingekommen. daß die Lage "düster" ist und 1975 die "Unsicherheit" sich weiter steigert.

Bei einer Lagebeurteilung geht man im Allgemeinen folgendermaßen vor: Man untersucht zunächst die Kräfte des Feindes und dann die eigenen Kräfte, So sind die Minister auch vorgegangen. Doch wer sind die Feinde der NATO-Minister und der Regierungen, denen sie angehören? Der NATO-Genralsekretär Luns hat laut dpa einen "Geheimbericht" an die Außenminister gegeben. In diesem Bericht stellt Luns fest: "Bis 1980 würden die NATO-Länder ein Zahlungsbilanzdefizit von 300 Milliarden Dollar und Ende dieses Winters 11 Millionen Arbeitslose haben. Selbst ein teilweises Ölembargo als Folge eines neuen Nahostkonflikts würde die freie Marktwirtschaft und das demokratische System mehrerer Allianzländer erschüttern." (nach Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Dezember)

Die Arbeiterklasse ist der Feind der NATO-Partner

Wenn wir von diesen beiden Kernsätzen des Geheimberichtes ausgehen, dann sind für die Nato-Minister alle diejenigen Feinde, die zur Erschütterung der "freien Marktwirtschaft und des demokratischen Systems" beitragen. Die ständig wachsenden Arbeitslosenheere werden von dem Generalsekretär der NATO selber angesprochen. Aber das sind nicht nur die Arbeitslosen in den einzelnen Mitgliedsländern. das ist erstens die gesamte Arbeiterklasse in den jeweiligen Ländern und das sind zweitens die Völker der Welt, wovor Minister sich fürchten. Daß die internationale Arbeiterklasse der Feind für die NATO-Minister ist, steht zwar nicht ausdrücklich im Abschlußkommunique drin. Das ist auch nicht nötig, denn daß das so ist, haben uns deutlich die

daß das so ist, haben uns deutlich die

NATO-Manöver "Schneller Wechsel", "Bold Guard", "Reforger VI" usw. gezeigt, die in den letzten Monaten auf dem Boden der Bundesrepublik stattgefunden haben. Diese Manöver zeichnen sich allesamt dadurch aus, daß umfangreiche militärische Kräfte bereitgestellt wurden für die Abwehr von !Sabotageakten oder Streikaktionen der westdeutschen Arbeiterklasse.

Daß die um Unabhängigkeit und nationale Befreiung kämpfenden Völker der Dritten Welt die Feinde der NATO sind,das steht ausdrücklich drin im Abschlukommunique. So wird "die Besorgnis über die Lage im Nahen Osten" zum Ausdruck gebracht, die für den Weltfrieden und damit für die Sicherheit der Mitglieder gefährliche Konsequenzen haben könne."

Worin liegt die Bedrohung, die aus dem Nahen Osten für die NATO kommt? Sie liegt darin, daß das palästinensische Volk auf allen Ebenen seinen Kampf fortsetzt und die Lage für den NATO-Brückenkopf Israel nicht mehr haltbar ist.

Ein erneuter Ölboykott durch die arabischen Staaten ist möglich. Eine Veränderung des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten zu Gunsten des palästinensischen Volkes und zu Ungunsten des zionistischen Unterdrückerstaates kann die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens der NATO-Staaten zur Folge haben.

"Als beunruhigend wird ferner die Unstabilität im Mittelmeerraum bezeichnet." Im Zentrum steht dabei die Auseinandersetzung im östlichen Mittelmeer um Zypern und die Tatsache, daß das griechische Volk gegen die NATO ist und die griechische Regierung ihren Austritt aus dem militärischen Bündnis vollzogen hat und jetzt auch angekündigt hat, den Status der US-Stützpunkte in Griechenland zu überprüfen und zu kündigen. Auf der anderen Seite Protugal. Dort hat das Volk die faschistischen Machthaber, die willfährige Handlanger des Imperialismus waren, davongejagt. Dadurch ist auch das Verhältnis der derzeitigen portugiesischen Regierung zur NATO bestimmt.

Im Gegensazt zum Kampf der Völker der Dritten Welt und zu der Gefahr, die von der Arbeiterklasse in den NATO-Staaten selber ausgeht, wird der anderen Supermacht und dem unter ihrer Botmäßigkeit stehenden Worschauer Pakt vergleichsweise wenig Raum geschenkt im Abschlußkommunique. Es wird auf das atomare Gleichgewicht verwisen und die Übermacht der Staates des Warschauer Pakts auf konventionellem Gebiet. Dieses Übergewicht an Rüstung soll ausgeglichen werden. Die USA beginnen damit, indem sie eine zusätzliche Panzerbrigade im März nach Süddeutschland verlegen. Eine zweite Panzerbrigade soll außerdem in Norddeutschland stationiert werden. Welche anderen Konsequenzen haben die Minister aus dieser düsteren Analyse gezogen?

Sie wollen die Konsultation verbessern, sie wollen ihre militärische Stärke aufrechterhalten und sie wollen die Rüstung vereinheitlichen. Gegenüber den Ölförderländern wollen die USA ein "Verbraucherkartell", eine "Übernato", einen Pakt in dem besonders auch Japan Mitglied ist. Sie gehen dabei von der Erkenntnis aus, daß ohne eine solche Vereinigung der westlichen Industrieländer eine Aktion gegen die Ölländer undurchführbar ist. Zugleich wollen die US-Imperialisten auf diese Weise ihre Vormachtstellung gegenüber den imperialistischen Konkurrenten festigen.

Bedeutet die Tatsache, daß die NATO-Minister die Lage für schlecht befinden, daß die Lage tatsächlich schlecht ist? Das Gegenteil ist der Fall. Schlecht ist die Lage für die Imperialisten, immer besser wird sie für die gegen den Imperialismus kämpfenden Völker der Welt und die für ihre soziale Befreiung kämpfende internationale Arbeiterklasse.

Die Gipfelkonferenz der EG-Staaten

Insgesamt 15 Stunden tagten in der letzten Woche die Regierungschefs der EG-Länder in Paris. In der bürgerlichen Presse fand zuvor ein großes Rätselraten statt, ob nach dieser Konferenz die EG endgültig kaputt sei oder ob es gelingen werde, das "EG-Schiff" wieder klarzumachen.

In Höfers sonntäglichem Frühschoppen am 15. Dezember wurde das so formuliert: 'Die Weltwirtschaftskrise steht vor der Tür, es kommt darauf an, daß wir sie nicht hereinlassen.' Darum ging es auch bei diesem EG-Gipfel, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik der EG-Länder zur Verhinderung der Krise festzulegen.

Als Ergebnis des Gipfels hält die Frankfurter Allgemeine vom 12.12. fest: "Die Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen sollen die Nachfrage stimulieren, die Länder mit Zahlungsbilanzdefizit sollen mehr Stabilitätspolitik betreiben, ohne zum Protektionismus Zuflucht zu nehmen."

Im Klartext heißt dies, daß der EG-Gipfel die Politik der Profitankurbellung der Bundesregierung für richtig hält, da außer der BRD nur noch Holland einen Zahlungsbilanzüberschuß aufweist. Weiterhin, daß die Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten, insbesondere England und Italien, Sparmaßnahmen nach der Art Kanzler Schmidtsdurchführen sollen und das heißt, Lohndrückerei, Rationalisierung bei gleichzeitiger Verschärfung der Steuerschraube und Erhöhung der Preise für öffentliche Dienstleistungen. Daß all dies vor allem im Interesse des westdeutschen Imperialismus ist, ergibt sich auch daraus, daß die Länder, die zur Sparpolitik Zuflucht nehmen sollen, gleichzeitig darauf festgelegt wurden, keine protektionistischen Maßnahmen, also keinerlei Behinderungen der Einfuhren durchzuführen. Davon profitieren natürlich vor allem die exportstarken westdeutschen Kapitalisten.

Wenig gebracht hat die Konferenz für die Frage, in welcher Form sich die EG an dem von den USA vorgeschlagenen Kartell der Ölverbraucherländer beteiligen solle (siehe KVZ Nr. 27)

Im Abschlußkommunique heißt es zu dieser Frage: "Die Regierungschefs

messen der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Präsidenten der französischen Republik sehr große Bedeutung zu." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Dezember) Was diese Begegnung zwischen dem US-Präsidenten Ford und dem französischen Regierungschef brachte, ist ein Kompromiß, der darin besteht, daß 1975 eine gemeinsame Konferenz der Ölverbraucherländer und der ölproduzierenden Länder stattfinden soll, daß sich die Ölverbraucherländer aber zuvor auf eine gemeinsame Marschroute einigen sollen.

Weiterhin wurde die Bildung eines europäischen Fonds für regionale Entwicklung beschlossen, der 1975 1,1 Milliarden DM umfassen soll. Den größten Teil wird wohl die Bundesregierung hineinbezahlen, und erhalten werden den größten Teil Italien (rund 40 %) und Großbritannien (28 %). Auch dieser Regionalfonds ist kein Opfer der westdeutschen Regierung; denn wie im Fernsehen zu hören war, letztlich wird sie auch dieses Geld über Warenexporte in diese Länder wieder hereinbekommen, und letztlich hängen die Exportmöglichkeiten der westdeutschen Kapitalisten davon ab, daß die Krise in diesen Ländern nicht ein zu großes Ausmaß annimmt.

Zugeständnisse reichen nicht aus

Im Kampf der hungerstreikenden Häftlinge gegen die Isolatiohshaft scheinen nun, wo nach Aussagen des Mediziners Frey "für alle 31 Streikenden chronische Lebensgefahr" besteht, die Fronten doch ein Stück in Bewegung zu geraten. Obwohl die Justizbehörden eisern jede Existenz von Isolationsmaßnahmen weiter abstreiten, sind offenbar in Westberlin und in Stuttgart-Stammheim einzelne Isolationsmaßnahmen aufgehoben worden.

Die Forderungen der Häftlinge sind inzwischen noch einmal ausdrücklich von einer Reihe von schwedischen Schriftstellern, dem Schriftsteller Peter Weiß sowie von der schwedischen Reichtagsfraktion der kommunistischen Partei unterstützt worden. Der Sekretär der britischen Sektion von Amnesty International Österreicher hat inzwischen offenbar mit verschiedenen politischen Häftlingen sprechen können und Verhandlungen mit den Vollzugsbehörden für Erleichterungen der Haftbedingungen geführt.

Beachtung verdient in dieser Situation ein Brief, den der ehemalige Bundespräsident Heinemann an Ulrike Meinhof geschickt hat, um sie zur Beendigung des Hungerstreik zu überreden. In diesem Brief heißt es unter anderem: "Die Beschwerden gegen Haftbedingungen, die Sie mit Ihrem Hungerstreik verbunden haben, sind – jedenfalls heute – zum großen Teil gegenstandslos. Etwaige Reste werden geprüft. Es besteht daher kein Grund mehr, den lebensgefährlichen Hungerstreik auch nur noch einen Tag fortzusetzen."

Wenn heute kein Grund mehr bestehen soll, so gibt Heinemann immerhin zu, daß die Gründe für den Hungerstreik, die Isolationsmaßnahmen, nicht von irgendwem erfunden worden sind; er gibt also unter der Hand zu, daß der Hungerstreik gerecht, notwendiges Mittel für gerechte Forderungen, für die alle anderen Mittel versagthaben, ist.

Beachtenswert ist auch eine weitere Stelle des Briefes, in der Heinemann den RAF-Häftlingen gerechte politische Ziele zubilligen muß: "Sie wollen Schäden in unserer Gesellschaft – was immer Sie darunter verstehen mögen – beseitigen und denen helfen, die unter solchen Schäden leiden."

Die Gefangenen der RAF haben inzwischen zu der Bombenexplosion auf dem Bremer Hauptbahnhof eine Erklärung abgegeben, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Aktionen der RAF richten sich niemals gegen das Volk.

Die Bombe, die am Samstag im Bremer Hauptbahnhof explodierte, erweist sich durch die Wahl des Ziels als Fortsetzung der Praxis der Staatsschutzpolizei. Zur Einschüchterung und Disziplinierung des Volkes benutzt sie nicht mehr allein das Mittel der Drohungen mit Bomben wie im Juni 1972 gegen Stuttgart, mit Raketen wie im März 1974 gegen Millionen Zuschauer der Fußballweltmeisterschaft, mit Trinkwasserverseuchung wie im August 1974 gegen die Bevölkerung Baden-Württembergs. Die Staatsschutzpolizei ist jetzt dazu übergegangen, ihre Provokationen in die Tat umzusetzen mit dem Risiko, unter der Bevölkerung ein Blutbad anzurichten.

Stuttgart, den 9. Dezember 1974
Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan Carl Raspe für die Gefangenen aus der RAF

Den Widerstand gegen die kapitalistische Rationalisierung mit dem Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit verbinden

Über die Arbeitslosigkeit berichten inzwischen auch die bürgerlichen Zeitungen. Über die Verschärfung der Arbeitshetze in den Betrieben, über die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, über die Verdichtung des Arbeitstages und seine gleichzeitige Verlängerung für einen Teil der Arbeiterklasse berichten sie nichts.

Die bürgerlichen Zeitungen wollen, daß nur die Arbeitslosigkeit gesehen wird, nicht aber die immer stärkere Ausbeutung, der die Arbeiter in der Produktion unterworfen werden. Unter der Drohung der Arbeitslosigkeit, über die ausführlich berichtet wird, sollen sich die Arbeiter dem wachsenden Druck der Kapitalisten im Betrieb unterwerfen. Dieser wachsende Druck selbst wird verschwiegen.

Die Regierungsmaßnahmen, die sich angeblich gegen die Arbeitslosigkeit richten, dienen in Wirklichkeit gerade der Verschärfung dieses Drucks. Mit 7,5 % Draufschlag wird jede Rationalisierungsinvestition belohnt und als Trostplaster für die Widereinstellung der so auf die Straße geworfenen Arbeiter sollen die Kapitalisten noch einmal 7,5 % erhalten.

Die Kapitalisten nutzen die gegenwärtige Krise zur rücksichtlosen Verschärfung der Ausbeutung und nutzen die Arbeitslosigkeit als Drohung. Die Arbeiter können sich gegen diese Verschärfung der Ausbeutung nur erfolgreich zur Wehr setzen, wenn sie gemeinsam gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit kämpfen.

Die entscheidende Front im Kampf gegen die Kapitalistenklasse ist die Front gegen die Verschärfung der Ausbeutung im Betrieb

Je mehr die Kapitalisten aus immer weniger Arbeitern herausholen können, desto mehr können sie auf die Straße werfen. Den Kapitalisten geht es um möglichst viel Profit bei möglichst wenig Lohn. Dieses Ziel versuchen sie zu erreichen durch Verringerung der Arbeiterzahl, für die sie Lohn zahlen müssen, durch Senkung des Lohns für die Arbeiter, die sie in der Produktion halten und durch die Erhöhung der Produktion der Arbeiter, die sie weiter in Arbeit halten. Will sich die Arbeiterklasse dagegen wehren, dann muß sie zuallererst verhindern, daß die Produktion auf ihre Kosten erhöht wird, dadurch daß ein Arbeiter für zwei oder mehr arbeiten
Arbeiter für zwei oder mehr arbeiten
muß und daß er länger arbeiten muß als vorher. Wehren sich nur einzelne Arbeiter in einzelnen Betrieben gegen diese Verschärfung der Ausbeutung, dann sind sie schnell weg vom Fenster.

Jeder Kampf wird zwar dadurch eingeleitet, daß ihn zunächst einige Belegschaften führen. Es kommt jedoch darauf an, daß sie in diesem Kampf nicht allein bleiben, und daß dieser Kampf ausgedehnt wird auf einen Kampf der ganzen Arbeiterklasse für Bedingungen, die der Verschärfung der Ausbeutung gewisse Grenzen ziehen und die Konkurrenz unter den Arbeitern einschränken.

Dies ist nur möglich durch gesetzte Regelungen, die die Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse durchsetzt. Dies hat die Arbeiterklasse frühzeitig erkannt und deshalb stets einen **Kampf für die Durchsetzung und Einhaltung des Normalarbeitstages** geführt, zunächst für den Zehnstundentag und dann für den 8-Stunden-Tag. Wie notwendig dieser Kampf ist, sieht man heute, wo trotz Kurzarbeit in einigen Bereichen, in anderen Bereichen der 8-StundenßTag praktisch keine Bedeutung hat. So hat z. B. die Mannheimer Großdruckerei in den letzten Wochen unter der Hand in der Offset-Abteilung den 12-Stunden-Tag eingeführt, bis die Arbeiter das nicht mehr mitmachten und jetzt nur noch 8 Stunden arbeiten.

Heute kommt es darauf an, den 8-Stunden-Tag erst praktisch für alle Arbeiter durchzusetzen. Das setzt ein vollständiges Verbot der Überstundenarbeit voraus, bei vollem Lohnausgleich, damit die Kapitalisten nicht immer einen Arbeiter gegen den anderen ausspielen können, wenn sie statt weitere Arbeiter einzustellen, die Überstundenklopperei zur Regel machen. Die Durchsetzung des 8-Stunden-Normalarbeitstages ist ein Schritt zur Verwirklichung des 7-Stunden-Tages, der durch große Dichte des Arbeitstages, durch die Arbeitshetze und den daraus folgenden hohen Verschleiß zu einer immer drängenderen Forderung für die Arbeiterklasse wird.

Um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen, ihre Konkurrenz untereinander zu verschärfen, und so immer mehr aus allen herauszupressen, haben sich die Kapitalisten immer neue Lohnsysteme ausgedacht, die sie zu immer größerer Arbeitsleitung für den Kapitalisten zwingen sollen. Das Akkord-System ist die Grundform dieser Auspressungsmethoden. Die Kapitalisten haben sich jedoch eine ganze Reihe ähnlicher Lohnsysteme einfallen lasen, um die Ausbeutung zu verschärfen und gleichzeitig zu verbergen. Beim Akkrodsystem kann der Kapitalist jede Lohnsenkung auf die mangelnde Leistung des Arbeiters schieben, wie er auch die Arbeiter zu immer höheren Leistungen antreiben kann durch Senkung des Akkords usw. Gegen diese verschärfte Ausbeutung ist es deshalb richtig die Forderung zu erheben:

Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme.

In der Krise kommt es den Kapitalisten darauf an, die Ausbeutung zu verschärfen, um so aus der Krise mit vollen Sack herauszukommen. Die Drohung der Arbeitslosigkeit erleichtert diese Verschärfung der Ausbeutung und die Verschärfung der Ausbeutung setzt immer mehr Arbeitskräfte frei, die der Kapitalist auf die Straße werfen kann. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter und die Drohung der Arbeitslosigkeit wird noch größer. Entsprechend kann der Kapitalist hoffen, die Ausbeutung noch einmal zu verschärfen. Diesen Teufelskreis können die Arbeiter nur durchbrechen, wenn sie sich gegen die Verschärfung der Ausbeutung im Betrieb wehren und wenn sie als ganze Klasse für gesetzliche Regelungen kämpfen, die dieser Verschärfung der Ausbeutung Grenzen ziehen. Auf solche gesetzliche Regelungen zielen die Forderungen:

Verwirklichung des Acht-Stundentages, vollständiges Verbot der Überstundenarbeit, als Schritt zur Durchsetzung des 7-Stundentages.

Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Lohnsysteme.

Einschränkung der Schichtarbeit auf Produktionsgänge, in denen dies technisch unerläßlich ist.

Für alle diese Forderungen können einzelne Belegschaften, ja einzelne Abteilungen den Kampf aufnehmen. **Wirksam durchsetzen kann sie nur die ganze Arbeiterklasse für entsprechende gesetzliche Regelungen, deren Einhaltung die Arbeiterklasse überwacht.**

Der Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit ist eine unerläßliche Voraussetzung, um die Flanken im Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu sichern.

Die Arbeitslosigkeit bildet die Grundlage für die Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern, und die Kapitalisten versuchen auf dieser Grundlage, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu schüren. Ihr Ziel ist es, die Arbeitslosen in ein Heer von Lohndrückern und Streikbrechern zu verwandeln, um jeden Widerstand in den Betrieben gegen die wachsende Ausbeutung sichern zu können. Dieser Absicht der Kapitalisten, die Arbeitslosigkeit zur Spaltung der Arbeiterklasse zu nutzen, muß die Arbeiterklasse entgegentreten, indem sie geschlossen für die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen kämpft und so verhindert, daß sie zum Spielball der Kapitalisten werden müssen. Die gegenwärtige Höhe des Arbeitslosengeldes, die Verzögerung seiner Auszahlung und die Undurchsichtigkeit seiner Berechnung sowie die Tatsache, daß es keineswegs für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, sondern höchstens für 12 Monate garantiert ist, liefern die Arbeitslosen an die Kapitalistenklasse aus. Jede weitere Verschärfung der Krise, jede weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und die Verlängerung ihrer durchschnittlichen Dauer wird dies immer deutlicher zeigen. Deshalb ist es notwendig, für die Forderung einzutreten und diese Forderung auch gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat durchzusetzen:

Mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

In den letzten Monaten verschärft sich besonders die jugendliche Arbeitslosigkeit. Zahlreiche Jugendliche finden nach dem Abschluß der Hauptschule weder eine Lehre noch eine Arbeit. Wenn die Arbeiterklasse verhindern will, daß ihre Jugend durch den Kapitalismus fertig gemacht und zur leichten Beute der Werber für Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr wird, dann muß sie durchsetzen, daß **die Jugendlichen, die keine Arbeit finden, sofort als Arbeitslose anerkannt werden, daß ihnen Arbeitslosengeld ausbezahlt wird, wenigstens in der Höhe von 60 % des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes entsprechend der Vergütung, die auch für die Jugendlichen in der Lehre erreicht werden muß.**

Die jugendliche Arbeitslosigkeit ist aber keineswegs nur eine Geldfrage. Die jugendlichen Arbeitslosen werden nicht nur von der Produktion ferngehalten, es wird ihnen durch die kapitalistische Gesellschaft auch alle Ausbildung vorenthalten, die sie brauchen, um ihre Arbeitskraft zu qualifizieren und sich das Wissen anzueignen, damit sich sich in der Klassengesellschaft zurechtfinden können. Die Arbeiterjugendlichen, die keine Arbeit finden, sind zwar bis achtzehn der allgemeinen Schulpflicht unterworfen, haben aber in Wirklichkeit keinerlei Recht auf eine Schulausbildung. In den Berufsschulen werden sie in Klassen für Arbeitslose gesteckt, und damit hat sich's. Mit Ausbildung hat dies überhaupt nichts zu tun, es sei denn mit Ausbildung zum Elendssuff. **Demgegenüber muß die Arbeiterklasse dafür eintreten, daß die allgemeine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr auch von den Arbeiterjugendlichen wahrgenommen werden kann. Dies geht nur, wenn die Einheitsschule durchgesetzt wird mit unentgeltlicher und obligatorischer, allgemeiner, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnder Bildung, mit Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln.** Um auf dem Weg zur Durchsetzung dieser Forderung dem direkten Elend der jugendlichen Arbeitslosen entgegenzuwirken, brauchen sie das Recht zur Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule und zu einem Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können.

Arbeiter, die Arbeit haben, und Arbeiter, die keine Arbeit haben, sondern suchen, sind in der Arbeitslosenversicherung zusammengefaßt. Die Arbeitslosenversicherung ist eine Pflichtversicherung. Alle Lohnabhängigen sind in ihr und durch sie organisiert. Insofern ist die Arbeitslosenversicherung eine Klassenorganisation. Diese Klassenorganisation steht aber vollständig unter der Fuchtel der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates, die den Rahmen für ihre Maßnahmen festlegen und mit Zweidrittelmehrheit ihre Verwaltung bestimmen. Die Gewerkschaften, die ebenfalls in der Verwaltung vertreten sind, verhalten sich dort nicht anders als wie sie sich zum Beispiel in den Aufsichtsräten kapitalistischer Großbetriebe verhalten. So sind die Einrichtungen der Arbeitslosenversicherungen heute nur Instrumente zur Gängelung und Schikane gegenüber der Arbeiterklasse, in denen die Arbeiterklasse mit ihrem Beitrag einen ganzen Apparat unterhalten muß, der im weiteren Verlauf des Klassenkampfes zur direkten Organisierung des Lohndrucks und Streikbruchs übergehen wird.

Die Arbeiterklasse ist an einer Arbeitslosenversicherung, in der alle Lohnabhängigen zusammengefaßt sind, durchaus interessiert. Nicht aber ist sie daran interessiert, daß sich diese Versicherung in den Händen der Kapitalistenklasse und ihres Staates befindet und daß die Arbeiterklasse diese Versicherung auch noch durch ihre Beiträge finanzieren soll. Deshalb ist es richtig, dafür einzutreten, daß **die Arbeitslosenversicherung in die Selbstverwaltung der darin versicherten Arbeiterklasse übergeht und daß die Beiträge für diese Versicherung von den Kapitalisten bezahlt werden.** Auf diese Weise kann die Arbeiterklasse ein Instrument ihrer Gängelung und Spaltung in ein Instrument zur Herstellung ihrer Einheit gegen die Kapitalistenklasse verwandeln. Eine solche Versicherung wird der Einheit der Arbeiter in Arbeit und der Arbeitslosen dienen. Gemeinsam werden sie dafür kämpfen können, daß die Kapitalisten ausreichende Beiträge in die Versicherung einbezahlen, statt sich wie jetzt in Widersprüche darüber zu verwickeln, ob die Beiträge erhöht werden sollen oder nicht.

Die Durchsetzung all dieser Forderungen setzt eine großartige Entfaltung des bewußten Klassenkampfes der Arbeiterklasse voraus. Das ist richtig. Ohne diese Forderungen wird sich der Klassenkampf jedoch gar nicht entfalten können, sondern wird sich immer wieder auflösen in die Konkurrenz unter den Arbeitern nach vorübergehenden Aufschwüngen in Abwehrkämpfen gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse.

Die Arbeiter in den Betrieben müssen die Führung übernehmen im Kampf für die Arbeiterforderungen insgesamt wie auch im Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeiter, die direkt in der kapitalistischen Produktion stehen, stehen an der Hauptfront im Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung durch die Kapitalisten. Sie können diesen Kampf jedoch nur führen, wenn sie die Führung der ganzen Klasse übernehmen, die Arbeitslosen in diesen Kampf einbeziehen und gemeinsam mit den Arbeitslosen den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit führen. Die Arbeiter in der kapitalistischen Produktion haben die entscheidenden Kampfmittel in der Hand; sie können die Produktion einstellen, sie können streiken für die Forderungen der Arbeiterklasse. Die Arbeitslosen allein haben keine sehr wirksamen Kampfmittel gegen die Kapitalistenklasse in der Hand, und wenn die Arbeitslosen alleingelassen werden, landen sie notwendig in der Verzweiflung und bestenfalls bei verzweifelten Kampfaktionen gegen die Kapitalistenklasse, die sie direkt in Gegensatz zu ihren Klassenbrüdern in den Betrieben treiben können. Wenn aber die Arbeiter in den Betrieben die Arbeitslosen nicht auf ihrer Seite halten, wenn sie sich nicht für die Interessen der ganzen Klasse einsetzen, d.h. auch für die Interessen der Arbeitslosen, dann verlieren ihre Kampfmittel völlig an Schlagkraft, weil die Kapitalistenklasse die Arbeitslosen gegen den Streik usw. wird ausspielen können. Die Notwendigkeit, die Einheit der Klasse herzustellen unter Forderungen der ganzen Klasse, ist keine idealistische Vorstellung, die man schön finden mag oder nicht, sondern ergibt sich direkt aus den Interessen aller Arbeiter. Deshalb wird es der Arbeiterklasse entweder gelingen, diese Einheit herzustellen. Dann wird sie gegen die Kapitalistenklasse erfolgreich antreten können. Oder es wird ihr nicht gelingen. Dann wird sie Spielball der Kapitalistenklasse werden.

Die gewerkschaftliche Organisation ist die elementare Voraussetzung für die Einheit der Klasse

Keine einzige der genannten Forderungen wird die Arbeiterklasse durchsetzen können, wenn sie sich nicht in den Gewerkschaften zusammenschließt und in den Gewerkschaften nicht die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes herstellt. Gegenwärtig gibt es diese Einheit noch nicht, denn in den Gewerkschaften herrscht der Geist der Klassenversöhnung, und die Gewerkschaftsführung setzt alles daran, den Geist des Klassenkampfes in den Gewerkschaften zu unterdrücken. Dies ist jedoch auf die Dauer gesehen ein vergebliches Unterfangen, denn der Klassenkampf entwickelt sich, und in den Gewerkschaften sammeln sich die Kräfte, die sich mit der Wehrlosigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse nicht abfinden. Gegenwärtig stellen die Gewerkschaften keine Forderungen auf, die geeignet sind, einen Kampf der ganzen Klasse gegen die kapitalistische Rationalisierung in den Betrieben und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiten. Insbesondere vernachlässigen die Gewerkschaften unter der gegenwärtigen klassenversöhnlerischen Führung vollständig die Organisierung der Arbeitslosen und leisten dadurch der Spaltung der Arbeiterklasse Vorschub. Das ist an manchen Orten und in manchen Gewerkschaften so weit gegangen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre, die von den Mitgliedsbeiträgen leben, arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder von Abstimmungen auf Mitgliederversammlungen ausschließen wollten (IG Druck und Papier Hamburg). Gegenüber dieser verantwortungslosen Politik ist es notwendig, für die Organisierung der Arbeitslosen durch die Gewerkschaften einzutreten, statt sie irgendwelchen Geschäftemachern in die Hände zu treiben, die jetzt schon mit ihren Machenschaften beginnen und allerlei Initiativen gründen, wie jetzt in Frankfurt.

Die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Arbeitslosen der gewerkschaftlichen Organisation nicht verloren gehen, ist die Verbesserung der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb und die Hebung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Betrieb. Gerade jetzt ist es notwendig, die Werbung neuer Mitglieder zu verstärken und diese Mitglieder für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes zu gewinnen. Dies reicht jedoch nicht aus: Die gewerkschaftliche Organisation muß für die Arbeitslosen auch eine tatsächliche Bedeutung haben, wenn die Arbeitslosen der gewerkschaftlichen Organisation nicht verloren gehen sollen. Auch solche Arbeitslose müssen sich in den Gewerkschaften organisieren können, die vor ihrer Arbeitslosigkeit noch nicht gewerkschaftlich organisiert gewesen sind.

Eine Bedeutung haben die Gewerkschaften für die Arbeitslosen nur, wenn die Gewerkschaften zum aktiven Träger des Kampfes für die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen werden und zum entschiedensten Vorkämpfer für die oben entwickelten Forderungen.

In diesem Kampf müssen die Gewerkschaften die Arbeiter selber einbeziehen, und zwar durch regelmäßige Versammlungen in den Stadtteilen, an denen Vertreter der betrieblichen Vertrauensleutekörper teilnehmen, und durch Bildung von Arbeitslosenausschüssen auf diesen Versammlungen, die innerhalb der Gewerkschaften die gleichen Rechte haben wie die betrieblichen Vertrauensleutekörper. Die Mitglieder dieser Ausschüsse müssen geradeso zur Mitgliedsaufnahmen berechtigt sein wie die betrieblichen Vertrauensleute.

So wie die Gewerkschaften gegenwärtig organisiert sind, können solche Mitgliedschaften natürlich nur in den Einzelgewerkschaften erworben werden entsprechend dem letzten Arbeitsplatz, und bei jugendlichen Arbeitern entsprechend der Ausbildung, die sie anstreben. Zusammengefaßt werden müssen die Arbeitslosen jedoch auf DGB-Ebene.

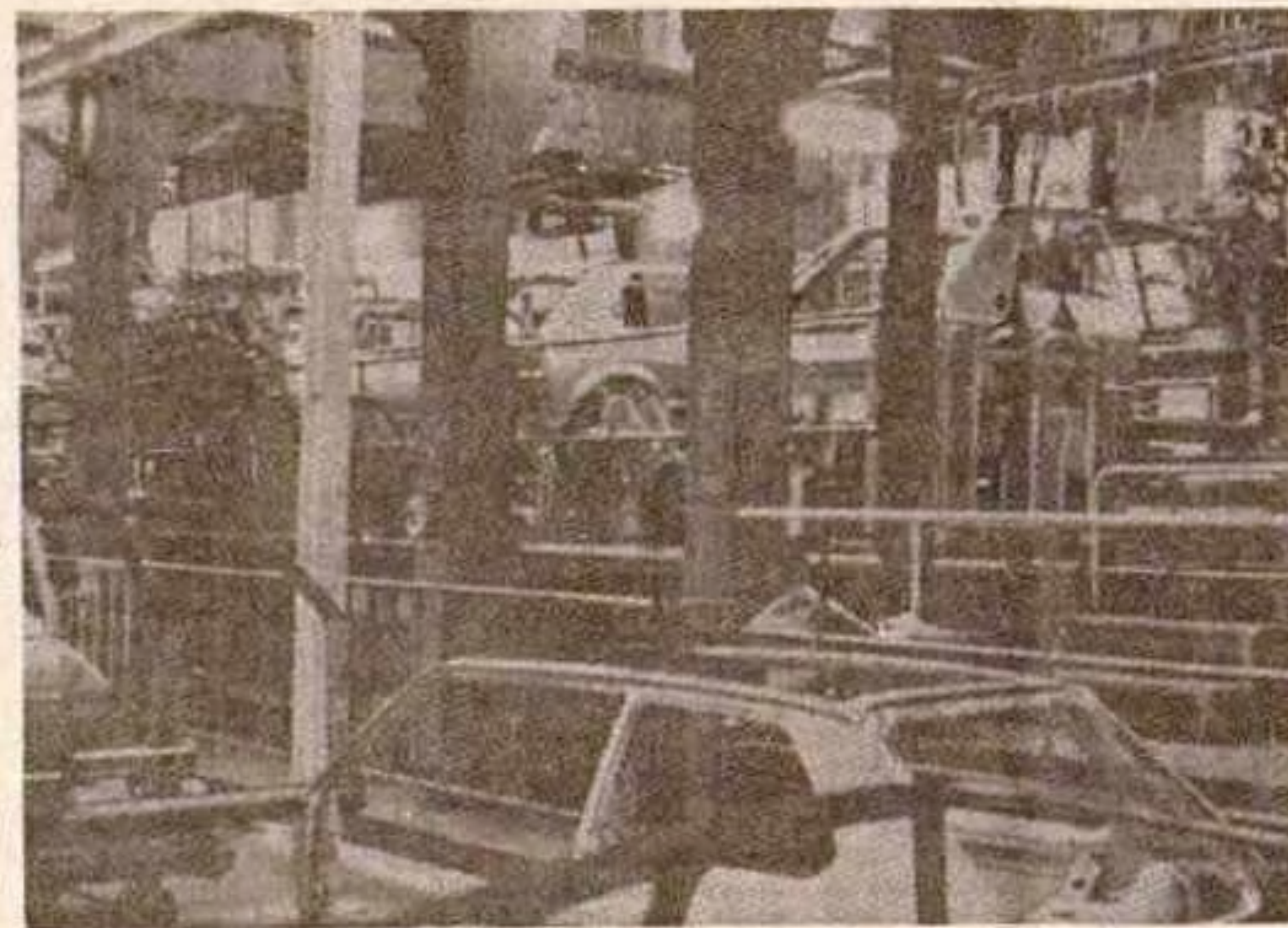
Gegen die Gefahr der Verlumpung durch langandauernde Arbeitslosigkeit müssen die Gewerkschaften ein umfassendes Bildungswesen entwickeln, das den Arbeitslosen gewerkschaftliches und politisches Wissen vermittelt, um sich im Klassenkampf bewähren zu können.

Es ist klar, daß die Klassenversöhnler in den Gewerkschaften sich all diesen Vorschlägen entgegenstellen und sich mit Händen und Füßen gegen ihre Durchführung wehren werden. Auf der anderen Seite werden diese Vorschläge jedoch bei der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder Unterstützung finden können, weil diese die Arbeitslosigkeit als Gefahr für die Arbeiterklasse, ihre Kampfbedingungen und die gewerkschaftliche Organisation erkennen.

Die bürgerlichen Politiker in der Regierung und in den bürgerlichen Parteien, aber auch in den Gewerkschaften, verbreiten Illusionen über die Arbeitslosigkeit. Sie tun so, als wär die ganze Sache im Frühjahr bestimmt wieder vorbei. Auf solche Illusionen darf sich die Arbeiterklasse nicht einlassen. In anderen kapitalistischen Ländern ist die Arbeitslosigkeit bereits seit Jahren zu einer Dauererscheinung geworden. Diese Zukunft hält auch der westdeutsche Kapitalismus für die Arbeiterklasse bereit. Dieser Zukunft muß die Arbeiterklasse begegnen, indem sie sich bewußt für eine ganz andere Zukunft entscheidet, den Sozialismus. Um aber den Sozialismus aufbauen zu können, um die Kraft zu gewinnen für die proletarische Revolution, muß sich die Arbeiterklasse im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zusammenschließen. Die Kommunisten machen es sich zur Aufgabe, dazu beizutragen.

J.S.

Rationalisierung bei VW: Wo heute noch 29 Kollegen gearbeitet haben,



An dieser Straße arbeiten nur noch wenige Kollegen, die Einzelteile einlegen. Früher wurden die ganzen Punktschweißungen an den Autos von Hand durchgeführt, wofür hunderte von Kollegen gebraucht wurden. Die schnellen Taktzeiten der Anlage bringen für den Kapitalisten höhere Stückzahlen bei weniger Arbeitern.

braucht man nachher nur noch 3

Als wir im letzten Jahr im VW-Werk gestreikt hatten, hörte man immer wieder Kollegen erzählen, daß sie noch nie in ihrer jahrzehntelangen Arbeit bei VW in diesen Teilen des Werkes gewesen seien. Sind die Kollegen damals rumgekommen im Betrieb und haben all das gesehen, was sie in ihrer jahrzehntelangen Arbeit geschaffen haben, so erleben dies viele von ihnen heute aus einer anderen Sicht. Tag für Tag sieht man heute Gruppen von Arbeitern durch die Hallen ziehen, ihre Arbeitssachen unterm Arm. Sie sind auf Arbeitssuche. Von einer Abteilung zur anderen werden sie weitergereicht.

Dort angekommen, müssen sie meist mit ansehen, wie sich die Meister darum streiten, wer sie nun nehmen soll, denn haben will sie keiner. Danach können sie kleine Hilfsarbeiten machen oder den Dreck aus den Ecken fegen, bis sie erneut weitergereicht werden. Solch' ein Kollege ist kaputt mit den Nerven. Jahrzehntelang für VW geschuftet und jetzt wie Alteisen herumgereicht. Zuhaus ist eine Familie zu ernähren, während man mitansehen muß, daß man bald nicht mehr dazu in der Lage sein wird: daß schafft kein Vertrauen in dies System.

Die Absatzkrise hat ihre Auswirkungen auf die Arbeiter gehabt und hat einen Einschnitt in die Produktionsweise mit sich gebracht. Für die Arbeiter wird sich die Lage nicht verbessern, sondern rapide verschlechtern. Zur Zeit ist die Devise des Konzerns: Rationalisierung! Überall dort, wo es möglich ist und sich finanziell lohnt. Während auf der anderen Seite all die Teile der Produktion in Niedriglohnländer verlagert werden, bei denen in hohem Maß menschliche Arbeitskraft gebraucht wird. Ich selbst arbeite in einer Abteilung, deren Aufgabe es unter anderem ist, Produktionsanlagen u mechanisieren, also den Ablauf weitestgehend von der menschlichen Arbeitskraft auszuschließen.

Gilt für andere Abteilungen Kurzarbeit, so werden bei uns Überstunden und Sonderschichten gekloppt, Samstag, Sonntag, rund um die Uhr. Ein gutes Beispiel, wie sich die Rationalisierung auswirkt, ist ein anlaufender Auftrag an einer Seitenteilstraße des Golfs. Zur Zeit arbeiten hier 29 Kollegen und die Seitenteile werden per Hand gefahren in der Pressenstraße. Diese Straße soll mechanisiert werden. Es werden also nachher Greiferschienen in der Pressenstraße sich bewegen und die Teile von einer Presse zur anderen transportieren. Dafür aber braucht man später nur noch 3 Arbeiter und die anderen 26 sind überflüssig – wegrationalisiert. Diese 26 Kollegen werden nun auch zu den Gruppen von Arbeitern gehören, die von Halle zu Halle ziehen, bevor sie für immer aus ihren Waschkauen ausziehen und das Werk nur noch von draußen sehen werden.

Das wird sicherlich bald sein, denn ein Kapitalist wird all das abstoßen, was seinen Profit unnötig mindert!

Hat der Konzern vor einem Jahr noch nicht daran gedacht, hier Arbeiter wegzurationalisieren, so wird er heute ja dafür noch mit Prämien der Bundesregierung belohnt. 7,5 % Prämie für Investitionen, das macht beim VW-Konzern Hunderttausende wenn nicht Millionen aus. Und es ist dann besonders schmackhaft für den Kapitalisten, wenn er dadurch noch Arbeiter einsparen kann. Rationalisierung im Kapitalismus dient nicht den Arbeitern, sondern ausschließlich dem Kapitalisten. Für die Arbeiter kommt höhere Arbeitslosigkeit heraus.

–k,VW, Wolfsburg–

Konkurs eines Kleinbetriebes

Erfahrungen beim Konkurs eines Allgäuer Kleinbetriebes

"Maschinenfabrik Hölz in Wangen im Allgäu wurde überraschend geschlossen. Alle 80 Arbeiter und Angestellte wurden gekündigt." So oder ähnlich stand es in der Schwäbischen Zeitung. Aber was verbirgt sich hinter diesen Worten?

Von wegen plötzlich, schon seit Jahren wußten wir, mit dem Betrieb stimmt was nicht. Aber man sagte uns immer das Gegenteil. Auf den eh seltenen Betriebsversammlungen wurde sich jede Diskussion über die finanzielle Lage verbeten. Aber die Wahrheit erlebten wir in der täglichen Praxis: Keine Arbeit konnten wir beenden, ohne daß es Verzögerungen gab, weil Material fehlte.

Als dann Ende 1973 knapp 30 Kollegen entlassen wurden, wurde der Betriebsrat mit großen Versprechungen besänftigt. Im Sommer mußten wir die Auszahlung des Urlaubsgeldes durch Streikdrohung erkämpfen. Mit immer größeren Versprechungen wurden die Kollegen überredet, ihre Arbeitsplätze zu behalten. Dann, Ende September, wieder eine Betriebsversammlung, auf der wir erneut nur vertröstet wurden.

Am 7. Oktober dann war der Ofen aus, und wir wurden kurz und bündig auf die Straße gesetzt. Da standen wir: Oft nach 20 bis 40-jähriger Tätigkeit im Betrieb. Sein ganzes Leben lang hatte man die große Sippe Hölz (5 Haushalte) ernährt. Dafür wurde man bis zum Schluß getäuscht und ausgenutzt. Wo war nun plötzlich das familiäre Verhältnis, das im Betrieb geherrscht hatte, wenn es darum ging, etwas von uns zu erreichen? Sogar um den letzten Monatslohn hatten sie uns betrogen.

Bis heute sind noch mehr als die Hälfte der Kollegen nicht versorgt. Besonders ausländische Kollegen und Nichtfacharbeiter werden so schnell keine Arbeit mehr bekommen. Die älteren Kollegen, die kurz vor der Rente stehen, haben schon jede Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufgegeben. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als bis zur Rente mit der Arbeitslosenunterstützung auszukommen.

Diese Geschichte zeigt, wie die Situation der Kleinbetriebe im Kapitalismus ist: Auch der freundlichste Chef muß seine Arbeiter rücksichtslos ausbeuten. Es gibt auch hier keine Sozialpartnerschaft, sondern Klassengegensätze. Viele Leute in Kleinbetrieben sagen: "Mein Chef ist auf mich angewiesen", vergessen aber, daß er sie rücksichtslos rausschmeißt, wenn er sie wegen Arbeitsmangel nicht mehr ausbeuten kann. Weiterhin zeigt sich, daß die Arbeitsplätze im Kleinbetrieb besonders deshalb gefährdet sind, weil der Kleinkapitalist sich keinerlei Leerlauf leisten kann.

In Büttenpapier gewickelt

Das Weihnachtsgeld ist keine Gnade!

In vielen Betrieben ist Weihnachten der Anlaß für den jedes Jahr von neuem beginnenden Kampf um die Auszahlung des Weihnachtsgeldes.

Auf der einen Seite stehen die Beschäftigten des Betriebes, die jede Gelegenheit zum Kampf um einen größeren Anteil von dem Geld, das sie erarbeitet haben, nützen müssen, wenn sie nicht immer weniger im Geldbeutel finden wollen.

Auf der anderen Seite stehen die Kapitalisten, die jede Lohnerhöhung und erst recht jede Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld als Gnadenerweis besonderer Art herausstellen

Bei diesem Manöver bietet die Münchener Druckerei Koehler Druck-GmbH & Co.KG den anderen Kapitalisten ideologische Schützenhilfe. In einem Farbprospekt für Weihnachtsgeldkarten in Büttenpapier, mit denen das Weihnachtsgeld umwickelt werden soll, legt sie den Kapitalisten und ihren Vertretern in Personal- und Lohnbüro die besten Argumente ins Maul: Das Weihnachtsgeld soll eine symbolische Geste des Dankes sein und Freude bereiten, denn dann kann es auch niedriger ausfallen. Es darf nichts selbstverständliches sein, damit der ständige Versuch, das Weihnachtsgeld zu streichen, erleichtert wird. Und schließlich darf man es nicht nüchtern betrachten, sonst fällt auch noch das fadenscheinige Mäntelchen, unter dem sich der offene Lohnkampf bei weihnachtlicher Gelegenheit verbirgt, denn hinausgetrompetet wird das hohe Lied der Weihnachtsfreude unter einer Wolke von Sternlein und Englein.

Das alles gilt natürlich nur für die Empfänger der Weihnachtsgeldkarten. Denn ganz nüchtern und selbstverständlich ist es, daß der Kapitalist die zusätzlichen Kosten für sein Betrugsmanöver von der Steuer absetzen kann. Das Weihnachtsgeld wurde in unserem Betrieb zusammen mit dem Novemberlohn ausgezahlt und deshalb kamen alle wohl in die Steuerprogression rein. Es bildeten sich schnell Diskussionsgruppen, in denen die Lohnzettel verglichen wurden und wo wir feststellten, daß die Lohnsteuer bei vielen gut 2/3 des Weihnachtsgeldes wegsteuerte. Die Empörung darüber war bei allen groß und viele meinten, daß wir die steuerfreie Auszahlung des Weihnachtsgeldes fordern müssen.

Volle tarifvertragliche Absicherung des Weihnachtsgeldes! P., München–

Als erstes Vertrauensleute auf Trab bringen

Blaupunkt: "Nur" noch 162 Entlassungen – Jeder soll denken 'Ich werde schon nicht dabei sein'

Bis zum 1. November 1974 waren 760 Kollegen bei Blaupunkt Hildesheim entlassen. Die Geschäftsleitung versucht uns weiszumachen, daß bis März "nur" noch 162 Kollegen entlassen würden. Jeder soll denken: "Da werd ich bestimmt nicht mehr dabei sein."

Bisher sind alle Bereiche betroffen, außer den Facharbeiterwerkstätten im mechanischen Bereich. Man weiß, die Kollegen dort sind fast alle in der IG Metall organisiert. Wenn diese Kollegen anfangen zu kämpfen, dann wird es gefährlich. Daher erhielten diese Kollegen auch viele Vergünstigungen. So wurde im Werkzeugbau der Akkord abgeschafft, nachdem die Kollegen immer lauter diese Forderung stellten.

Von Kurzarbeit waren denn auch alle außer dem Werkzeugbau betroffen. Sie müssen ranklotzen, um die liegengebliebene Arbeit zu schaffen. In der Werkzeugreparatur wird sogar überlegt, ob man die Fräser im Dreischichtbetrieb arbeiten lassen solle, weil jetzt so viel Arbeit da ist. So versucht die Geschäftsleitung zu sparen, um die Profite zu halten:

1. Die Geschäftsleitung droht, die 2 % Lohnerhöhung auf die übertarifliche Zulage anzurechnen.
2. Der Fahrgeldzuschuß der auswärtigen Kollegen wurde gestrichen.
3. An den Bändern wurden die Akkorde erhöht. An einem Band im Römerring z.B. um 3,33 %.

Wie verhalten sich unsere Vertretungsorgane in dieser Situation?

Der Vertrauenskörper beschließt keine einheitlichen Forderungen, sondern fordert für die Tarifrunde 11 % mehr Lohn, 80 DM mehr für Lehrlinge. Daher wird es unsere vorrangige Aufgabe sein, auf eine Mindestforderung hinzuarbeiten.

Der Vorsitzende der IG-Metall-Ortsverwaltung, Eduard Seitz, sprach bei der Schließung von Landau von Kampfmaßnahmen. Davon haben wir in Hildesheim nichts gemerkt. In Landau führten die Kollegen eine Kundgebung durch, zu der 800 Kollegen erschienen (450 Kollegen sind betroffen!). Es gelang so, einen Sozialplan zu erkämpfen.

Im Hildesheimer Betriebsrat gibt es Widersprüche. Ein Teil der Kollegen ist der Meinung, daß von Massenentlassungen gesprochen werden muß und ein Sozialplan fehlt. Die anderen Betriebsräte sagen: "Es sind doch immer nur 49 Entlassungen im Monat, also keine Massenentlassungen."

Vor einem Monat trat Gesamtbetriebsratsvorsitzender Meyhöfer zurück. Er habe "die Erwartungen der Kollegen nicht erfüllen können". Für ihn rückte Flägel nach, der bisher Betriebsratsvorsitzender Hildesheim war. Es ist nur ein Puppenwechsel! Betriebsratsvorsitzender Hildesheim wird Kollege Stöhr, ein linker Sozialdemokrat. Man wird ihn in der Praxis überprüfen müssen.

Erst jetzt merken wir, welche Vertrauensleute wir überhaupt haben. Anstatt unsere Interessen zu vertreten, gehen sie noch nicht einmal zu den Sitzungen, die am Samstag stattfinden. Im Kampf gegen die Entlassungen müssen als erstes die Vertrauensleute umgekrempelt werden.

D. Blaupunkt-Zelle Hildesheim,

Spielzeugvernichtung

Ravensburg. Der Otto-Maier-Verlag, bekannt durch die Ravensburger Spiele, betont in seinen Prospekten, daß er nur sinnvolles Spielzeug herstelle, da er sich der guten Entwicklung der Kinder verpflichtet fühle.

Was von dieser Verpflichtung zu halten ist, konnte ich in den letzten Wochen immer wieder feststellen, als ich hunderte von einwandfreien Puzzle-Spielen vernichten bzw. in den Abfallcontainer werfen mußte.

Wenn man bedenkt, daß die meisten Kindergärten nur mangelhaft mit Spielzeug ausgestattet sind und die Arbeiter für ihre Kinder nur selten dieses teure Spielzeug kaufen können, erkennt man schnell, wem sich die Otto-Maier-Kapitalisten verpflichtet fühlen: einzig und allein dem Profit, denn jedes verschenkte Spielzeug könnte bedeuten, eines weniger zu verkaufen. –B., Ravensburg–

Die Stahlkassen klingeln

Thyssen Oberhausen: Viel Profit, viel Arbeitshetze – wenig Lohn, wenig Investitionen

In der KVZ Nr. 27 wurde beschrieben, wie unsicher die etwa 2 000 Arbeitsplätze des Siemens-Martin-Stahlwerks der Thyssen-Niederrhein Oberhausen sind. Inzwischen wurde die Geschäftsbilanz der TN AG für das Jahr 1973/74 bekannt.

Nach dieser Bilanz hat sich 1973/74 der Profit **verdoppelt**. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Gutes Stahljahr ließ die Kassen klingeln. Es werden 80 Millionen DM an die Muttergesellschaft ATH Duisburg abgeführt. Ein Jahr vorher waren es "nur" 11 Millionen.

Im einzelnen: Der Umsatz stieg 1973/74 um 42 Prozent, obwohl die Belegschaft im Werk Oberhausen nur von 11 898 auf 12 310 erhöht wurde, also 3,5 %.

Wie der Vorstand erklärte, sei die überdurchschnittliche Entwicklung der Exportpreise mit ein Grund für das gute Jahresergebnis gewesen. Recht hat er, denn die Preise je Tonne Walzstahl stiegen von 542 auf 709 DM, also um 30 Prozent! Das gute Geschäftsjahr machte es dem Aufsichtsrat möglich, nach "einigen ziemlich mageren Investitionsjahren Investitionen in der stolzen Höhe von insgesamt 167 Millionen DM zu beschließen." (Westdeutsche Allgemeine vom 6. Dezember)

Nehmen wir den Vorstand beim Wort. Trotz einiger magerer Investitionsjahre stieg der Umsatz um 42 Prozent. Man sieht: Hier gibt die Thyssenbilanz exakt Auskunft über die Arbeitshetze im Betrieb! Da Thyssen die Stahlproduktion Schritt für Schritt an den Rhein nach Duisburg verlegt, bleiben für das Werk Oberhausen von den "stolzen" 167 Millionen geplanter Neuinvestition lediglich 47 Millionen, also **weniger** als ein Drittel. Stattdessen wird im Werk Duisburg der Thyssen-Niederrhein AG allein für eine neue Sinteranlage 91 Millionen, also mehr als die Hälfte der Gesamtsumme, investiert. Da man für das kommende Geschäftsjahr mit weiter anhaltendem Boom rechnet, werden rund 40 Millionen DM in die Oberhausener Produktionsanlagen gepumpt, nach wie vor jedoch kein Pfennig für das von Stillegung bedrohte Siemens-Martin-Stahlwerk.

Arbeitshetze, niedrige Lohnabschlüsse, geringe Investitionen, das bringt den Thyssen-Kapitalisten für die Dauer des Stahlbooms Riesenprofite.

Kommunistische Gruppe Oberhausen

Druckerdemonstration in Hannover

Gegen den Abbau von Arbeitsplätzen in der Druckindustrie

Hannover. Am Samstag, dem 14.12 demonstrierten über 800 Druckkollegen gegen die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze durch die geplante Stillegung von Zeitungen in Niedersachsen.

Aufgerufen hatte die IG Druck und Papier unter den Parolen "Hannover braucht zwei Tageszeitungen". Die richtigen Losungen, die von den Kollegen selber mitgeteilt wurden: "Keine Entlassungen bei HAZ und NHP!" "Keine Überstunden!" brachten eins zum Ausdruck: Nicht für die Freiheit der Kapitalisten, verschiedene Zeitungen herauszugeben, müssen die Arbeiter antreten. Diese werden auf jeden Fall, ob zwei oder eine Zeitung, einen möglichst hohen Profit aus den Kollegen herausholen. Diese bürgerlichen Zeitungen stützen immer eine Politik, die gegen die Arbeiter gerichtet ist. So stehen beide Zeitungen jetzt einmütig hinter den geplanten Fahrpreiserhöhungen in Hannover.

Schon seit längerem versuchen die Zeitungsbosse durch Verflechtungen mehr Profit aus dem Zeitungsgeschäft herauszuholen. Jetzt planen sie Stillegungen mit demselben Ziel. Die SPD-eigene Deutsche Druck-und Verlagsgesllschaft (DDVG) und die Kapitalisten Madsack hatten sich gegenseitig Anteile ihrer Zeitungen verkauft, auch der SPD-Verleger Oppenberg stieg ins Geschäft mit ein (siehe Artikelrechts). Ende Juni soll die SPD-Zeitung "Neue Hannoversche Presse" eingestellt werden. Gleichzeitig wird in Hannover-Kirchrode ein neues Druckzentrum der Madsack-Kapitalisten in Betrieb genommen, das die größte Hannoversche Zeitung, die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" druckt und einen wesentlichen Teil der niedersächsichen Zeitungsherstellung auf sich konzentrieren soll. In verschiedenen Städten werden Kopfblätter stillgelegt oder der Druck in das Druckzentrum verlegt. So sind die Kollegen beim "Göttinger Tageblatt" von der Pressekonzentration schwer getroffen, da der Druck der Stadtausgabe verlagert wird. In Hildesheim stehen die Auflösung des technischen Betriebes der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung und die Einstellung der Neuen Hildesheimer Presse bevor. Bei der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung würden dadurch etwa 100 Arbeiter auf die Straße gesetzt.



Im Maschinensetzersaal

Stillegungen und für 20 Mill. neu eingekauft

Köln. Am Freitag, den 13. Dezember haben die Lokalausgaben der SPD-nahen Neuen Rhein-Zeitung (NRZ) für Köln und den Raum Opladen-Leverkusen überraschend ihr Erscheinen eingestellt.

Unmittelbar betroffen sind von der Einstellung dieses Ausgaben insgesamt 125 Kollegen. Davon sind 59 Redakteure bzw. kaufmännische Mitarbeiter des NRZ-Verlages. Von ihnen sollen, soweit bisher die Informationen vorliegen, 27 sofort entlassen werden, der Rest wird in einem der beiden beteiligten Verlage unter schlechteren Bedingungen beschäftigt.

Die übrigen 66 betroffenen Kollegen sind Setzer, Drucker, Korrektoren usw. aus dem SPD-eigenen Durckhaus Deutz in Köln, wo diese Ausgaben der NRZ bisher gedruckt wurden. Von diesen sollen 36 innerhalb des Druckhauses auf andere Bereiche (Offset) umgeschult werden, 30 sollen sofort entlassen werden.

Verleger Oppenberg hat auf einer Betriebsversammlung vor den Kölner Mitarbeitern lebhaft bedauert, daß ihn die großen Verluste zur Einstellung dieser Ausgaben gezwungen hätten. Dazu muß man aber wissen, daß sich Oppenberg nur zwei Wochen vorher mit einem Betrag von 20 Millionen DM (!) bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung eingekauft hat, an der neuerdings auch die SPD-eigene Deutsche Druck und Verlagsgesellschaft beteiligt ist.

–KBW-Druckzelle Köln
von der Red. gekürzt–

Streik

Gegen Entlassungen

Göppingen. Am Freitagvormittag, den 13. Dezember, streikten, rund 300 Arbeiter der Göppinger Maschinenfabrik Boehringer (2 200 Beschäftigte) gegen die bevorstehende Entlassung von 20 Kollegen.

Weitere 150 sollen in den nächsten Monaten rausgesetzt werden. Der Betriebsrat hat die Geschäftsleitung aufgefordert, die Kündigungen zurückzunehmen. Die Geschäftsleitung weigert sich, die Entlassungen zurückzunehmen.

12–Stunden–Schicht abgelehnt

Mannheim. Einige Wochen lang wurde bei der Mannheimer Großdruckerei (MMGD) in der Offsetabteilung eine 12-Stunden-Schicht gefahren. Ein Auftrag jagte den anderen, und den MMGD-Kapitalisten konnte er nie früh genug erledigt sein. Teilweise mußte auch sonntags und sogar noch zu Hause in Heimarbeit gearbeitet werden.

Inzwischen haben sich alle Kollegen gemeinsam geweigert, sich durch die Arbeitshetze für die MMGD-Kapitalisten kaputt machen zu lassen. Das hatte Erfolg, denn die 12-Stunden-Schicht ist inzwischen wieder abgeschafft.

IGM-Forderung

IG Metall Mitgliederversammlung bei Hellige, Freiburg am 16.12.:
Die Empfehlung des Vertrauensleutekörpers wurde mit 27 : 3 Stimmen angenommen: 200 DM mindestens, weg mit Lohngruppe I und II, tarifliche Absicherung der Zulagen, kürzere Laufzeit.

Freiburg: IG Metall Mitgliederversammlung der Metallbetriebe am 16.12.:
Die überwiegende Mehrheit der 80 anwesenden forderte: 200 DM mehr, weg mit Lohngruppe I und II, Angestelltentarife K I und II, Absicherung der außertariflichen Zulagen, 13. Monatsgehalt, Laufzeit 6 Monate.
Lehrlingsforderung: 100 DM mehr für alle.

Waiblingen. Ortsjugendversammlung der IG Metall, Dienstag, 10. Dezember: Beschluß für Lehrlingstarifrunde an die Vertreter-Versammlung am 17. Dezember: 600 DM für alle, für das erste und zweite Lehrjahr 150 DM, für das dritte 140 DM, für das vierte 90 DM.

Waiblingen IGM-Vertreterversammlung: Der Ortsvorstand schlug die Stuttgarter Forderung von 7 % plus 60 DM vor. Von drei Betrieben kamen Forderungen. Vertrauensleutekörper von Höfliger und Karg: 1.Tarifvertrag-Kündigungsklausel bei entsprechenden Preissteigerungen, 2. Ausbildungsvergütung 600 DM für alle, 15% mehr Lohn, mindestens 150 DM. AEG, Werk Winnenden: 85 DM plus 7 %. Stihl: Der Betriebsrat forderte 75 DM plus 6 %, Vertrauensleutekörper 100 DM plus 6 %. Die Forderung der Ortsjugendversammlung wurde eingebracht (siehe oben).

In der Diskussion wurde betont: Kein Lohnverzicht! Die Investitionsmaßnahmen würden nur die Kapitalseite stärken, für die Arbeiter sei ein "Kopfgeld" ausgesetzt. Ein anderer Kollege betonte, daß sich die Arbeiter auf schwierige Zeiten vorbereiten müßten und daher Kampfmaßnahmen zu treffen sind. Die Abstimmung ergab 51 für den Vorschlag der Ortsverwaltung, 40 dagegen.

Die Lehrlingsforderung der Tarifkommission ist ein besonders starkes Stück!

Frankfurt. 80 DM mehr für alle Auszubildenden hat die Tarifkommission unter krasser Mißachtung der innergewerkschaftlichen Demokratie gefordert. Aus Frankfurt waren zwei unterschiedliche Forderungen an sie geschickt worden: einmal die Forderung nach Existenzsicherung, mindestens aber 600 DM oder 75 % vom Ecklohn (beschlossen auf einer Versammlung Frankfurter Jugendvertreter); zum anderen die Forderung des Ortsjugendausschusses nach 120 bis 90 DM mehr, gestaffelt vom ersten bis zum vierten Ausbildungsjahr

Betriebszelle VDM

Reynolds : Erfahrungen bei einer Betriebsratwahl

Die Betriebsratswahlen wurden von den Kollegen durch Untersuchungsgespräche vorbereitet: Was sind die richtigen Forderungen?

Bei Reynolds Aluminium in Hamburg haben in diesem Jahr vorgezogene Betriebsratswahlen stattgefunden. Der Betriebsrat war zurückgetreten, damit die seit der letzten Wahl stark angewachsene Belegschaft einen größeren Betriebsrat wählen konnte.

Als bekannt wurde, daß die Wahl sein sollte, habe ich mich zunächst mit einem Kollegen darüber unterhalten, war wir tun könnten, damit diese Wahl die Belegschaft weiterbringt. Uns war klar: die neuen Betriebsräte sollen nicht aufgrund ihres Namens oder ihres Gesichtes gewählt werden, sondern aufgrund ihrer Vorstellungen über die Interessen der Kollegen. Deshalb waren wir der Meinung, daß vor der Wahl eine Betriebsversammlung sein muß, auf der die Kandidaten sagen sollen, für welche Forderungen sie sich einsetzen werden.

Was sind die richtigen Forderungen?

Um die Interessen und Forderungen unserer Kollegen genauer kennenzulernen, führten wir mit ihnen Diskussionen über die verschiedenen Mißstände im Betrieb. Immer wieder tauchten in diesen Diskussionen vier Ärgernisse auf: die starken Lohndifferenzen, gefährliche und ungesunde Arbeitsbedingungen, Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Kollegen und die schlechten Verkehrsbedingungen für die Schichtarbeiter. Wir überlegten uns, welche Forderungen dagegen richtig sind. Das waren:

1. Beseitigung der ungerechtfertigten Lohnunterschiede!
2. 4 Stunden die Woche während der Arbeitszeit Sprachunterricht für ausländische Kollegen. Kein Lohnausfall für die Zeit des Unterrichts. Einstellung des Lehrers durch den Betriebsrat!
3. Einstellung eines ständigen Werksarztes, der für die Gesundheit und Sicherheit der Belegschaft eintritt, durch den Betriebsrat! Der Werksarzt muß regelmäßig auf Betriebsversammlungen über seine Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Enge Zusammenarbeit zwischen Werksarzt und Betriebsrat!
4. Einsatz von werkseigenen Kleinbussen, um das Verkehrsproblem zu mildern.

Fast alle Kollegen, mit denen wir über diese Forderungen diskutiert haben, äußerten sich zustimmend.

Der Wahltermin rückte näher. Wir fragten beim Betriebsrat nach, ob er nicht noch vorher eine Abstimmung über eine gemeinsame Wahl von Arbeitern und Angestellten durchführen wolle. Der Betriebsrat fand eine solche Abstimmung auch richtig und führte sie durch. Das war gut so. Denn einerseits zeigte diese Abstimmung, daß die überwältigende Mehrheit die Einheit von Arbeitern und Angestellten wünschte, andererseits war durch die Abstimmung die Betriebsratswahl gut ins Gespräch gekommen.

Eine weitere gute Sache war, daß es eine einheitliche Kandidatenliste gab. Einige Kandidaten, die mit ihrer Plazierung auf der Liste unzufrieden waren und eine zweite Liste bilden wollten, konnten durch die Überzeugungsarbeit verschiedener Kollegen davon abgehalten werden. Zwei Listen, das hätte bedeutet, daß man seine Stimme nur der Liste geben kann und nicht einzelnen Kandidaten aufgrund ihrer Vorstellungen.

Auf der Betriebsversammlung wird eine Beschlußvorlage eingebracht

Nun ging es um die Vorbereitung der Betriebsversammlung. 3 Kandidaten, an die wir herangetreten waren, unterstützten unsere Forderungen und stimmten dem Vorschlag zu, auf der Betriebsversammlung zu erklären, daß sie dafür eintreten. Damit sollte erreicht werden, daß sich die Kollegen ein klares Bild von diesen Kandidaten machen können, und daß andere Kandidaten sagen, ob sie das richtig finden oder falsch. Zwei der drei Kandidaten zogen sich aber kurz vor der Betriebsversammlung zurück. Die Ursache dafür war, daß noch nicht genügend Macht hinter den Forderungen stand. Sie waren noch nirgendwo breit besprochen oder gar beschlossen worden. Das war keine gute Ausgangslage, wenn man als Maßstab nimmt, daß eine Belegschaft ihren Betriebsrat aufgrund klarer Vorstellungen über dessen Aufgaben wählen sollte.

Auf der Betriebsversammlung – beim Tagesordnungspunkt "Aussprache" – wurde schließlich von zwei Kollegen und von mir eine Beschlußvorlage eingebracht, in der gesagt wurde: man hält es für nötig, angesichts der Betriebsratswahl die wichtigsten Forderungen festzulegen; dann kamen die Forderungen; und zum Schluß wurden die Kandidaten aufgefordert, sich von vornherein zum Rücktritt für den Fall bereitzuerklären, daß die Betriebsversammlung ihnen einmal das Mißtrauen aussprechen sollte. Personalchef Meyer sprang beim Verlesen der Vorlage gleich auf und sagte, solche Anträge seien verboten und dürften nicht abgestimmt werden. Außerdem wollten hier nur die Kommunisten ihr Süppchen kochen. Durch das energische Auftreten einiger Kollegen mußte die Geschäftsleitung dann etwas zurückstecken und Meyer wurde zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung gezwungen, bei der er keine gute Figur machte. Auch zeigte sich am Beifall, daß die überwiegende Mehrheit die Forderungen des Beschlußantrages für richtig hielt. Dennoch konnte eine Abstimmung nicht durchgesetzt werden. Das wäre sicher anders gewesen, wenn die Forderungen wenigstens in einigen Abteilungen wirklich verankert gewesen wären. Durch intensive Diskussion und mit Hilfe einer Unterschriftenliste z. B.. Das wurde auch vom (fortschrittlichen) Betriebsratsvorsitzenden richtig an der Beschlußvorlage kritisiert.

Obwohl es wegen dieses Mangels keine Auseinandersetzung um eine Plattform für die Betriebsratsarbeit gegeben hat, war das Ergebnis der Wahl zufriedenstellend. Der neue Betriebsrat ist angesehen in der Belegschaft und hat sich schon an einigen Punkten seiner Tätigkeit auf die Kollegen in den Abteilungen gestützt. Er ist z. B. auch in Sachen Umweltschutz gegen die Versuche der Geschäftsleitung aufgetreten, die Belegschaft auf ihre Seite zu ziehen. Inzwischen hat der neue Betriebsrat auch ein Arbeitsprogramm verabschiedet, an dem man seine Tätigkeit wird messen können. Insgesamt kann man sagen, daß in dieser Wahl die Reynolds-Belegschaft noch keine Einheit auf der Grundlage bestimmter Interessen hergestellt hat, daß aber dennoch die betriebliche Interessenvertretung gestärkt wurde. Es wird jetzt die Aufgabe der Betriebsräte und aller Kollegen sein, in den Abteilungen die Diskussion um zentrale betriebliche Forderungen zu verstärken. Ohne den Zusammenschluß der Kollegen im einzelnen Betrieb werden wir die Gewerkschaftseinheit der gesamten Arbeiterklasse nicht herstellen können.

K.–Hamburg

IG-Chemie-Richtlinien:

Betriebsrätewahlen

Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik hat Richtlinien für die Betriebsrätewahlen beschlossen. Was die zeitliche Planung angeht, sehen sie vor, in der ersten Februarhälfte die Wahlvorstände zu bestellen und bis zum Ende April die Wahlen abzuschließen. Die Kandidatenlisten der IG Chemie sollen von Vertrauensleuteversammlungen aufgestellt und von den Bezirksverwaltungen bestätigt werden.

Punkte, anhand derer die gewerkschaftliche Aktivität der vorgeschlagenen Kandidaten von den Vertrauensleuten und Gewerkschaftsmitgliedern überprüft werden können, nennt der Hauptvorstand in seinen Richtlinien nicht. Nur in einer Hinsicht hält der Hauptvorstand der IG Chemie eine Überprüfung der Kandidaten für notwendig: *"Jeder Kandidat, der für die IG Chemie-Papier-Keramik kandidiert, wird darzulegen haben, wie er zu den Grundrechten und zu den Prinzipien der demokratischen Grundordnung steht. Hierbei wird er sich einer gewissenhaften Prüfung unterziehen müssen, denn nicht zuletzt ist er ein Repräsentant der Organisation, die in Wahrnehmung ihres Verfassungsauftragz uneingeschränkt die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen hat."* Das ist eine Richtlinie, die nicht geeignet ist, die besten Gewerkschafter als Kandidaten für die Liste der IG Chemie herauszufinden. Denn die Gewerkschaft und ihre Funktionäre nehmen keinen "Verfassungsauftrag" wahr, sondern müssen handeln ausschließlich entsprechend den Interessen und dem Willen ihrer Mitglieder.

Wo kämen sie auch sonst hin! Zu den Grundrechten gehört in der westdeutschen Verfassung das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln. Soll etwa als Gewerkschaftsvertreter nur aufgestellt werden, wer den Kapitalisten ausdrücklich ihr Recht auf Eigentum an den Fabriken und an den Maschinen und auf Ausbeutung der Arbeiter garantiert? Die Gewerkschafter werden anders vorgehen müssen, wenn sie gute und erfolgreiche Kandidatenlisten aufstellen wollen. Sie müssen gewissenhaft überprüfen, um welche Fragen sich in den letzten Jahren die Auseinandersetzungen im Betrieb gedreht haben und wie sich die Kandidaten zu den Forderungen der Kollegen gestellt haben. Und sie müssen untersuchen, wie sich die einzelnen Kandidaten bei der Vorbereitung der Lohnauseinandersetzung mit den Kapitalisten bewähren, die zur gleichen Zeit stattfinden wird. Wenn daraufhin die "gewissenhafte Überprüfung" stattfindet und diejenigen auf der Liste der IG Chemie kandidieren, die in den Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten an der Spitze standen, dann besteht keine Gefahr, daß über verschiedene Listen die Einheit der Belegschaft zersplittert wird und die Gewerkschaft im Betrieb eine Schlappe erleidet.

–W.M.–

Schlichtungsabkommen und kein Angebot

ÖTV-Tarifverhandlungen: Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst brauchen keine Schlichtung, sondern müssen Kampfmaßnahmen vorbereiten.

Am 12. Dezember begannen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Die Forderung der ÖTV: 6 % und 50 Mark, 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM Urlaubszuschlag je Kind, die schon unzureichend sind, wurden von den staatlichen Dienstherrn rundweg abgelehnt. Ihr Vertreter, Innenminister Maihofer, sagte: "Wir müssen diese Forderung als keineswegs auch nur annähernd erfüllbar ansehen." Der staatliche Dienstherr will zum nächsten Termin am 14. Januar ein Angebot vorlegen, das noch weit unter den Forderungen der Gewerkschaft liegen wird.

Die Verhandlungen sollen hinausgezögert und die Kampfkraft der Kollegen geschwächt werden, damit ein Lohnabbau im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden kann. Dabei ist der sehnliche Wunsch des staatlichen Dienstherrn, das Streikrecht, das die Kollegen letztes Jahr als wirksame Waffe gebraucht haben, zu beschneiden und abzuschaffen.

Das einzige Ergebnis der Verhandlung am 12. Dezember ist ein Schlichtungsabkommen

Die Streiks in der vorigen Tarifrunde sind den Arbeitgebern in die Knochen gefahren. ÖTV-Vorsitzender Kluncker bemerkt in der November-Nummer des ÖTV-Magazins: "Für den öffentlichen Dienst gab es bisher keine Schlichtungsregelung, weil die öffentlichen Arbeitgeber keine gewollt haben. Seit dem letzten Streik haben die öffentlichen Arbeitgeber ihre Meinung geändert." Maihofer, der Oberarbeitgeber, reibt sich jetzt die Hände und wittert Morgenluft: "ein hoffnungsvolles Zeichen für ein besseres Klima im Bereich des öffentlichen Dienstes." Der Streik ist nämlich das Klima, das die Dienstherren nicht vertragen, wo sie eingehen wie die Primeltöpfe. Die Schlichtung soll ihnen nun zu einem Klimawechsel verhelfen.

Durch die Schlichtung wird die Friedenspflicht bis zu vier Wochen verlängert. Wenn eine der Tarifparteien das Scheitern der Verhandlungen erklärt, folgen maximal

– 6 Werktage bis zum Zusammentreten der Schlichtungskommission
– 6 Werktage bis zur Entscheidung der Kommission
– 6 Tage Verlängerung dieser Frist
– 2 Tage bis zur schriftlichen Benachrichtigung der Tarifparteien vom Ergebnis der Kommission
– 3 Tage bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Ob Schlichtung oder nicht, ob kurze oder lange Schlichtungsverhandlungen, die Gewerkschaftsmitglieder können nicht darauf verzichten, ihre geschlossene Stärke einzusetzen. Sie können nicht auf Kampfmaßnahmen verzichten. Nur durch öffentliche Kundgebungen, durch Streiks und andere Aktionen, die das Funktionieren der Dienstleistungen, die hauptsächlich den Kapitalisten Nutzen bringen, tatsächlich stören, können sie den staatlichen Dienstherrn unter Druck setzen.

Die Mitglieder müssen die Zeit bis zum 14. Januar nutzen, um Kampfmaßnahmen vorzubereiten. In mehreren Heidelberger Betrieben wurde zum Beispiel bereits vor der Tarifrunde beschlossen, neue Mitgliederversammlungen einzuberufen. Versammlungen und öffentliche Kundgebungen, die die Kreisverwaltung organisieren soll, wurden gefordert.
Wo das noch nicht geschehen ist, müssen jetzt auf Mitgliederversammlungen Mindestforderungen festgelegt werden, denn wir brauchen eine Forderung, die geeignet ist, die Belegschaften zusammenzuschließen, und die eine Grundlage abgibt, um einen einheitlichen Kampf zu führen. A.L.

Die Gewerkschaftsführung hat ihre Vorstellungen im Schlichtungsabkommen nicht durchgesetzt

Kluncker sagte im November, es gehe nicht um das Ob, sondern um das Wie der Schlichtung. Er nannte als Bedingung, daß sie nach dem Prinzip der Parteienschlichtung ablaufen müsse, das heißt in der Kommission sollten nur Vertreter der Tarifvertragsparteien und kein stimmberechtigter Sachverständiger sitzen. Das hat er nicht geschafft. In der Schlichtungskommission sitzen 6 Vertreter des staatlichen Dienstherrn, 4 von der ÖTV, 2 von der DAG und ein stimmberechtigter "sachverständiger Neutraler".
Die Arbeitgeber können zufrieden sein, denn das jetzige Abkommen stimmt mit ihren Zielen überein. Kluncker hat zugestimmt, aber die Lohnabhängigen werden sich nicht auf solche Fabelwesen wie Neutrale verlassen, sondern auf ihre eigene Stärke, die in ihren Aktionen wirksam wird. In ihrem Interesse ist es, alle Versuche des staatlichen Dienstherrn, den Lohn zu drücken und das Streikrecht abzuschaffen, zu bekämpfen. A.L.

stimmt, aber die Lohnabhängigen werden sich nicht auf solche Fabelwesen wie Neutrale verlassen, sondern auf ihre eigene Stärke, die in ihren Aktionen wirksam wird. In ihrem Interesse ist es, alle Versuche des staatlichen Dienstherrn, den Lohn zu drücken und das Streikrecht abzuschaffen, zu bekämpfen. A.L.



Kluncker vor der Tarifkommission am 12.12.74



Kluncker vor der Tarifkommission am 12.12.74

Wiedereingestellt!

Wiesbaden. Am 12. Dezember fand die Güteverhandlung im Arbeitsgericht Wiesbaden statt in der Sache eines fristlos gekündigten Kollegen gegen die Firma Rheinhütte. Diese Güte-Verhandlungen sind dem eigentlichen Prozeßtermin vorgeschoben und sollen eine gütliche Einigung beider Parteien erreichen. Der Kollege, der den Prozeß angestrengt hatte, war gekündigt worden, da er verdächtigt wurde, einen Artikel an die KVZ über das schlechte Gesundheitswesen in der Rheinhütte (KVZ Nr. 21) mitverfaßt zu haben. In der Verhandlung wurde der Vergleich geschlossen, daß der Kollege am 16. Dezember seine Tätigkeit in der Rheinhütte wieder aufnimmt und den Gesamtlohn für Dezember sowie sein Weihnachtsgeld erhält.

Kennzeichnend für den Beginn waren die ständigen Unterstellungen des Richters, der Kollege habe den Brief geschrieben, worauf dieser immer wieder den Sachverhalt klären mußte. Als dieses Rezept keinen Erfolg zeigte, ging der Richter dazu über, den Wahrheitsgehalt der Korrespondenz zu überprüfen, da der Kollege auf die Richtigkeit der in der KVZ veröffentlichten Korrespondenz hinwies. Hierbei zeigte sich, daß nicht nur die in der Korrespondenz genannten Beispiele stimmen, sondern daß es noch wesentlich mehr Beispiele für das verheerende Gesundheitswesen bei der Rheinhütte gibt. Zum Beispiel war dem gekündigten Kollegen selbst ein Fall passiert. Als er von einem Tag auf den anderen einen Hautausschlag im Gesicht hatte, schickte ihn sein Meister zum Sanitäter, der ihn nicht zum Arzt schickte. Danach schickte ihn dann der Meister zum Arzt, da er Angst hatte, am nächsten Tag würde die ganze Werkstatt auf der Nase liegen. Der Arzt schrieb ihn prompt für mehrere Tage krank.
Unter dem Druck dieser Tatsachen schien sich die Taktik der Rheinhütte zu verändern, nämlich dahingehend, daß sie nicht mehr wie zu Beginn der Verhandlung auf der Kündigung bestand.
Zu den Ausführungen des Kollegen wurde dann der Betriebsratsvorsitzende Rübenach gehört, der ebenfalls bestätigen mußte, daß die Aussagen der Korrespondenz nicht falsch sind. Daraufhin schlug der Richter den Vergleich vor mit der Äußerung: "Wir wollen diese Sache doch aus der Welt schaffen". Die Rheinhütte sah sich gezwungen, den Vergleich anzunehmen. Allerdings war der Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie noch nicht ganz einverstanden; er meinte, es müsse unbedingt mit rein, daß der Kollege sich verpflichten muß, sich im Betrieb nicht politisch zu betätigen. So kam es zu der in Gerichten erstaunlichen, aber offensichtlich nicht ganz ungewöhnlichen Situation, daß der Vertreter des Kapitalistenverbandes dem Richter ganz selbstverständlich den weiteren Text diktierte.
Ein Zuhörer der Gerichtsverhandlung

Ein Kollege aus dem Betrieb schrieb uns zu den Artikeln in der KVZ über das Gesundheitswesen auf der Rheinhütte:
"Daß die Artikel richtig waren, sieht man daran, wie es jetzt gemacht wird, wenn ein Kollege krank ist oder sich verletzt hat. Jetzt nämlich, wo über diese verheerenden Zustände jeder nachlesen konnte, hat sich einiges geändert. Denn jetzt wird man, falls man etwas hat, sofort zum Arzt geschickt. Es kommt jetzt sogar vor, daß Kollegen bei Verletzungen zum Arzt gefahren werden und Fahrscheine für die Nachhausefahrt bekommen, was ich vorher noch nie erlebt hatte."

GEW-Bezirksvorstand Frankfurt

Das genaue Ergebnis der Wahlen

1. Vorsitzender: Dingeldey; 541 Ja-Stimmen, 191 Nein, 16 Enthaltungen
Zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Wagner wiedergewählt mit 445 Stimmen gegen Schneider 242, 38 Enthaltungen
Zum 2. Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Knöss wiedergewählt mit 333 Stimmen gegen Weiland mit 299 Stimmen bei 57 Enthaltungen.

Die weitere Wahl wurde aus Zeitmangel abgebrochen. Die Fortsetzung der außerordentlichen Hauptversammlung findet am 14. Januar 1975 statt.

GEW-Vorstand trat zurück

Westberlin. Die Vertreterversammlung der GEW Westberlin hat beschlossen, sich mit allen satzungsmäßigen Mitteln für die Rücknahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse einzusetzen. Daraufhin trat die rechte Fraktion des Geschäftsvorstandes zurück. Die SPD zwang ihre Mitglieder im verbleibenden geschäftsführenden Vorstand ebenfalls zum Rücktritt, so daß schließlich der ganze Restteil des geschäftsführenden Ausschusses zurücktrat, um durch eine Neuwahl sich bestätigen zu lassen, daß die Mehrheit hinter ihm steht. Er will die Geschäfte bis zu dieser Neuwahl kommissarisch weiterführen. Eine Woche später am Dienstag erklärten Schulsenator Löffler, Landesschulrat Bath und die Stadträte Blödorn und Schröter ihren Austritt aus der GEW. Gleichzeitig wollen sie als "unabhängige Gewerkschaftsgruppe" weiter im DGB mitarbeiten. Der DGB-Landesvorstand unterstützt das.

ÖTV-Veranstaltung gefordert

ÖTV-Betriebsgruppe Jugendamt Bremen,
Sitzung vom 13.12.1974

Die ÖTV-Betriebsgruppe des Jugendamtes fordert hiermit einstimmig die Kreisverwaltung Bremen und die Bezirksverwaltung Weser-Ems nachdrücklich auf, bis zum 10.1.1975 eine gewerkschaftsöffentliche Veranstaltung durchzuführen, in der über die Situation der diesjährigen Tarifrunde diskutiert werden kann.

Diese Forderung wurde von dem ÖTV-Kreissekretär auf der Sprecherversammlung am 16.12. abgewiesen mit der Begründung, er würde das nur machen, wenn die Tarifkommission es ihm sagt.

An die Große Tarifkommission
An die Sprecherversammlung am 16.12.1974

Die ÖTV-Betriebsgruppe des Jugendamtes unterstützt einstimmig das Protestelegramm der Sprecherversammlung vom 26.11.1974 und verurteilt aufs schärfste das Vorgehen der Großen Tarifkommission in der diesjährigen Tarifrunde.
Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaft nur dann im berechtigten Interesse der Arbeitnehmer handelt, wenn sie einen Tarifabschluß, der Lohnabbau bedeutet, verhindert. Der Vorschlag des Hauptvorstandes 6 % und 50,00 DM bringt bei einem Angestellten mit BAT VII, 25 Jahre, zwei Kinder eine Erhöhung von 139,40 DM brutto, bei BAT VI b 144,80 DM und erst bei einem Angestellten mit Ib 209,42 DM.
Die Kampfkraft der Gewerkschaft liegt in ihrer Einheit. Diese Einheit stellt sich nur über solche Forderungen her, für die auch alle Gewerkschaftler zu kämpfen bereit sind. Dazu werden sie nicht bereit sein, wenn Forderungen aufgestellt werden, die uns spalten in solche, die gerade das Notwendige bei Abschluß der Verhandlungen herausbekommen und solche, die zukünftig nicht mehr in der Lage sein werden, die sich ständig erhöhenden Lebenshaltungskosten zu bezahlen.
Die Kampfkraft der Gewerkschaft wird auch geschwächt, wenn wir uns durch die Hetze gegen die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst einschüchtern lassen.
Wir schließen uns deshalb der Forderung der Sprecher der Vertrauensleute vom 26.11.1974 nach einem Festbetrag an und fordern die Große Tarifkommission nachdrücklich auf, eine Mindesterhöhung von 220,00 DM in den kommenden Tarifverhandlungen durchzusetzen.

Streikrecht

DGB-Jugend gegen Einschränkung des Streikrechts

Ludwigshafen. Die Bundesjugendkoferenz des DGB vom 19.-21. November wandte sich mit allem Nachdruck gegen die Aussagen des Berichtes der Studienkommission für die Reform des Öffentlichen Dienstes (Genscher-Gutachten), die eine Verbeamtung aller im Öffentlichen Dienst Beschäftigten vorsieht.
Sie stellte heraus, daß die Probleme des einheitlichen Dienstrechtes nicht nur eine Sache der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes ist, sondern für alle Arbeitnehmer von besonderer Bedeutung ist. Hierdurch wird für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gegenüber allen anderen Arbeitnehmern ein besonderer Status geschaffen. Sie lehnte die Einschränkung des Streikrechtes im Öffentlichen Dienst ab und forderte, daß die Rechtsverhältnisse aller im Öffentlichen Dienst Beschäftigten in Zukunft auf der Basis eines allgemeinen Arbeitsrechtes durch Tarifvertrag geregelt werden unter Einschluß des vollen Koalitions- und Steikrechts.

Schuß geht nach hinten los

Ausschlußverfahren in der GEW stößt auf breiten Widerstand

Der GEW-Bundeskongreß vom Juni 1974 hat ein Ausschlußinstrumentarium geschaffen, das von den Landesverbänden gegen die Kritiker der regierungstreuen Gewerkschaftslinie eingesetzt wird. Dabei stoßen Frister und seine Gefolgsleute auf juristische Schwierigkeiten und den Widerstand von Teilen

Schuß geht nach hinten los

Ausschlußverfahren in der GEW stößt auf breiten Widerstand

Der GEW-Bundeskongreß vom Juni 1974 hat ein Ausschlußinstrumentarium geschaffen, das von den Landesverbänden gegen die Kritiker der regierungstreuen Gewerkschaftslinie eingesetzt wird. Dabei stoßen Frister und seine Gefolgsleute auf juristische Schwierigkeiten und den Widerstand von Teilen
der aktiven Mitgliederschaft.

In Hessen sind gegen Kollegen Ausschlußverfahren eingeleitet, 1. bei denen bekannt ist, daß sie kommunistisch organisiert sind, 2. bei denen dies vermutet wird, wie im Fall Knöß. Ihm wird vorgeworfen, er widerspreche nicht Presseberichten, die seine Mitgliedschaft im KBW behaupten.
In Hessen wie auch in anderen Bundesländern sind die Ausschlußverfahren durch Landesschiedskommissionen rechtswidrig, da es diese Kommissionen nach den Landessatzungen gar nicht gibt. Wie ein Hamburger Landgerichtsurteil festgestellt hat, müssen die Landessatzungen erst durch die satzungsgebenden Gremien der Länder geändert werden, bevor die Beschlüsse des Mainzer Kongresses wirksam werden können. In Hessen sind außerdem die Kommissionsmitglieder durch ein unzuständiges Gremium gewählt worden: Nach Bundessatzung ist zuständig die Landesvertreterversammlung; gewählt hat aber ein untergeordnetes Organ. Es besteht sogar der begründete Verdacht, daß bei dieser Wahl Stimmzettel gefälscht wurden, da ca. 40 Kollegen aus Protest den Saal verlassen hatten, wodurch die Beschlußfähigkeit nicht mehr gegeben war. Diese Frage wird gegenwärtig vom Landesehrenrat geprüft.

Warum diese hektische Eile, die zur Verletzung bestehender Satzungen führt?

Vordergründig hängt dies mit den bevorstehenden Vertreterversammlungen zusammen. Es soll verhindert werden, daß bestimmte Kollegen dort ihre Arbeit fortsetzen. Dahinter steht aber die Furcht, daß die Meinung solcher Kollegen in vielen gewerkschaftlichen Fragen unter der Mitgliederschaft Fuß faßt.
Frister und die ihm Gleichgesinnten versuchen, durch Ausschlußverfahren einen Solidarisierungsprozeß auf der Grundlage richtiger gewerkschaftlicher Forderungen um Maßnahmen zu verhindern.
Mit dieser Politik erreichen die bürgerlichen Gewerkschaftsführer gegenwärtig zweierlei: Erstens, daß einige Kollegen ausgeschlossen werden, zweitens, daß der Widerstand gegen die Ausschlüsse und gegen die Politik, der sie dienen sollen, wächst.
In Hamburg haben anderthalbtausend Kollegen mit ihrer Unterschrift die Einberufung einer Hauptversammlung gefordert, die die Mehrheit des Landesvorstandes verhindern wollte.
In Darmstadt hatte der Landesvorsitzende, Kollege Ludwig, auf einer Mitgliederversammlung des Kreisverbandes seine ganze Autorität in die Waagschale geworfen, um fortschrittliche Kollegen aus dem Kreisvorstand zu entfernen – und hatte genau das Gegenteil erreicht. Kurz darauf hat die Mitgliederversammlung desselben Kreisverbandes bei nur 4 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen bestätigt, daß Kollege Pfaff sich im Kreisverband für die Interessen seiner Kollegen eingesetzt hat (Kollege Pfaff soll wegen seiner Kandidatur für den KBW ausgeschlossen werden).
Dies zeigt: Die Ausschlußverfahren werden im Ergebnis erfolglos bleiben. Denn Frister wird es vielleicht gelingen, einige Kollegen aus der GEW auszuschließen, aber die Mißstände im kapitalistischen Schulwesen, die kann er damit nicht ausschließen. Und deshalb wird es immer Kollegen geben, die gegen diese Mißstände und ihre Ursachen einen richtigen gewerkschaftlichen Kampf organisieren und sich damit zwangsläufig gegen die bürgerlichen Machthaber in der GEW stellen

–P.–

Erfolgreiche Überstundenverweigerung in Bremer Kleinbetrieb

Ich arbeite als Dreher in einem Kleinbetrieb der Metallindustrie. Wir arbeiten mit durchschnittlich 20 Mann. Der Betrieb besteht aus einer Dreherei und einer kleinen Schweißhalle und macht ausschließlich Zuliefererarbeiten für Großbetriebe, größtenteils für die großen Werften.
Weil bei den Werften die Auftragslage noch verhältnismäßig günstig ist, hat der Betrieb momentan auch noch soviele Aufträge, daß er sich über Wasser halten kann.
Doch auch wir sind von der Krise keineswegs verschont. Der Betrieb bewegt sich schon lange am Rande der Existenz. Er war auch schon einmal mit Krediten und allen möglichen Tricks wieder hochgerappelt. Jetzt ist der Betrieb total verschuldet und gehört fast schon der Bank.
Die Maschinen sind überaltert, es ist nie genug Werkzeug da, so daß wir einen großen Teil des Tages damit verbringen, Werzeug zu suchen, Bohrer und Stähle anzuschleifen usw.
Unser Chef investiert auch gar nichts mehr, das, was er an Profit gemacht hat, steckt er sich in die Tasche.
Wenn man jetzt aber meint, es geht den Arbeitern und dem Chef gleich schlecht, so hat man sich gründlich getäuscht. Wer darunter am meisten zu leiden hat, sind wir. Wie sieht das aus?
Die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, sind katastrophal. Mittagessen gibt's im Umkleideraum. Der ist vielleicht 20 qm groß und man kann sich die Luft dadrin vorstellen, wenn sich 20 Mann umziehen und ihre Klamotten da haben. Oben kommt immer das Wasser durch, wenn es regnet und bei uns regnet es oft. Die Wände sind total verdreckt und der Putz rieselt. Heizung haben wir da nicht drin. Unser Chef hat jetzt eine ausrangierte Heizsonne auf den Spind gestellt, damit es wärmer wird. Das nutzt aber auch nichts und wir sind froh, wenn wir wieder in die Halle kommen, weil's da wenigstens wärmer ist.
Duschen gibt's überhaupt nicht. Wir arbeiten viel mit Grauguß und dann ist man abends völlig verdreckt. Da stehen wir dann alle vorm Waschbecken und wenn alle Hähne aufgedreht sind, kann man froh sein, wenn man seinen Waschlappen noch mit heißem Wasser vollkriegt, so tröpfelt es aus der Leitung.
Letzte Woche ist das Heizöl ausgegangen. Es dauerte 4 Tage bis neues da war, weil der Chef gesagt hat, er hat kein Geld, welches zu kaufen. Mit 3 Pullovern haben wir an den Maschinen gestanden und immer noch gefroren. Aber bei der Kälte stimmt beim Arbeiten kein Maß mehr, sonst hätte es noch länger gedauert mit dem Heizöl.
Hinten in der Schweißhalle gibt's gar keine Heizung. Es gibt da einen alten Ofen, der dauernd hochgeht und nichts bringt. Der Ofen nützt gar nichts, vor allem deshalb, weil in der Halle überhaupt kein Abzug ist und die Schweißer die Tür oft mal aufmachen müssen, wenn sie ein bißchen Luft kriegen wollen.
Überall wo es geht wird gespart, auf unsere Knochen, ein Beispiel:
Wir haben eine Schweißmaschine, wo Spulen mit Schweißdraht eingelegt werden. Da paßt nur ein bestimmter Typ Spulen rein. Jetzt sind diese Spulen aber teurer als andere. Was macht unser Chef: er kauft die billigen und wir müssen den Draht auf die beiden passenden Spulen, die wir haben, umspulen. Das sieht dann so aus: die leere Spule wird an der Drehbank aufgespannt, die andere an einem selbstgebauten Modell, wo auch ein Futter draufgebaut ist und was gegenüber dem Futter an der Drehbank aufgestellt ist. Mit der einen Hand hält man die volle Spule, damit der Draht nicht in der Gegend rumfliegt, mit der anderen Hand führt man den Draht, dabei läuft die Drehbank. Wenn man einen Moment los läßt, kriegt man den ganzen Salat um die Ohren und wenn man Pech hat, kann man sich den Hals abschneiden. Man darf also nicht loslassen, auch wenn's noch so heiß unter den Handschuhen wird:
Die ganze Angelegenheit ist lebensgefährlich – für uns. Unser Chef spart ein paar Mark pro Spule.
Über den Schleifsteinen hängen dicke Schilder "Schutzbrille tragen". Im ganzen Betrieb gibt's keine!



Das sind nur einige Beispiele, auf wessen Kosten die Sparmaßnahmen hier durchgeführt werden. Manche denken, naja, ist zwar beschissen, aber Hauptsache das Geld stimmt.
Aber das stimmt bei uns auch nicht. Seit ich da bin, hat es noch nicht einmal pünktlich Geld gegeben. Wir kriegen wöchentlich Abschlag ausbezahlt und so ein bis zwei Abschläge Rückstand ist die Regel. Letzten Sommer hats Urlaubsgeld erst ein paar Wochen nach dem Urlaub gegeben, weil von unserem Urlaubsgeld Material eingekauft worden ist. Jetzt ist der 15. Dezember und wir haben noch keinen Pfennig Weihnachtsgeld gesehen.

Wer wird sich das lange gefallen lassen, fragt man sich. Nun, früher riß das Kommen und Gehen auch nicht ab. Aber heute sind wir froh, überhaupt Arbeit zu haben, denn arbeitslos sind wir noch schlechter dran.
Das ist die eine Seite davon, warum die Krise auch uns betrifft: wir sind der Willkür unseres Chefs mehr ausgeliefert und können nicht einfach woandershin zum Arbeiten.
Die andere Seite ist die, daß die Krise auch den Betrieb schüttelt.
Wenn's den großen Betrieben schlechter geht, streichen sie als erstes die Aufträge an die Zulieferer und machen auch die kleinen Sachen selber. Das merkt man schon jetzt. Die Aufträge werden weniger und die Konkurrenz unter den kleineren steigt gewaltig. Unser Chef muß versuchen billiger und obendrein noch mit besserer Qualität zu produzieren und das alles möglichst noch in kürzeren Lieferzeiten.
Neue Maschinen kann er nicht anschaffen, also muß er es aus den Arbeitern rauspressen. Das versucht er auch. Momentan kriegen wir Stundenlohn. Jetzt hat er vor kurzem versucht, Prämienlohn einzuführen. Wenn man sich vorstellt, wie wir den ganzen Tag rumrennen, um überhaupt das Werkzeug zusammenzukriegen, ist das ein Hohn. Wir haben uns dann auch geweigert, das mitzumachen und gesagt, daß wir alle kündigen, wenn er das macht. Er hat dann auch Angst gekriegt und die Sache zurückgezogen.
Früher war er jeden Tag 4-5 Stunden im Betrieb. Jetzt ist er jeden Morgen der erste und abends der letzte. Den ganzen Tag sitzt er im Büro, von dem aus er die ganze Halle überblicken kann oder er läuft rum und sieht uns bei der Arbeit zu. Konnten wir früher öfter mal zusammenstehen und schnacken, so ist das jetzt nicht mehr drin und man fängt an sich zu überlegen, wie oft man auf die Toilette gehen kann, ohne aufzufallen.
Neue Kollegen werden nicht mehr eingestellt, aber die Überstundenschinderei ist groß. Jeden Tag 10-11 Stunden und sonnabends den ganzen Tag, das machen die meisten Kollegen. Sie müssen es auch, wenn sie einigermaßen über den Monat kommen wollen. Ich wäre fast geflogen, weil ich mich geweigert habe, Überstunden zu machen. So wird das letzte aus uns herausgepreßt, weil's billiger ist, als mehr Leute einzustellen.
Wir werden dauernd damit erpreßt, daß wir gar keine Arbeit mehr haben, wenn der Betrieb pleite geht und daß wir alle mithelfen müssen, damit das nicht passiert. So sollen wir schon ein schlechte Gewissen kriegen, wenn wir mal krank sind.

Letzte Woche hat's uns dann gereicht. Einige Kollegen standen schon lange zur Lohnerhöhung an. Die war dann zum 1. November zugesagt worden. Als wir die Abrechnung gekriegt haben für November, haben wir gemerkt, daß die Lohnerhöhung ab Januar rückwirkend gezahlt werden soll. Das glaubt aber keiner und wir haben beschlossen, ab sofort Überstundenstreik zu machen. Es haben auch alle mitgemacht, auch die, die keine Erhöhung kriegen sollen. Weil die auch sauer waren. Wir haben alle Punkt Feierabend die Maschinen abgestellt und der Chef kam gleich runter, weil er dachte, daß der Strom ausgefallen ist. Als er dann gemerkt hat, was los ist, hat er auf stur geschaltet und mit keinem mehr gesprochen. Nächsten Tag das gleiche, da wurde er schon unruhig. Er meinte immer, das könnten wir doch nicht machen. Aber wir konnten und Sonnabend kam auch keiner. Montag haben wir dann die Lohnerhöhung gekriegt.

Dieser Weg, den wir eingeschlagen haben, ist auch der einzig richtige. Wenn wir nämlich stillhalten und nicht fordern, geht's am Schluß zwar dem Chef besser, aber uns geht's umso schlechter. Wir sehen jeden Tag, auf wessen Kosten es dem Betrieb besser gehen soll. Unser Chef fährt seinen dicken Wagen immer noch und seine Villa hat er auch noch nicht verkauft. Das macht er auch bestimmt nicht.
Aber wir müssen hinter jedem Groschen hinterherrennen und unser Leben und unsere Gesundheit wird täglich aufs Spiel gesetzt. Das ist ein ungleiches Spiel und da gibt es keine Gemeinsamkeiten zwischen uns und dem Chef.
In einem solchen Kleinbetrieb verfängt die Illusion von der "großen Familie" noch leichter und man kann die Sache nicht so leicht durchschauen.
Doch die Verhältnisse im Kapitalismus selber treiben die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit auch im kleinsten Betrieb immer unbarmherziger hervor.

Eins ist klar: Wenn dieser Betrieb kaputt geht, und das wird er wohl bald, sind die Arbeiter nicht daran schuld. Der Kapitalismus selber ist schuld daran, wo gerade in der Krise der Große den Kleinen frißt und das alles auf Kosten von uns Arbeitern. Da hilft es nichts, wenn wir unsere Knochen hinhalten, um unserem Chef daran gesund zu stoßen. Da hilft nur der entschlossene Kampf gegen den Kapitalismus, der solche Zustände hervorbringt.

–b., Bremen–



Hauptsache das Geld stimmt.
Aber das stimmt bei uns auch nicht. Seit ich da bin, hat es noch nicht einmal pünktlich Geld gegeben. Wir kriegen wöchentlich Abschlag ausbezahlt und so ein bis zwei Abschläge Rückstand ist die Regel. Letzten Sommer hats Urlaubsgeld erst ein paar Wochen nach dem Urlaub gegeben, weil von unserem Urlaubsgeld Material eingekauft worden ist. Jetzt ist der 15. Dezember und wir haben noch keinen Pfennig Weihnachtsgeld gesehen.

Wer wird sich das lange gefallen lassen, fragt man sich. Nun, früher riß das Kommen und Gehen auch nicht ab. Aber heute sind wir froh, überhaupt Arbeit zu haben, denn arbeitslos sind wir noch schlechter dran.
Das ist die eine Seite davon, warum die Krise auch uns betrifft: wir sind der Willkür unseres Chefs mehr ausgeliefert und können nicht einfach woandershin zum Arbeiten.
Die andere Seite ist die, daß die Krise

Neue Kollegen werden nicht mehr eingestellt, aber die Überstundenschinderei ist groß. Jeden Tag 10-11 Stunden und sonnabends den ganzen Tag, das machen die meisten Kollegen. Sie müssen es auch, wenn sie einigermaßen über den Monat kommen wollen. Ich wäre fast geflogen, weil ich mich geweigert habe, Überstunden zu machen. So wird das letzte aus uns herausgepreßt, weil's billiger ist, als mehr Leute einzustellen.
Wir werden dauernd damit erpreßt, daß wir gar keine Arbeit mehr haben, wenn der Betrieb pleite geht und daß wir alle mithelfen müssen, damit das nicht passiert. So sollen wir schon ein schlechte Gewissen kriegen, wenn wir mal krank sind.

Letzte Woche hat's uns dann gereicht. Einige Kollegen standen schon lange zur Lohnerhöhung an. Die war dann zum 1. November zugesagt worden. Als wir die Abrechnung gekriegt haben für November, haben wir ge-

dem Chef.
In einem solchen Kleinbetrieb verfängt die Illusion von der "großen Familie" noch leichter und man kann die Sache nicht so leicht durchschauen.
Doch die Verhältnisse im Kapitalismus selber treiben die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit auch im kleinsten Betrieb immer unbarmherziger hervor.

Eins ist klar: Wenn dieser Betrieb kaputt geht, und das wird er wohl bald, sind die Arbeiter nicht daran schuld. Der Kapitalismus selber ist schuld daran, wo gerade in der Krise der Große den Kleinen frißt und das alles auf Kosten von uns Arbeitern. Da hilft es nichts, wenn wir unsere Knochen hinhalten, um unserem Chef daran gesund zu stoßen. Da hilft nur der entschlossene Kampf gegen den Kapitalismus, der solche Zustände hervorbringt.

–b., Bremen–

Wiesbaden. Gegen die neue Kindergeldregelung demonstrierten am 14.12. 500 Spanier, Portugiesen, Griechen, Türken, Italiener und Deutsche durch die Innenstadt. Die Demonstration war vom Ausländerbeirat der Stadt Wiesbaden organisiert worden. Auf der Abschlußkundgebung bekräftigten die Vertreter verschiedener Nationalitäten die Entschlossenheit, den Kampf gegen das Kindergeldgesetz zu verstärken und für die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter zu kämpfen. Auch ein Sprecher der Caritas/Diakonisches Werk Wiesbaden solidarisierte sich mit der Demonstration. Er verurteilte, daß die Arbeitsämter, durch Nichtverlängerung der Arbeitserlaubnis ausländische Kollegen aus ihrer Arbeitsstelle reißen, ohne Anspruch auf einen Pfennig Arbeitslosengeld. Auch die Wiesbadener Jusos solidarisierten sich. Oberbürgermeister Schmidt (SPD) dagegen nahm zu der Resolution des Ausländerbeirats keine Stellung.

–U., Wiesbaden–

Kinderausbeutung

Behinderte Kinder arbeiten für ein Trinkgeld

Neuss. Das Sozialamt der Stadt Neuss rühmt sich, besonders gut für Körperbehinderte und geistig Behinderte zu sorgen. Man ist stolz darauf, eine lückenlose Erfassung sämtlicher Behinderter ins Leben gerufen zu haben. Doch was geschieht mit den Kindern, wenn sie ins schulpflichtige Alter kommen?
Sie kommen in einen Kinderhort, dessen Tagesablauf so aussieht: 45 Neusser Kinder werden im Alter von sieben bis siebzehn Jahren von 8 Uhr bis 10 Uhr in "Schreiben und Lesen" unterrichtet. Um 10.30 Uhr beginnt "die Beschäftigungstherapie". Die Neusser Kinder bauen Steckdosen zusammen, deren äußere Abdeckplatte mit der dahinterliegenden Armatur verschraubt werden muß. In Auftrag wird diese Arbeit von der Neusser Firma Helna gegeben. Die Kinder sind in der Lage, zwischen 200 und 660 Stück pro Tag zu montieren. Als "Entlohnung" erhalten sie dafür 4,50 DM pro Tag.
In der gleichen Situation befinden sich die 48 Düsseldorfer Kinder: Diese entfernen Spikes aus Autoreifen, wieder andere verpacken Süßwaren (im Auftrag der Firma Jamin), und andere wieder bauen Linsen für Projektoren zusammen (im Auftrag der Firma Liesegang) oder verpacken Bestecke. "Grundlohn": 28 DM im Monat. Um die Leistungen zu steigern, führte der Landschaftsverband ein Punktesystem ein. So bekam jedes Kind vor einem halben Jahr für einen Punkt 30 Pfennig. Um die Arbeitshetze jedoch erneut zu steigern, ordnete der Landschaftsverband eine Vergütung von 5 Pfennig pro Punkt an. Mit der Produktion sind die Kinder dann bis 15 Uhr beschäftigt. Unterbrochen wird das Ganze von einer kurzen Mittagspause, in der die Essensreste der Kantine der Neusser Firma Jagenberg als großzügige Spende serviert wird. Die Kinder kommen so auf maximal 60 DM im Monat.
Da man noch billiger Menschen kaum ausbeuten kann, hat man im Neusser Rheincenter den Bau einer zweistöckigen Werkstatt begonnen, die für 180 Kinder ausreichen soll. So wird es möglich, noch mehr Kinder auszubeuten und die "Betreuung" der Körperbehinderten zu "rationalisieren". Verantwortlich für diese menschenunwürdige Behandlung sind der Bundesminister für Arbeit und Soziales, der Landschaftsverband von Nordrhein-Westfalen und das Sozialamt Neuss. Diese Zustände werden sorgfältig geheimgehalten.

S., Neuss

Interview mit einem ehemaligen Fürsorgezögling

Zustände im Erziehungsheim "Birkenhof" bei Hannover-Kirchrode

Wie ist es dazu gekommen, daß Du ins Erziehungsheim eingewiesen wurdest?
Ich bin als uneheliches Kind von meiner damals 15-jährigen Mutter geboren und bei meinen Großeltern aufgewachsen, wo ich mich auch ganz wohl gefühlt habe. Nach Abschluß der Volksschule wurde ich durch ein Gesetz gezwungen, zu meiner Mutter zu ziehen, die inzwischen wieder geheiratet hat und noch vier Kinder gekriegt hat. Sie hat fürchterlich gesoffen und wollte mich zwingen, sofort arbeiten zu gehen. Ich wollte aber Kindergärtnerin lernen. Weil ich es zu Hause bei meiner Mutter nicht ausgehalten hab, bin ich abgehauen. Ich bin schließlich bei Studenten untergekommen, die mir helfen wollten, Arbeit zu finden, was aber so gut wie unmöglich war, weil ich keine Papiere hatte. Sozialarbeiter haben versucht, das Jugendamt davon zu überzeugen, daß sie mich hier wohnen lassen und mich bei der Suche nach einer Lehrstelle unterstützen sollten. Das haben sie nicht getan; im Gegenteil, sie haben mich mit der Polizei suchen lassen und auch gefunden. Sie haben mich noch am selben Tag in den Birkenhof geschleppt.

Wie sah es im Birkenhof aus?
Naja, der Sozialarbeiter hatte mir was erzählt von "offenem Heim", und es wird Dir da schon gefallen. Aber als ich davor stand, war mir klar, daß ich da sofort wieder abhauen werde. Der Birkenhof ist ein Gelände, das völlig umgeben ist mit Stacheldrahtzäunen und einer Mauer, auf der oben Glasscherben einbetoniert sind. Auch drinnen werden wir gehalten wie im Gefängnis. Das Haus ist abgeteilt in Flure, wo etwa 10 bis 15 Mädchen schlafen und essen. Die Flurtür ist ständig verschlossen.

Welche Möglichkeiten der Ausbildung haben die Mädchen da?
Überhaupt keine. Es gibt drei verschiedene Arbeiten. Ein Teil der Mädchen wird als Putzfrau im Heim eingestellt. Ein anderer kommt in die Wäscherei: Da stehen die Mädchen dann acht Stunden am Tag an der Heißmangel oder sitzen da und flicken Bettwäsche. Das ist nicht nur die Wäsche aus dem Heim, sondern gleich die Wäsche vom Blindenheim nebenan mit und woanders her, vielleicht aus Krankenhäusern oder so. Der dritte Teil arbeitet in der Großküche, was immer noch die angenehmste Arbeit ist.

Was kriegt ihr da für einen Lohn?
25 Pfennig am Tag. Aber das kriegen wir auch nicht ausbezahlt, sondern das verwaltet die Heimleitung. Es wird strengstens kontrolliert, was wir mit dem Geld machen.

Was macht ihr in der Freizeit?
Von der Freizeit haben wir fast nichts. Mittags dürfen wir eine Zigarette rauchen und abends nochmal zwei, mehr nicht. Nach dem Abendessen dürfen wir bis 20 Uhr fernsehen, aber auch nur das, was vorher genehmigt wurde. Um 20.30 Uhr müssen wir ins Bett, und um 21.30 Uhr geht das Licht automatisch aus. Von da ab wird auch ein Klingelsystem eingeschaltet, das sofort anfängt zu klingeln, wenn eine Zimmertür aufgeht.

Gibt es für die Mädchen irgendwann mal Ausgang?
Nein. Wir dürfen nie aus dem Birkenhof raus. Auch auf den Hof dürfen wir nur in Begleitung.

Wie lange bleiben die Mädchen in so einem Heim?
Je nachdem, wie sie sich geführt haben. Ein bis eineinhalb Jahre. Von da aus kommen sie dann ins Außenheim. Von da aus können sie dann zu ein Arbeitsstelle gehen. Die Zustände da sind noch schlimmer. Da dürfen die Mädchen gar nichts mehr. Deshalb hauen da auch viele Mädchen ab, und wenn sie dann wieder eingefangen werden, dann kommen sie wieder in den Birkenhof.

Wie erging es Dir im Birkenhof?
Ich hab es da nicht ausgehalten. Ich bin bei der nächsten Gelegenheit abgehauen. Ich mußte über die Mauer klettern, weil es vollkommen unmöglich war, über den doppelten und oben mit überstehendem Stacheldraht gesicherten Zaun rüberzukommen. Dabei hab ich mir natürlich die Hände an den Glasscherben aufgeschnitten, aber ich wollte unbedingt raus. Sie sind mir auch sofort hinterher, aber ich hab mich im Wald verstecken können. Ich mußte mir vorkommen wie ein Schwerverbrecher.

Die unsichere Existenz, die steigende Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze und die ständige Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und des Volkes ziehen immer eine Verelendung großer Teile der Jugend nach sich. Viele Eltern sind immer weniger in der Lage, ihren Kindern auch nur eine minimale Erziehung und Ausbildung zu sichern und ihnen überhaupt eine Existenz zu bieten.

Die Folge sind steigende Jugendkriminalität, Prostitution, Alkoholismus und Rauschgiftsucht. Die Fürsorgeerziehung hat dabei keine andere Funktion als die, die Jugendlichen, die an diesen Verhältnissen gescheitert sind, wieder in den Griff zu bekommen. Das versucht sie, indem sie isoliert und gefangensetzt, um so jeden Widerstand zu brechen.

C.H., Göttingen

Den USA und der Sowjetunion geht es schlecht,

Peking. Die gesamte imperialistische und sozialimperialistische Welt steckt in der Wirtschaftskrise, die sich ausdrückt durch sich verschärfende Inflation und ein rapides Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Die Ursachen der Krise liegen in den ureigenen inneren Widersprüchen des Imperialismus und des Sozialismus. Aber der gegenwärtige Charakter der Krise und ihre weltweite Ausdehnung sind das notwendige Resultat des Kampfes der beiden Supermächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, um Hegemonie und ihrer Gier nach Expansion. Die Krise ist das Ergebnis der, wie es die chinesischen Kommunisten nennen, großen Unordnung in der Welt.

Der folgende Vergleich der wirtschaftlichen Lage in den zwei Supermächten und in der Volksrepublik China fußt in der Hauptsache auf einem Artikel aus der Novembernummer der Roten Fahne, dem Organ der Kommunistischen Partei Chinas. Er zeigt die Unterschiede der ökonomischen Systeme des Kapitalismus und des Sozialismus. Im Kapitalismus geht es dem Volk schlecht. Es muß leiden, und die Existenz der Werktätigen ist unsicher. Im Sozialismus geht es dem Volk gut, ist die wirtschaftliche Lage stabil und brauchen die Werktätigen keine Angst vor der Zukunft zu haben.

Den USA und der Sowjetunion geht es schlecht

Kennzeichnend für die wirtschaftliche und finanzielle Situation in den imperialistischen Ländern sind Geldentwertung und Preisanstieg. In den vergangenen zwanzig Jahren, besonders in den letzten Jahren, gibt es in den USA eine wachsende Inflation, eine ständige Abnahme der Kaufkraft des Dollar und Preissteigerung. Der Preisindex für Konsumgüter lag in den USA in der ersten Hälfte dieses Jahres um 47,1 % höher als 1967. Zweimal, 1971 und 1973, mußte der Dollar abgewertet werden.

Die Rote Fahne führt aus, daß es dem sowjetischen Sozialimperialismus im Finanz- und Geldbereich nicht besser geht. Das Geschäft auf dem Schwarzmarkt blüht. Die Preise steigen, und die Kaufkraft des Rubel fällt kontinuierlich. Die Einzelpreise von 69 Hauptverbrauchsgütern waren in den staatlichen Handelsunternehmen im Jahre 1970 um 20 % höher als 1963. Auf dem freien Markt sind die Preise teilweise um 100 % und sogar um ein Mehrfaches angestiegen. Als der Rubel 1961 abgewertet wurde, fiel er im ausländischen Wechselkurs um 55 %.

"Die gegenwärtigen Finanz- und Geldkrisen in der kapitalistischen Welt", heißt es in der Roten Fahne, "sind Ausdruck ihrer sich vertiefenden politischen und ökonomischen Krisen. Sie sind das unvermeidliche Ergebnis des Strebens der beiden Supermächte nach Welthegemonie und Expansion und ihrer Anstrengungen, ihre Krisen auf andere abzuwälzen und eine Politik der Ausplünderung und Aggression zu verfolgen." Durch ausgedehnte Regierungsaufträge für die Rüstungsindustrie hat der USA-Imperialismus versucht, die Auswirkungen der Krisen zu dämpfen. Die militärischen Ausgaben in den imperialistischen Ländern verursachen einen planlosen Produktionsanstieg und einen scheinbaren wirtschaftlichen Aufschwung. Die amerikanischen Imperialisten haben ungeheure Summen für die militärische Unterdrückung anderer Länder aufgebracht, sie haben riesige Kapitalsummen exportiert und rivalisieren um Rohstoffe und Märkte. Das Ergebnis ist eine jährliche Verschärfung der Inflation, Erhöhung des Finanzdefizits und Verschlechterung der Zahlungs- und Handelsbilanz.

Die chinesische Nachrichtenagentur schrieb am 17. November, daß nach offiziellen amerikanischen Angaben die industrielle Produktion in den USA seit Dezember letzten Jahres fast ununterbrochen stagnierte oder zurückging. Allein im vergangenen Oktober sank der industrielle Produktionsgüterindex in den Vereinigten Staaten um 0,6 %. Es gibt in den USA 5,5 Millionen Arbeitslose. Das sind 1,2 Millionen mehr als letztes Jahr. Das Handelsdefizit stieg im dritten Viertel des Jahres auf 2,6 Milliarden Dollar, verglichen mit dem zweiten Viertel des Jahres ein Anstieg um eine Milliarde Dollar. Die Inflationsrate in den ersten neun Monaten des Jahres 1974 wird vom amerikanischen Handelsministerium mit 12 % angegeben.

Auch der sowjetische Sozialimperialismus befindet sich in der Sackgasse. Um hohe Profite zu erreichen, hat er das kapitalistische Management wieder eingeführt und blind produziert. Das brachte die Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht. Die Sozialimperialisten konzentrieren sich auf Kriegsvorbereitungen und Rüstungsproduktion. Die Rote Fahne hat nach statistischen Quellen errechnet, daß die sowjetischen Revisionisten jährlich zwischen 60 und 70 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke ausgeben. Das ist im Verhältnis zum Nationaleinkommen und zum Gesamtwert der nationalen Produktion mehr, als in den USA für die militärische Rüstung ausgegeben wird.
Die Sozialimperialisten haben weitgesteckte Ziele, aber es mangelt ihnen an Kräften. Ihre inländischen Verschuldungen erhöhen sich, und im Ausland bitten sie um Darlehen. Die Rote Fahne schreibt, daß die Sowjets bis 1971 staatliche Schuldverschreibungen von insgesamt 28,4 Milliarden Rubel ausgegeben haben. Die fällige Rückzahlung von 25,8 Milliarden Rubel haben sie auf einen Zeitraum von 20 Jahren nach 1974 verschoben. Nach unvollständigen Angaben wurde errechnet, daß die sowjetischen Schulden im Ausland zwischen 1964 und April 1974 um 8,5 Milliarden US-Dollar wuchsen.

Die Märkte werden kleiner

Die zwei Hegemonialmächte versuchen, ihre Krisen auf die Länder der Dritten Welt und die kapitalistischen Länder der Zweiten Welt abzuwälzen, die schwächer sind als sie. Die Preise auf dem internationalen Markt für Rohstoffe, landwirtschaftliche und industrielle Güter versuchen sie in ihrem Sinn zu erhöhen bzw. zu erniedrigen. Auf dem internationalen Finanzgebiet üben sie die Hegemonie aus. Die Sowjetunion versucht mit dem Rubel die Wirtschaft der "Sozialistischen Staatengemeinschaft" zu kontrollieren. Die USA betreiben einen ungeheuren Dollar-Export und verschärfen die Krisen in den anderen kapitalistischen Ländern.
In den imperialistischen und sozialimperialistischen Ländern befinden sich die Produktionsmittel zum größten Teil in den Händen der Monopolkapitalisten. Sie steigern planlos die Produktion, um Höchstprofite herauszuholen und verringern durch Lohndrückerei und Ausplünderung den Lebensstandard der Werktätigen. In der Überproduktionskrise wird der heimische Markt immer enger und die Imperialisten werden immer mehr vom Export abhängig. (siehe KVZ Nr.19, "Ursache und Verlauf der gegenwärtigen Krise")

Aber durch die Revolutionen und die politische Bewußtwerdung in den Ländern der Dritten Welt, insbesondere seit dem zweiten Weltkrieg, verringern sich auch dort die Märkte für die Imperialisten. Der Widerspruch zwischen einerseits der wachsenden Produktion und andererseits den unstabilen und enger werdenden heimischen und ausländischen Märkten hat sich immer mehr ausgewirkt. Die Folge sind schwere Wirtschafts- und Finanzkrisen. Die Werktätigen werden ärmer und die Arbeitslosenzahl steigt. Die Klassenwidersprüche verschärfen sich. Die Rivalität der imperialistischen Länder, besonders der Supermächte, um Rohstoffe und Märkte wird verbissener. Der Widerstand der Länder der Dritten Welt gegen die imperialistische Kontrolle, Ausplünderung und Aggression wird stärker.

China geht es gut.

Stabilität und Sicherheit in China

Im sozialistischen China herrscht das Volk. Darum leben hier die Massen nicht in Not. Das chinesische Volk nimmt seine Geschicke selbst unmittelbar in die Hand. Es hat durch die Revolution das private Eigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und die Produktionsmittel vergesellschaftet. Produziert wird für die Bedürfnisse der Massen und nicht für den Profit eines Bonzen. Die Massen ebnen sich den Weg für eine geplante wirtschaftliche Entwicklung. Darum ist hier in China die Wirtschaft stabil. Es gibt hier keine Arbeitslosigkeit (siehe KVZ Nr.24, "Wie das Neue China das Problem der Arbeitslosigkeit löst") und nicht das Problem der Inflation. Mit der Beseitigung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus wurde die Wurzel von Inflation und überhaupt der unsicheren Existenz der Werktätigen ausgerissen.

Für die chinesischen Genossen, insbesondere die jüngeren, die die Zeit vor der Befreiung nicht miterlebt haben, ist vieles unverständlich, wenn der Verfasser dieser Korrespondenz mit ihnen über die Krise in Deutschland und die Lage der arbeitenden Massen in einem kapitalistischen Land spricht. Sie kennen die Ausbeutung nicht. Und bei ihrer Arbeit und Produktion werden sie von gemeinsamen Zielen geleitet.

Seit über 20 Jahren ist die chinesische Währung stabil, trotz amerikanischer Aggression und großer Hilfeleistung Chinas für Korea Auch drei Jahre schwerster Naturkatastrophen (1959–1961) und die unablässige Sabotage von seiten in- und ausländischer Klassenfeinde konnten die Währung nicht durcheinanderbringen. Die Währung ist stabil, weil der Staat große Bestände an Waren hat, die er zu festen Preisen auf den Markt bringt. Das chinesische Volk hat die Landwirtschaft ausgedehnt und die Leicht- und Schwerindustrie gehoben. So wurde die Wirtschaft entwickelt und der Markt zunehmend mit Gütern versorgt. Die Warenbestände des Staates wachsen. Hinter jedem einzelnen Yuan (das chinesische Zahlungsmittel) steht ein Wert von mehreren Yuan Warenbestand. Die planmäßige Wirtschaftspolitik des chinesischen Staates erlaubt nicht, daß höhere staatliche Ausgaben als Einnahmen getätigt werden (siehe auch KVZ Nr.21, "Die Volksrepublik China kennt keine Inflation"). China ist frei von in- und ausländischen Schulden. Die gesamte chinesische Volkswirtschaft nimmt einen großen Aufschwung.

Überall in der Welt wachsen Unruhe und Widerstand der Völker gegen Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung. Die Kräfte der Imperialisten und Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren sehr abgenommen. Die Stärke und die Einheit der Völker der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen die Supermächte nehmen gewaltig zu. Der Kampf der Arbeiterklasse und der Bauern in den imperialistischen Ländern ist im Aufschwung begriffen und gewinnt an politischer Klarheit. Imperialismus und Sozialimperialismus werden notwendigerweise scheitern, denn die Millionenmassen der Völker sind stärker, und sie wollen eine vernünftige Welt schaffen.

U.Kräuter / Peking

Moskau und die "zivilisierte Welt"

Im Oktober war eine Delegation des westdeutschen Bundestages zu Besuch in der Volksrepublik China. Bei einem Treffen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Hsiaoping äußerte sich dieser zur Frage von Krieg und Frieden. Deng sagte, daß wegen des Hegemonialstrebens der beiden Supermächte die Gefahr eines dritten Weltkrieges durchaus gegeben sei. Vielleicht sei der Friede kaum eine Generation lang zu halten.

Wie recht Deng Hsiao-ping mit diesem Hinweis hat, lehrt ein unvoreingenommener Blick auf die enormen Rüstungsanstrengungen der Supermächte, auf ihre Rolle als Weltlieferanten im Waffenhandel und auf ihre expansiven Interessen auf der ganzen Welt, die da und dort schon direkt zusammenstoßen. Auch bürgerliche Kommentatoren sagen inzwischen zum Beispiel, daß das Abkommen von Wladiwostok zur Rüstungsbeschränkung in Wirklichkeit eine weitere Aufrüstung zur Folge haben wird.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Sozialimperialisten in Moskau besonders betroffen auf diese zutreffenden Feststellungen Dengs reagierten. Seit Jahren schon versuchen sie durch die andauernde Wiederholung der Behauptungen, China wolle den Krieg und Mao Tsetung erstrebe die chinesische Weltherrschaft durch den Weltkrieg, von ihren eigenen Kriegsvorbereitungen ablenken und zum Beispiel von der Tatsache, daß zig Divisionen sowjetischer Truppen an der Grenze zu China stationiert sind und die Moskauer Regierung sich weigert, sie im Rahmen eines gerechten Abkommens zurückzuziehen. Da sie damit rechnen, daß die von ihnen beherrschten Volksmassen sich nur unzureichend informieren können, sind die Behauptungen oft von atemberaubender Plumpheit. So heißt es zum Beispiel in der DDR-Wochenzeitung "Horizont", die "Mao-Gruppe" verfolge nach wie vor das Ziel, einen Weltkrieg auszulösen, und spekuliere darauf, "sozusagen als Leichenfledderer der Geschichte das Alleinerbe über eine Welt anzutreten, von der ganze Völker atomar hinweggefegt wären."

Es ist eine Erfahrung der Geschichte und eine Grundlehre des Marxismus-Leninismus, daß die imperialistischen Länder zur Expansion streben, daß sie dazu bei Strafe ihres Untergangs gezwungen sind, und daß sich die wechselnden Spannungen zwischen den imperialistischen Staaten immer wieder unvermeidlich in kriegerischen Zusammenstößen entladen, solange die Revolution der Arbeiterklasse dem menschenfeindlichen Imperialismus nicht ein Ende setzt. Die revisionistische Propaganda will uns glauben machen, daß diejenigen, die diese Wahrheit aussprechen und mit dem Finger deutlich auf die Kriegstreiber zeigen, die Kommunisten, die Urheber der Kriegsgefahr seien. Als seien diejenigen, die bei einer Feuersbrunst Alarm schlagen, die Schuldigen und nicht die Brandstifter.

Auf die Feststellung Deng Hsiaopings hat nun der sowjetische Rundfunk mit einer bezeichnenden Stellungnahme reagiert. Der sogenannte "Radio Frieden und Fortschritt" (deutsch) berichtete am 21.10.1974 von den angeblichen Kriegsplänen der Volksrepublik China und kommentierte dann weiter:
"Die Irrealität dieses wahnwitzigen Planes rechtfertigt keineswegs diejenigen, die sich als Anhänger Mao Tsetungs betrachten, wie auch diejenigen, die sich gleichgültig gegenüber der Existenz von maoistischen Organisationen in Europa verhalten. Die Menschenfeindlichkeit solcher Doktrinen und ihrer Träger muß in der ganzen zivilisierten Welt begriffen werden."

Der Kommentar enthält eine offene Aufforderung an die Bourgeoisie Westeuropas, doch endlich gegen die marxistisch-leninistischen Organisationen vorzugehen. Er enthält gleichzeitig einen Aufruf zur Isolierung der Volksrepublik China und zu ihrer Liquidation. Dies alles im Namen der "zivilisierten Welt" und gerichtet an alle, die sich dazu zählen mögen. Im Namen der Zivilisation hat der Kolonialismus seine grausamsten Verbrechen begangen. Im Namen der Zivilisation hat die Bourgeoisie den Befreiungskampf der Völker wie den der Arbeiterklasse in ihren Ländern unterdrückt. Es ist eine der plattesten Doktrinen der Bourgeoisie, die Existenz ihrer Herrschaft mit dem Fortbestand der "Zivilisation" schlechthin gleichzusetzen.

Der Moskauer Rundfunk ruft die "zivilisierte Welt" zum Kampf gegen die dann doch wohl unzivilisierten Chinesen. Was unterscheidet denn diese Leute noch von Wilhelm II., der mit dem Ruf: "Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!" ebenso zum Kreuzzug gegen die Gelben aufrief? ! Tschou Enlai hat wohl nicht gedacht, daß er mit seinem Hinweis, daß man von den Deutschen viel lernen könne, die Chinesen hätten von Marx, Chrustschow aber von Wilhelm gelernt, in so wörtlichem Sinne recht hat. Oder doch?

–W.D.–

7 Monate Gefängnis

Für Protest gegen Wohnraumzerstörung und Bodenspekulation

Die Justiz in Frankfurt hat in diesem Jahr bereits zahlreiche Urteile gegen Menschen gefällt, die sich gegen die Zerstörung von Wohnraum, gegen die Ausplünderung durch den Frankfurter Verkehrsverbund (FVV) oder gegen die Unterdrückung von Meinungs- und Demonstrationsfreiheit gewehrt haben. Das Urteil vom 8. November gegen den Studenten D. Reuter zeichnet sich unter diesen Verurteilungen allerdings durch seine besondere Brutalität aus. Wegen Teilnahme an den Demonstrationen gegen die Räumung und Zerstörung der Häuser Bockenheimer Landstraße/Schumannstraße wurde D. Reuter von einem Schöffengericht unter Vorsitz des als "Scharf"-Richter bekannten Richters Schwalbe zu sieben Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Bekanntlich wurden am Morgen des 21. Februar dieses Jahres die besetzten Häuser Bockenheimer/Schumannstraße gewalttätig geräumt. Um die schändliche Räumung und sofortige Zerstörung der vier großen Wohnhäuser möglichst unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchführen zu können, hatte die Polizei damals das halbe Westend abgesperrt und in ein Heerlager verwandelt. Die Menschen in der Stadt ließen sich jedoch nicht aussperren. Es entzündete sich sofort spontaner Protest, und noch am gleichen Morgen kam es zu ersten Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Zerstörung der Häuser und den Bürgerkriegsaufmarsch der Polizei.

Unter den Demonstranten an diesem Morgen befand sich auch der Verurteilte. Die Polizei ging mit Schlagstock und Wasserwerfern gegen die sich bildenden Menschenversammlungen vor. Es war bekannt, daß dem Wasser der Wasserwerfer das Giftgas CN beigemischt war. Um sich vor diesem Kampfstoff zu schützen, hatte sich der Verurteilte ein Tuch vor das Gesicht gebunden. Außerdem hatte er eine Zitrone bei sich – Zitronensaft lindert etwas die Schmerzen, wenn man das Zeug in die Augen kriegt. Diese "Vorkehrungen" gegen die menschengefährdenden Kampfmethoden der Polizei wurden dem Verurteilten als besonderer Strafverschärfungsgrund ausgelegt. Nach der Logik der Klassenjustiz ist schon der ein besonders gefährlicher Gewalttäter, der sich gegen die Gewalttätigkeiten der Polizei auch nur zu schützen beabsichtigt. Anscheinend wegen des Gesichtstuches war der Verurteilte einer Streife von Zivilbullen aufgefallen. Angeblich, als er eine Bohle auf die Fahrbahn warf, wurde er von den Zivilen gegriffen, zusammengeschlagen und dann festgenommen. In dem Urteil des Richters Schwalbe wurde der Vorgang dann als "Barrikadenbau" dargestellt, "den das Gericht als eine Bedrohung von Menschen mit einer Gewalttätigkeit wertet", als "Verkehrsbehinderung" und als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Diese Begründung verhöhnt die tatsächlichen Verhältnisse.

Gewalttätig war die Räumung der Häuser, deren Bewohner schon Wochen und Monate vorher jede Nacht durch Polizeialarme terrorisiert worden waren.

Gewalttätig war die Zerstörung von vier großen, soliden Häusern, in denen zeitweise bis zu 150 Menschen gelebt hatten. Heute, fast ein Jahr später, ist nichts als ein öder, leerer Platz übriggeblieben.

Verkehrsbehinderung war die eineinhalbtägige Sperrung der Bockenheimer Landstraße durch die Polizei, damit Räum- und Abrißkommandos ungestört ihr schmutziges Werk tun konnten. Diese Sperrung führte zu einem Verkehrschaos im Westend.

Die öffentliche Sicherheit wurde durch die Manöver der Polizei gefährdet, die Bürgerkrieg spielte, Menschen zusammenschlug und verhaftete und mit so gefährlichen Waffen wie dem Giftgas CN wahllos gegen die Bevölkerung vorging.

Selbst wenn der Verurteilte – was völlig unbewiesen ist – sich wie Hunderte und Tausende anderer Menschen gegen diese Maßnahmen des staatlichen Unterdrückungsapparates etwa durch den Bau einer Barrikade zur Wehr gesetzt hätte, wäre dies völlig gerecht gewesen, so wie es immer gerecht ist, wenn Menschen gegen elende Zustände rebellieren und gegen Unterdrückung Widerstand leisten.

H.S., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt



Frankfurt, Februar 1974: Breite Proteste gegen Wohnraumzerstörung und Bodenspekulation

Die Proteste gegen die Erhöhung von Tarifen breiten sich aus

In Hannover meldet die DGB- Kreisdelegiertenkonferenz gegen die Tariferhöhungen Protest an

Die Redaktion erhält ständig Meldungen über neue Gebührenerhöhungen bei Strom, Gas und Wasser und bei den Fahrpreisen. Am 12.12. hat die Gießener Stadtverordnetenversammlung eine Erhöhung der Strom- und Gaspreise beschlossen, die vermutlich 30 % betragen wird. Auch die Bus-, Müllabfuhr, Wasser- und Straßenreinigungsgebühren werden erhöht. Die Hamburger Bürgerschaft hat am 4.12. eine Erhöhung der Fahrpreise um 18,7 % auf Antrag des Senats beschlossen. Schon für den Sommer hat der Senat eine noch happigere Erhöhung angekündigt. Komitees aus 7 Stadtteilen haben in einer ersten öffentlichen Manifestation dagegen Stellung genommen, zu der trotz strömenden Regens 400 Menschen erschienen. Die Demonstration wurde von der Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und seinen Massenorganisationen, sowie von der Altonaer Gruppe der Falken unterstützt.
Der Magistrat der Stadt Kassel will ab 1.Januar 1975 30 % mehr für Gas und 3,2 % mehr für Strom kassieren (siehe Resolution).
Auch der Frankfurter Magistrat versucht, der Bevölkerung eine erneute Erhöhung der Tarife für Strom, Gas und Wasser als unvermeidlich einzureden.
Die folgende Korrespondenz beschreibt, wie sich in Hannover der Widerstand gegen die schon beschlossenen Fahrpreiserhöhungen immer weiter ausbreitet.
–Red.–
Am 11.12. hat das Großraumparlament in Hannover die Einführung eines Stufentarifs im Nahverkehr im Großraum Hannover beschlossen.
Bisher gab es im gesamten Großraum Hannover einen Einheitstarif – eine
beit und einer rapiden Steigerung der Arbeitshetze. Der Spielraum der bürgerlichen Politiker, den Kampf gegen die Fahrpreise zu spalten, ist geringer geworden. Die Straßenbahnfahrer z. B., die bislang häufig gegen
inzwischen der DGB-Kreisvorsitzende Theilmann für Fahrpreiserhöhungen in Form höherer Einheitstarife ein. So wird versucht, Beschlüsse zu durchlöchern.
Die Ortsverwaltung der IGM

teilte. Die Polizei ging mit Schlagstock und Wasserwerfern gegen die sich bildenden Menschenversammlungen vor. Es war bekannt, daß dem Wasser der Wasserwerfer das Giftgas CN beigemischt war. Um sich vor diesem Kampfstoff zu schützen, hatte sich der Verurteilte ein Tuch vor das Gesicht gebunden. Außerdem hatte er eine Zitrone bei sich – Zitronensaft lindert etwas die Schmerzen, wenn man das Zeug in die Augen kriegt. Diese "Vorkehrungen" gegen die menschengefährdenden Kampfmethoden der Polizei wurden dem Verurteilten als besonderer Strafverschärfungsgrund ausgelegt. Nach der Logik der Klassenjustiz ist schon der ein besonders gefährlicher Gewalttäter, der sich gegen die Gewalttätigkeiten der Polizei auch nur zu schützen beabsichtigt. Anscheinend wegen des Gesichtstuches war der Verurteilte einer Streife von Zivilbullen aufgefallen. Angeblich, als er eine Bohle auf die Fahrbahn warf, wurde er von den Zivilen gegriffen, zusammengeschlagen und dann festgenommen. In dem Urteil des Richters Schwalbe wurde
halbtägige Sperrung der Bockenheimer Landstraße durch die Polizei, damit Räum- und Abrißkommandos ungestört ihr schmutziges Werk tun konnten. Diese Sperrung führte zu einem Verkehrschaos im Westend.
Die öffentliche Sicherheit wurde durch die Manöver der Polizei gefährdet, die Bürgerkrieg spielte, Menschen zusammenschlug und verhaftete und mit so gefährlichen Waffen wie dem Giftgas CN wahllos gegen die Bevölkerung vorging.
Selbst wenn der Verurteilte – was völlig unbewiesen ist – sich wie Hunderte und Tausende anderer Menschen gegen diese Maßnahmen des staatlichen Unterdrückungsapparates etwa durch den Bau einer Barrikade zur Wehr gesetzt hätte, wäre dies völlig gerecht gewesen, so wie es immer gerecht ist, wenn Menschen gegen elende Zustände rebellieren und gegen Unterdrückung Widerstand leisten.
H.S., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt

Die Proteste gegen die Erhöhung von Tarifen breiten sich aus

In Hannover meldet die DGB- Kreisdelegiertenkonferenz gegen die Tariferhöhungen Protest an

Die Redaktion erhält ständig Meldungen über neue Gebührenerhöhungen bei Strom, Gas und Wasser und bei den Fahrpreisen. Am 12.12. hat die Gießener Stadtverordnetenversammlung eine Erhöhung der Strom- und Gaspreise beschlossen, die vermutlich 30 % betragen wird. Auch die Bus-, Müllabfuhr, Wasser- und Straßenreinigungsgebühren werden erhöht.

Die Hamburger Bürgerschaft hat am 4.12. eine Erhöhung der Fahrpreise um 18,7 % auf Antrag des Senats beschlossen. Schon für den Sommer hat der Senat eine noch happigere Erhöhung angekündigt. Komitees aus 7 Stadtteilen haben in einer ersten öffentlichen Manifestation dagegen Stellung genommen, zu der trotz strömenden Regens 400 Menschen erschienen. Die Demonstration wurde von der Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und seinen Massenorganisationen, sowie von der Altonaer Gruppe der Falken unterstützt.

Der Magistrat der Stadt Kassel will ab 1.Januar 1975 30 % mehr für Gas und 3,2 % mehr für Strom kassieren (siehe Resolution).

Auch der Frankfurter Magistrat versucht, der Bevölkerung eine erneute Erhöhung der Tarife für Strom, Gas und Wasser als unvermeidlich einzureden.

Die folgende Korrespondenz beschreibt, wie sich in Hannover der Widerstand gegen die schon beschlossenen Fahrpreiserhöhungen immer weiter ausbreitet.

–Red.–

Am 11.12. hat das Großraumparlament in Hannover die Einführung eines Stufentarifs im Nahverkehr im Großraum Hannover beschlossen.

Bisher gab es im gesamten Großraum Hannover einen Einheitstarif – eine Konzession der bürgerlichen Politiker an die großen Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover 1969 und 1972. Von der Einführung eines Stufentarifs (der Großraum wird in Zonen eingeteilt und danach die Preise abgestuft) und einer allgemeinen Erhöhung der Fahrpreise erwarten die Herren im Großraumparlament 16,4 bis 21,9 Mill. DM Mehreinnahmen. Über die Höhe der Fahrpreise im einzelnen gibt es noch keinen Beschluß, wohl aber Vorschläge. Nach dem "billigsten" soll eine Sammelkarte in der Preisstufe 2 künftig 1,40 DM kosten, statt bisher im Einheitstarif 75 Pfennig.

Die Fahrpreiserhöhungen sind nur der Gipfel von einem ganzen Berg von Gebührenerhöhungen in Hannover nach den niedersächsischen Landtagswahlen: Strom und Gas 20 bis 25 %, Abwasser 21 % (in eingemeindeten Gebieten bis zu 100 %), Altenheimsätze bis zu 86 %, Krankenhaussätze 42 %.

Bei jeder Erhöhung redet der Stadtrat von den "Kosten" und "Defiziten". Nicht spricht er davon, daß die Kapitalisten unprofitable Kosten durch den Staat in Form von Gebühren und Steuern auf die Arbeiterklasse und das Volk abwälzen, um ihre Profite hochzuhalten. Auf die Reden der bürgerlichen Politiker müssen wir genauso antworten, wie die Arbeiter auf die Pleite eines Kapitalisten: Es ist nicht unsere Sache, den Karren der Kapitalisten aus dem Dreck zu ziehen, den sie selbst hineingesteuert haben.

Gegenüber 1969, als mit dem "Roten Punkt" ein Sieg gegen Fahrpreiserhöhungen errungen wurde, ist ein deutlicher Klimawechsel eingetreten: die Kapitalisten und die Stadträte, von denen damals sogar einige selber mit dem Roten Punkt umherfuhren, stehen geschlossen hinter den Erhöhungen. Die bürgerliche Presse, die damals liberal berichtete, versucht heute, die Stellungnahmen aus Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Unis gegen die Fahrpreiserhöhungen zu verschweigen.

Auf der anderen Seite ist die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und des Volkes in Hannover mit ihrer Lage größer geworden. Kein Wunder, bei 10 899 Arbeitslosen, viel Kurzarbeit und einer rapiden Steigerung der Arbeitshetze. Der Spielraum der bürgerlichen Politiker, den Kampf gegen die Fahrpreise zu spalten, ist geringer geworden. Die Straßenbahnfahrer z. B., die bislang häufig gegen Blockaden aufgehetzt wurden, werden sich diesmal erinnern, daß sie selber Anfang des Jahres im Streik gestanden haben und keine Bahn gefahren ist.

Manöver der bürgerlichen Parteien

Um eine Bewegung gegen die Fahrpreise zu verhindern, haben die bürgerlichen Politiker alle möglichen Manöver veranstaltet.

Am 7.6.1974 erschien in der Hannoverschen Allgemeinen Presse ein Artikel unter der Überschrift: "Höhere Fahrpreise im Raum Hannover stehen noch lange nicht zur Debatte". Vierzehn Tage später hieß es bereits: "Verwirklichen CDU und FDP gemeinsam den Stufentarif?" Der Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) ruft am 15.9. zum "Kampf um den Einheitstarif" auf. Allgemeine Fahrpreiserhöhungen werden von allen Fraktionen ausgeschlossen. Die SPD will CDU und FDP, die eine Stimme Mehrheit im Großraumparlament haben, den schwarzen Peter lassen. Am 1.10. ist dann in der HAZ zu lesen: "SPD faßt Tariferhöhungen ins Auge" Von nun an ist die SPD für die Erhöhung des Einheitstarifs, CDU und FDP sind für einen Stufentarif und Erhöhungen. Durch solche Manöver sollte Verwirrung gestiftet werden.

Der Kampf gegen die Erhöhungen beginnt

Die Rechnung ist nicht aufgegangen. Gegen jede Art von Fahrpreiserhöhungen haben inzwischen öffentlich in Hannover Stellung genommen: die Bereichsbelegschaftsversamm VAW Leichtmetall, der Vertrauensleutekörper Berstorff, die Vertrauensleutevollkonferenz der IG Chemie Hannover, die Schülervollversammlung des Stephanstifts, die Schülervertretung der IGS Roderbruch, der Studentenrat der Med.Hochschule, die Studentische Kammer der TU, Vollversammlungen Mathe/Physik und Landespflege der TU. Auf der DGB-Kreisdelegiertenkonferenz am 15.11. wurde mit überwältigender Mehrheit ein Antrag auf Ablehnung der geplanten Fahrpreiserhöhungen beschlossen. Trotzdem tritt allerdings inzwischen der DGB-Kreisvorsitzende Theilmann für Fahrpreiserhöhungen in Form höherer Einheitstarife ein. So wird versucht, Beschlüsse zu durchlöchern.

Die Ortsverwaltung der IGM erklärte vor drei Wochen af einer Vertreterversammlung, es seien genug Beschlüsse gefaßt worden, die Vertreterversammlung könne ruhig schweigen. Aber gegen die Schwächung des Kampfes gibt es auch Kritik in den Gewerkschaften: die Ortskartelle Burgdorf und Uetze des DGB kritisierten DGB-Theilmann. Notwendig ist, daß diese Kritik stärker wird, und daß die Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft den Kampf gegen die Fahrpreise selber in die Hand nehmen.

Die Ortsgruppe des KBW hat inzwischen zwei Kundgebungen gegen die geplanten Erhöhungen in der Stadt durchgeführt, um die Diskussionen und Stellungnahmen aus den Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Universitäten zusammenzufassen, und durch die öffentliche Debatte auf der Straße den Widerstandsgeist zu stärken. Am 11.12. hat die Ortsgruppe auf einer Veranstaltung mit über 250 Teilnehmern den Film der Frankfurter Ortsgruppe über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen gezeigt und die Aufgaben und nächsten Schritte im Kampf dargelegt. Wir haben dazu aufgerufen, sich gegen die Fahrpreiserhöhungen in Komitees in Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Universitäten zusammenzuschließen und die Zeit bis zum nächsten Schritt zur Durchsetzung der Erhöhungen gut zu nutzen.

–G.H., Hannover–

Gegen Tariferhöhungen

Resolution der ÖTV-Betriebsgruppe der Spedition K.Eisenbach, Kassel

Kaum sind im Raum Kassel die Konterfeis der bürgerlichen Politiker von den Werbesäulen verschwunden, da läßt der Magistrat der Stadt Kassel die Katze aus dem Sack: Ab 1.Januar 1975 sollen die Tarife für das Gas um 30 % und für den Strom um 3,2 % erhöht werden. Am 1.3. soll eine weitere Stromerhöhung durchgeführt werden.

Die Betriebsgruppe hat daher auf ihrer Dezember-Sitzung einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Keine Erhöhung der Preise für Strom, Gas und Wasser!

Schluss mit der Ausplünderung durch den Magistrat!

I.A. der Betriebsgruppe W.Patzner

Cyankali-Fass im Müllkübel

Kapitalisten und Behörde spielen mit dem Leben der Wiesbadener

Wiesbaden. Die Firma Reco Dental und das Landesamt für Umweltschutz haben jüngst ein paar Tage mir nichts dir nichts mit dem Leben von 10 000 en von Menschen gespielt, um ein bißchen Geld zu sparen. Dabei haben sich Umstände ergeben, die ziemlich atemberaubend sind:

Das ging so: Da sollten Arbeiter das 30 kg schwere Faß in einen Müllkübel werfen und denen wurde dabei schlecht. Das war nicht geplant, und nun schaltete die Betriebsleitung, unsicher geworden, das Landesamt für Umweltschutz ein. Denen erzählte der Chef, man habe das Faß für ein Carbid-Faß gehalten. Das habe da seit Jahren herumgestanden. Der verantwortliche Ingenieur sei nämlich gestorben und da habe man nicht mehr Bescheid gewußt. Nun glaube das, wer will. Jedenfalls, kamen die Herren berufsmäßigen Umweltschützer, und es stellte sich heraus, daß sie auch von Kenntnissen verschont geblieben waren.

Das Faß wurde zur Müllzerkleinerungsanlage geschafft und in einen **offenen** Kübel gesteckt. Schäferhunde sollten es bewachen. Aber man ließ es wieder sein, sie hätten sich ja vergiften können!

Nun hätte es leicht geschehen können, daß durch starken Regen das Faß übergelaufen und das Gift ins Grundwasser gesickert wäre. Von den Wiesbadenern wären nicht mehr viele am Leben gewesen.

Die Sache kam ans Licht und die Wiesbadener waren natürlich empört. Empört war auch der Dezernent Rywoll, aber aus einem anderen Grund. Der haderte nämlich mit dem Landesamt für Umweltschutz, daß "die Angelegenheit bekannt gegeben wurde"!

Altölgangster



Subventionen erschwindelt

Emden. Unter dem wohlklingenden Titel "Gesellschaft für Umweltschutz" haben in der Stadt Emden in Ostfriesland ein paar Lumpen größeren Zuschnitts sich einige Millionen erschwindelt. Der Dreh, mit dem sie's gemacht haben, war einfach. Die Beseitigung von Altöl wird staatlich subventioniert. Die Gangster haben dann Preßluft durch die Rohre gedrückt und dadurch die Werte auf dem Zählwerk hochgejagt. Die Papiere für die Anlieferung des Altöls haben sie gefälscht. Was nicht verbrannt werden konnte, wurde bei Nacht und Nebel ins Hafenbecken gepumpt. Jetzt ermittelt der Staatsanwalt. Der Geschäftsführer Mandula wurde inhaftiert; einer der Belastungszeugen liegt inzwischen mit Schnittwunden im Krankenhaus, weil er von Unbekannten auf einem Tankschiff niedergestochen wurde.

Nun ist die kapitalistische Profitwirtschaft ein fruchtbarer Boden für solche und ähnliche Gangsterstücke. Das Besondere an der Sache liegt aber hier wohl darin, daß diese Sauerei seit 1972 betrieben wird, und von den städtischen Behörden, seien es die Gewerbeaufsicht, die Wasserschutzpolizei nicht bemerkt wurde.

"Ist die Stadt Emden blind oder taub?" schrieb darob ein Leser an die Ostfriesische Zeitung. Ob da wohl jemand Deckung gegeben hat?

–P.L., KG Emden/Red.–

Staatsanwalt: „Die Polizei schlägt nicht ohne Grund"

3 Monate Gefängnis für Demonstration gegen NPD

Buxtehude. Am 9. Dezember 1974 fand in Buxtehude eine Gerichtsverhandlung gegen den Studenten H.S. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung statt.

Der Vorfall: Am 20. April 1974, dem Geburtstag Hitlers, hatte die NPD einen Informationsstand in Buxtehude aufgestellt. Um diesen Stand bildete sich ziemlich schnell eine Traube von etwa 15 bis 20 Menschen, die den Stand als Provokation empfanden und mit den NPD-lern anfingen zu diskutieren und diese aufforderten, den Stand zu räumen, weil dieser ein öffentliches Ärgernis darstelle.

Schließlich holte einer von der NPD die Polizei. Diese wandte sich sofort an die empörten Menschen und wollte einen mit zur Wache nehmen, nicht nur wegen dieser Sache, sondern noch wegen eines früheren Vorfalls. Die Menge ließ sich dieses Vorgehen der Polizei natürlich nicht gefallen und forderte die Polizei auf, den Mann sofort loszulassen.

Aus alledem entwickelte sich ein Handgemenge. Die Polizei stieß einen Diskussionsteilnehmer in einen Brunnen und verteilte Faustschläge, unter anderem erhielt eine junge Frau einen Faustschlag in den Magen. Der Angeklagte soll seinerseits mit Faustschlägen versucht haben, jemanden zu befreien. Obwohl drei Zeugen eindeutig ausgesagt haben, daß der Angeklagte sich friedlich verhalten habe, er sogar im Gegenteil versucht habe, den Streit zu schlichten, wurde er vom Gericht für schuldig befunden. Grund: Der Polizeibeamte Bönninghausen schwor, daß der Angeklagte ihm mehrere Schläge versetzt hätte. Und das, obwohl nach den eigenen Aussagen des Polizeibeamten der Angeklagte hinter ihm gestanden habe, so daß er gar nicht sehen konnte, wer ihn geschlagen hatte. Die anderen Zeugen bestätigten, daß der Polizeibeamte dem Angeklagten plötzlich einen Fausthieb versetzte, als dieser gesagt haben soll: "Bildet einen Kreis".

Der Staatsanwalt begründet seinen Antrag, drei Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung und 500 DM Geldbuße, wie folgt: Er wisse, daß ein Polizeibeamter nicht grundlos auf Passanten einschlage. Deshalb sei dem Beamten zu glauben. Schließlich müsse er sich als Staatsanwalt schützend vor die Beamten stellen. Die anderen Zeugen seien unglaubwürdig, weil sie mehr aus Solidarität als aus Wahrheitsliebe ihre für den Angeklagten günstige Aussage gemacht hätten. Gegen die Zeugen werde er deshalb wegen Meineides ermitteln.

Der Richter ging gleich noch etwas weiter und verurteilte den noch nicht vorbestraften Angeklagten zu drei Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Seine Begründung: Gerade in der heutigen Zeit, wobei er auf den Anschlag auf den Berliner Richter Drenkmann anspielte, brauche die Polizei besonders den Schutz der Gerichte. Er als Richter – und er spreche hier im Namen des Volkes – befände sich damit auf einer Linie mit dem Bundesinnenminister Maihofer. Gleich zu Beginn hatte der Richter betont, daß er hier der Herr im Hause sei und daß, wer sich nicht ruhig verhalte, sofort aus dem Saal fliege und mit einer Ordnungsstrafe zu rechnen habe.

Die Zeugen ermahnte er: "Wer mir hier mit offenem Jackett in den Raum kommt, erhält eine Ordnungsstrafe. Merken Sie Sich das! Fahren Sie notfalls nochmal nach Hause und besorgen Sie sich anständige Kleidung." Bei den Zeugen handelte es sich zum Teil um Arbeiter, die direkt von der Arbeit ins Gericht kamen. Die Angehörigen der NPD behandelte er sehr zuvorkommend, während er die Zeugen des Angeklagten dauernd einschüchterte mit der Bemerkung, ob sie denn wüßten, daß sie hier die Wahrheit zu sagen hätten, oder ob sie tatsächlich einen Meineid riskieren wollten.

M.

Demonstration gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen



5 000 Studenten aus ganz Niedersachsen demonstrierten am 11.12. in Hannover gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Studienbedingungen und gegen die geplante Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes. Die Demonstration, zu der die Konferenz niedersächsischer Studentenschaften aufgerufen hatte, faßte den Protest der Studenten in ganz Niedersachsen zusammen. Die große Zahl der Studenten, die sich an dieser Demonstration beteiligte zeigte, wie stark der Unmut unter den Studenten ist.

Arbeiterjugendzentrum Bielefeld

Das Arbeiterjugendzentrum Bielefeld (AJZ) hat vor gut einem halben Jahr seine Arbeit in einem leerstehenden Fabrikgebäude aufgenommen. Dieses Gebäude befindet sich in einem Stadtteil, in dem das städtische Jugendheim kurz zuvor geschlossen worden war. Während in den städtischen Jugendheimen das Angebot und der gesamte Betrieb im Heim von den dafür angestellten Heimleitern und deren Helfern bestimmt wird, wird im AJZ alles von der regelmäßig tagenden Hausversammlung beschlossen und durchgeführt.

Vor allem die schlechte Finanzlage wirkt sich auf die Arbeit aus. So ist die Ausstattung der Räume noch sehr schlecht, und es fehlt an den notwendigsten Dingen. Die Stadt aber rückt keinen Pfennig heraus. Immer noch geht viel Zeit für die Einrichtung des Hauses drauf, und im Vordergrund der AJZ-Aktivitäten steht immer noch die Auseinandersetzung um die Finanzierung des Hauses durch die Stadt.

Das AJZ ist nicht in dem Stadtteil entstanden, in dem es jetzt zuhause ist und ist folglich noch nicht in dem Stadtteil verwachsen. Die Jugendlichen dieses Stadtteils müssen durch eine gute Arbeit im Jugendzentrum erst noch gewonnen werden.

Neben den geschilderten Schwierigkeiten bestanden auch Unklarheiten im AJZ darüber, wie eine gute inhaltliche Arbeit auszusehen hätte. Es mangelte zwar nicht an Anregungen, doch nun mal diese oder jene Arbeitsgruppe zu bilden, doch die Durchführung wurde nur selten angegangen und wenn, so zerliefen sich die Gruppen oft schon nach kurzer Zeit wieder. Auch wir hatten zu dieser Frage keine Klarheit. Wir traten zwar auch mit gutgemeinten Vorschlägen hervor, brachten Initiativen ein usw., doch mit der Ausführung der Vorschläge ließen wir das AJZ mehr oder weniger alleine.

Welchen Weg haben wir eingeschlagen, um eine gute inhaltliche Arbeit im AJZ anzugehen?

Vor kurzem wurde von der Hausversammlung die Einrichtung von sogenannten Freundschaftsgruppen im AJZ beschlossen. Die Aufgaben dieser Freundschaftsgruppen ist es, jeweils an einem Abend in der Woche die Arbeit im Haus zu übernehmen.

Das betrifft sowohl die Organisation (Thekendienst usw.) als auch die inhaltliche Ausgestaltung des Abends. Wir haben einen solchen Freundschaftsabend übernommen und z. B. einen Film über den Häuserkampf in Frankfurt gezeigt. In der anschließenden Diskussion – es waren ca. 40 Jugendliche gekommen – zeigte sich, daß auch in Bielefeld die im Film gezeigten Wohnungsprobleme auf den Nägeln brennen und es wurde angeregt, eine Gruppe zu bilden, die sich mit den Problemen der kapitalistischen Stadtsanierung und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung befaßt. Darüber soll dann eine Filmdokumentation erstellt werden. Zur Vorbereitung dieser Freundschaftsabende hat sich eine Gruppe von interessierten Menschen gebildet, die weitere Abende mit aktuellen Themen (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Berufsschulmisere, Gewerkschaftspolitik) mit vorbereitet. Wir werden auf diesem Wege weiterfahren und unsere Fehler wettzumachen versuchen.

–W., OAG Bielefeld–

chen dieses Stadtteils müssen durch eine gute Arbeit im Jugendzentrum erst noch gewonnen werden.
Neben den geschilderten Schwierigkeiten bestanden auch Unklarheiten im AJZ darüber, wie eine gute inhalt-
im AJZ anzugehen?
Vor kurzem wurde von der Hausversammlung die Einrichtung von sogenannten Freundschaftsgruppen im AJZ beschlossen. Die Aufgaben dieser Freundschaftsgruppen ist es, je-
men (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Berufsschulmisere, Gewerkschaftspolitik) mit vorbereitet. Wir werden auf diesem Wege weiterfahren und unsere Fehler wettzumachen versuchen.
–W., OAG Bielefeld–

„Pressefreiheit geht vor Gewerbeordnung"
Göttingen. Am 26.11. fand gegen uns de, besagt, daß man für den Verkau.

„Pressefreiheit geht vor Gewerbeordnung"

Göttingen. Am 26.11. fand gegen uns ein Prozeß vor dem Amtsgericht statt. Angeklagt waren wir, weil wir den Kampf des kambodschanischen Volkes, über sein Schicksal selbst und ohne fremde Einmischung zu entscheiden, unterstützt haben und dazu einen Büchertisch auf dem Markt gemacht haben. Zu dem Prozeß sind etwa 20 bis 30 Leute erschienen.

Das Urteil lautete auf Freispruch. Begründung: Pressefreiheit geht vor Gewerbeordnung. Nicht nur der Verkauf von Zeitungen (ein Urteil, das vor kurzem in Hildesheim gefällt wurde, besagt, daß man für den Verkau. der KVZ keinen Reisegewerbeschein braucht), sondern auch der Verkauf von Büchern fällt unter das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit.

Das Gericht zog diesen Prozeß sehr schnell über die Bühne. Es wollte den Einschüchterungsversuch als einen Betriebsunfall darstellen. Ohne daß wir zur Sache ausgesagt hatten, verkündete der Richter, daß in diesem Fall die Rechtslage so eindeutig sei, daß ein verkürztes Verfahren angebracht sei.. (aus: Ortsbeilage der KVZ Göttingen)

Eine Aufgabe für Detlev

In der Fichtestraße in Kreuzberg gibt es viele Jugendliche, aber keine ausreichenden Freizeitmöglichkeiten. Die Schulklassen sind überfüllt, der Lehrstoff so, daß die Burschen wirklich nicht einsehen können, weshalb sie das lernen sollen. Arbeit gibt es natürlich auch keine vernünftige. Irgend etwas muß man doch aber mit der vielen Zeit anfangen.

Der Rotfuchs, der hat das so gemacht: Zusammen mit seiner Clique hat er nach dem Beispiel der Fernsehkrimis Einbrüche feldplanmäßig durchgeführt. Es wurden Walkie-Talkies angeschafft, ein genauer Plan ausgearbeitet und dann ging's los: 2 stehen Schmiere, Befehle werden durch das Walkie-Takie gegeben, die Mutigsten räumen den Laden aus. Es hat geklappt! Massenhaft wurde Quark, richtiger Weißkäse gestohlen. Hinterher wußten sie nicht recht, was sie damit anfangen sollen. Umkommen sollte das Zeug aber auch nicht: so haben sie Quark gefressen, bis er ihnen zu den Ohren rauskam.

Gut geplant war das Ganze, Spaß gemacht hat's auch. Es war aber nicht gut genug geplant. Die Bullen kamen dahinter, es gab eine Jugendgerichtsverhandlung. Der Rotfuchs bekam wegen "schädlicher krimineller Neigungen" 1 Jahr Jugendstrafe. Der Richter und der Staatsanwalt waren ziemlich sauer: nicht genug, daß die Burschen keinen Respekt vor dem Eigentum der Krämer hatten, sie waren darüberhinaus clever genug, das Ganze zu planen, das macht die Sache in den Augen der Justiz noch viel schlimmer. Kein Mensch hat sich gefragt, weshalb die Burschen auf diese Idee verfielen, ein bißchen Spaß und Spannung zu haben, selbständig ein "Ding zu drehen". Für Jugendzentren ist kein Geld da, für's Gefängnis aber schon.

Auch wir sagen dem Rotfuchs, daß das Einbruch-Hobby nichts bringt, weder ihm, noch den Krämern an der Ecke. Wir sagen dem Rotfuchs, daß er seinen Grips lieber für eine bessere Sache einsetzen sollte, die seine Lage und die Lage der Arbeiterjugendlichen verändert. Warum kämpfst Du nicht für selbstverwaltete Jugendzentren, Detlev ? Das wäre eine gute Sache, für Dich und alle Jugendlichen aus der Fichtestraße. Und planen muß man diesen Kampf auch und Spaß macht er wohl sehr viel mehr.

Kämpft für Jugendzentren in Selbstverwaltung!

Kämpft für die Finanzierung dieser Jugendzentren durch den Staat!

–R.W., Westberlin–

Lehrlings- und Schülerkongress in Essen

2 000 waren gekommen, aber eine gute Gelegenheit wurde vertan

Am 14.12. hat die Schülermitverwaltung an berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen in der Essener Gruga-Halle einen Kongreß zur Berufsausbildung durchgeführt. Das Motto des Kongresses war: "Gegen Lehrstellenboykott und Unternehmerwillkür – Für ein demokratisches Berufsbildungsgesetz". 2 000 Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen waren zu diesem Kongreß gekommen. An der abschließenden Demonstration nahmen nur noch 1 000 Jugendliche teil.

Eine gute Gelegenheit für eine machtvolle Manifestation der arbeitenden Jugend war verspielt worden von den Veranstaltern. Es fing damit an, daß am Eingang zur Halle ein Saalschutz aufgebaut war, der allen Teilnehmern die Taschen durchsuchte auf kommunistisches Propagandamaterial hin. Gestellt wurden diese Saalschutzstaffeln vor allem von der SDAJ, die gleichzeitig einen Stand in der Halle mit ihren Propagandaschriften aufgebaut hatten. Nachdem die vorgesehenen Redner gesprochen hatten, stellten die Sprecher der Schülermitverwaltung eine Resolution zur Abstimmung, in der neben Mitbestimmung von Gewerkschaften, Jugendvertretung und SMV zu allen Fragen der beruflichen Ausbildung gefordert wurde, daß die Unternehmerkammern entmachtet werden müßten. Und daß der Berufsschulunterricht ausgedehnt werden müsse.

Als sich eine Debatte über Erweiterungs- und Änderungsanträge entwickelte, wurde damit kurzer Prozeß gemacht. Die Sprecher der Schülermitverwaltung behaupteten, in einer Geschäftsordnungsabstimmung die Mehrheit für den Abbruch der Debatte bekommen zu haben, worüber zumindest große Zweifel möglich waren. Unter den Teilnehmern war der Ärger groß, und einige versuchten das Podium zu stürmen. Über die Resolution der Schülermitverwaltung fand eine Abstimmung mit ähnlichen Mehrheitsverhältnissen statt: Die Hälfte der Teilnehmer stimmte dagegen. – Durch dieses Vorgehen wurde den Interessen der arbeitenden Jugend geschadet. Es wurde nicht darum gekämpft auf dem Kongreß, die Einheit hinter richtigen Forderungen herzustellen, sondern es wurde die Uneinigkeit verstärkt, weil falsche Forderungen mit aller Gewalt und unter offener Mißachtung des Willens vieler Teilnehmer durchgebracht werden sollten. Man wird jetzt daran gehen müssen, in den Berufsschulen und Schülervertretungen an den Berufsschulen die Fragen der richtigen Forderungen für die arbeitende Jugend breiter als bisher zu debattieren und dazu eindeutige Beschlüsse zu fassen. Damit hatten verschiedene Berufsschulen und Berufsschulklassen vor dem Kongreß schon begonnen. Wir drucken hier die Resolution ab, die vom Schülerrat der gewerblichen Schule II in Dortmund verabschiedet wurde. Wichtig an ihr ist, daß die Einheitsschule für alle Jugendlichen gefordert wird und nicht eine Reform der alten Handwerksgesellenlehre, welche die Arbeiter fest in Branchen eingliedert und nach Facharbeitern und ungelernten spaltet. Stattdessen wird darin eine umfassende praktische und politische Ausbildung für jeden Jugendlichen gefordert. Das ist die richtige Antwort der Arbeiterklasse auf die Reden der Bourgeoisie zur Reform der Berufsausbildung.

–T/W, M–

Resolution des Schülerrats der gewerblichen Schule II in Dortmund:

Die Lage der arbeitenden Jugend ist schlecht:

- Die arbeitende Jugend erhält eine schlechtere Ausbildung als die Jugendlichen der besitzenden Klasse; sie wird bereits nach dem 9. oder 10. Schuljahr lohnabhängig.
- Viele finden nach der Schulzeit keine Lehrstelle und stehen ohne einen Pfennig Arbeitslosenunterstützung da.
- Sehr oft muß eine Lehrstelle angenommen werden, die überhaupt nicht der Interessenslage des Jugendlichen entspricht oder nach deren Abschluß die erlernten Fähigkeiten nicht mehr gebraucht werden.
- Gerade in Kleinbetrieben dient der Lehrling als billige Arbeitskraft.
- Die vielfach eingeführte Stufenausbildung spaltet die Lehrlinge in "dumme" und "schlaue", "schlecht-" und "gutbezahlte" Arbeitskräfte.
- Sie werden oft nach Ausbildungsabschluß nicht weiterbeschäftigt und gerade aktive Interessensvertreter fristlos gekündigt.
- Der Berufsschulunterricht ist unzulänglich, weil über ein Drittel der vorgeschriebenen Zeit ausfällt. Die gesetzliche Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr ist deshalb ein Betrug.

Wir sind nicht bereit, diese Zustände länger hinzunehmen. Wir fordern deshalb alle unsere Kollegen, junge und ältere Arbeiter und Angestellte, insbesondere alle Gewerkschaften auf, mit uns für folgende Forderungen einzutreten:

1. Eine einheitliche und gleichwertige Schulausbildung für alle Jugendlichen. Eine Schulausbildung, die jeden Jugendlichen mit den Hauptzweigen der Produktion theoretisch und praktisch vertraut macht. Unterbindung aller Eingriffe der vorgesetzten Ämter insbesondere der Industrie- und Handelskammer, in die Festsetzung der Lehrpläne.
2. Angemessenes Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Schulabgänger.
3. Streichung aller Sonderrechte im Ausbildungsvertrag (wie z. B. Weisungsrecht).. Streikrecht für Lehrlinge.
4. Die volle gesetzlich vorgeschriebene Berufsschulzeit.

Über 2000 demonstrierten gegen Schulmisere

Delegiertenversammlung des Verbandes Bremer Lehrerinnen und Lehrer in der GEW beschließt weitere Maßnahmen

Gegen die Schulpolitik des Bremer Senats demonstrierten am 11. Dezember über 2 000 Menschen – in der Hauptsache Schüler der Ober- und Realschulen, Lehrer, Studenten und Arbeiterjugendliche, aber auch Gruppen von Eltern, die in den vergangenen Monaten aktiv gegen die Misere an den Schulen aufgetreten sind. Zu der Demonstration aufgerufen hatte die Gesamtschülervertretung (GSV), sie wurde unterstützt von der GEW und dem Zentralelternbeirat.



400 Papplehrer wurden von den über 2 000 Teilnehmern der Demonstration in Bremen mitgeführt. Gerade soviel zusätzliche Lehrer aus Fleisch und Blut wären notwendig, um den dringendsten Bedarf an den Bremer Schulen zu decken.

Wie überall richtet sich der Protest der Menschen in Bremen gegen die unhaltbaren Zustände an den Schulen wie die unerträglich großen Klassen, den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel.

Senkung der Klassenstärke auf 28 Schüler pro Klasse! Keine Streichung von Lehrerplanstellen! Einstellung aller ausgebildeter Lehrer! – dies waren die Forderungen, die gegen diese Seite des Schulelends mitgetragen wurden.

Der Protest richtete sich weiter gegen die verschärfte politische Disziplinierung von Lehrern, die vorläufig gipfelte in der Entlassung der kommunistischen Lehrer K.Maier und S.Faulstich, gegen den ausdrücklichen Willen der betroffenen Eltern und Schüler. So wurden von den Demonstranten Forderungen dagegen und für die Meinungsfreiheit in den Schulen mitgetragen, die an verschiedenen Schulen und Klassen von den Schülern beschlossen waren und breite Unterstützung hatten.

Der KBW hat dieser Forderungen unterstützt und darüberhinaus die Forderung nach einer demokratischen Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes mitgetragen.

Die Demonstration der 2000 richtete sich direkt gegen die Bremer Bürgerschaft, die an diesem Tag im Rathaus zusammensaß und den Haushalt zur weiteren Ausplünderung der Werktätigen beriet.

Schwer geschadet hat der Einheit der Demonstration und dem gemeinsamen Ziel, die miserablen Zustände an den Schulen zu ändern, das Vorgehen der Gesamtschülervertretung als Demonstrationsleitung.

Vor allem gegen die Forderungen gegen die Rechtlosigkeit an den Schulen sind diese Leute aufgetreten, als wenn es möglich wäre, gegen die Zustände an den Schulen ernsthaft etwas zu tun, die Rechtlosigkeit jedoch zu verschweigen oder zu beschönigen. Auf der Demonstration selbst hat die Gesamtschülervertretung sich mit Hilfe von Ordnern der DKP und ihrer Unterorganisationen angemaßt, jede Forderung und jedes Transparent aus der Demonstration zu entfernen, das nicht in der von der Gesamtschülervertretung beschlossenen Plattform enthalten war. So wollten sie z.B. ein Transparent gegen die politische Entlassung des Lehrers Faulstich entfernen, das von der Schülervollversammlung des Gerhard-Rohls-Gymnasiums beschlossen war, und viele andere Transparente, die nicht den Zielen der Demonstration widersprachen. Dabei gingen die DKP-Ordner so weit, daß sie Gewalt anwandten und mehrere Teilnehmer verletzten.

Dieses Vorgehen muß scharf verurteilt werden, hat es doch allein dem Senat und der Schulbehörde genutzt, die alles Interesse daran haben, daß Uneinigkeit und Spaltung herrschen in den Reihen derer, die gegen die Schulmisere protestieren. Bei einer solchen Aktion gegen die Schulmisere ist es gerade gut und richtig, daß aus den Bremer Schulen jeder Protest gegen die Schulmisere öffentlich gemacht wird, und daß bei einer einheitlichen Grundlage die Demonstrationsteilnehmer ihre unterschiedlichen weitergehenden Auffassungen, wie die Schulmisere endgültig beseitigt werden kann, auch durch Transparenten zum Ausdruck bringen.

Die Demonstration ist ein Anfang gewesen! Um jedoch die Verantwortlichen zu zwingen, die gerechten Forderungen zu erfüllen, müssen noch mehr Menschen im Betrieb, Stadtteil und Schule für die Forderungen gewonnen werden.

Einen Schritt dazu hat am folgenden Tage die Delegiertenversammlung des Verbands Bremer Lehrerinnen und Lehrer in der GEW gemacht, die folgendes beschloß:

"Angesichts der sich entwickelnden Bewegung in der Bevölkerung, unter Schülern und Lehrern zu allen Fragen, die das Ausbildungswesen betreffen, führt der Verband Bremer Lehrerinnen und Lehrer nach Möglichkeit gemeinsam mit der Gesamtschülervertretung und dem Zentralen Elternbeirat als nächsten Schritt im Februar 1975 eine öffentliche Veranstaltung durch, zu der Vertreter der Landesregierung eingeladen werden. (Dafür ist ein Raum zu schaffen, der 500 bis 800 Menschen faßt.)..."

Die Schüler werden eine solche Veranstaltung mit Sicherheit unterstützen.

Weiter müssen die Lehrer, die nicht eingestellt werden sollen, auf die Straße gehen und öffentlich auf die Existenz arbeitsloser Lehrer hinweisen. Die Erbitterung der Menschen über solchen Irrsinn wird sicherlich den Senat zum Rückzug zwingen können, wenn sie organisiert wird. h.k.

Streik gegen Schieß-Erlaß

Freiburg. Am Fachbereich Physik der Universität fand letzte Woche ein Streik der wissenschaftlichen Hilfskräfte gegen den Schieß-Erlaß statt. Anlaß des Streikes war die Verzögerung der Einstellung von R. Schlegel durch das Innenministerium, da dieser auf einer Liste der Kommunistischen Hochschulgruppe kandidiert habe. In der Erklärung der streikenden Hilfskräfte heißt es, daß "Unsicherheit und Angst, gegenseitiges Mißtrauen und gekrümmter Gang die Konsequenzen des Schieß-Erlasses sind ... Wir halten solche Zustände für untragbar."

Anschlag auf verfaßte Studentenschaft

Bremen. In der Sitzung der Bremer Bürgerschaft am 12.12.74 wurden die Zuschüsse für alle Bremer ASten zu 75 % gesperrt. Als Begründung wurde angegeben, die Studentenschaften hätten immer noch keine "rechtsgültigen Satzungen". Nach der Sperrung der Gelder für den Fachhochschulstudentenverband SVI stellt dies einen neuen Angriff auf die verfaßten Studentenschaften dar. In der 2.Hälfte des Wintersemesters wird es eine wichtige Aufgabe der Studenten sein, den bereits für April 1975 beschlossenen Zusammenschluß von VDS (Verband deutscher Studentenschaften) und SVI konkret anzugehen.

Urabstimmung

Heidelberg. In der Zeit vom 4. bis 10.12. fand an der Universität Heidelberg eine Urabstimmung gegen die Erhöhung der Sozialabgaben statt. Initiiert wurde diese Urabstimmung von der Kommunistischen Hochschulgruppe. Der vom Jungsozialisten beherrschte AStA hatte die Studenten aufgefordert, für die Erhöhung der Sozialbeiträge zu stimmen. Von 4 329 abgegebenen Stimmen wären 4 007 für einen Boykott gegen die Erhöhung der Sozialgebühren. 6 000 Stimmen wären insgesamt notwendig gewesen.

Viel Aufwand gabs - still war das Ende

Hochschulrahmengesetz nach über 4 Jahren verabschiedet

Jahrelang fand ein heftiger Streit statt zwischen den bürgerlichen Parteien über die Reform der Hochschulen. Jede Gelegenheit in Parlament, Presse und Fernsehen wurde dafür genutzt. Am Donnerstag vergangener Woche wurde jetzt der Regierungsentwurf zum Hochschulrahmengesetz mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU im Bundestag verabschiedet.

In der Öffentlichkeit erregte dieser Schritt kaum Aufsehen. Die CDU hat bereits angekündigt, das Gesetz durch ihre Mehrheit im Bundesrat abzulehnen. Tatsächlich handelt es sich um die Beerdigung eines Stückes sozialdemokratischer Reformpolitik, die von den bürgerlichen Parteien in aller Stille und der gebotenen Form vorgenommen wird.

Denn in ihrer Politik an den Hochschulen sind sich die Parteien seit langem über das Wesentliche einig. Hier sind die Reformversprechen, die die SPD in ihrer Regierungserklärung von 1969 versprochen hatte, gescheitert. So hat die SPD von der Ausdehnung des Hochschulwesens geredet und von der Heranziehung von Kindern aus den arbeitenden Klassen für das Studium. Tatsächlich nehmen in allen Bundesländern die Zulassungsbeschränkungen für den Hochschulzugang zu und es werden die Stipendien gekürzt, die denjenigen das Studium ermöglichen sollen, die keine reichen Eltern haben. Die SPD redete in der Regierungserklärung von mehr Mitspracherechten für die Studenten an den Hochschulen. Tatsächlich hat in allen Bundesländern der Staat das Sagen an den Hochschulen und die Privilegien der Professoren sind als ein Auftrag der Verfassung und unverzichtbar ausgewiesen. Die SPD versprach kritische und sozialreformerische Ausbildungsinhalte. Heute sieht sich der Student an den Hochschulen der Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt, wenn er die herrschenden Verhältnisse und die Wissenschaft, die sie rechtfertigt, angreift. Unabhängig davon, ob er unter der Schirmherrschaft eines CDU- oder SPD-Kultusministers studiert. Es ist klar, daß diese Politik bei der Mehrheit der Studentenschaft auf keinerlei Gegenliebe stößt.

Die Hochschulen sind Eliteeinrichtungen für den Funktionärsnachwuchs der herrschenden Klasse. Die bürgerlichen Parteien verfolgen mit ihrer gemeinsam betriebenen Politik das Ziel, alle Einflüsse, die dieser Funktion der Hochschulen zuwiderlaufen, von ihnen fernzuhalten und zu unterdrücken. Dafür haben sie sich zahlreiche Gesetze und Verordnungen in den Bundesländern geschaffen und dafür sind sie auf das Hochschulrahmengesetz, das diese Regelungen im großen und ganzen bestätigt, nicht mehr angewiesen. Stattdessen betreiben sie mit der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes und seiner zu erwartenden Ablehnung im Bundesrat Schauspielerei für die linke Intelligenz. Die SPD will weg von ihren Versprechen und dabei hilft ihr die CDU. So kann sich die CDU als Partei der Ordnung und der Nüchternheit darstellen, die Versprechen nicht nötig hat, und die SPD kann trotz der Beerdigung ihrer Reformpolitik sich weiter mit guten Absichten schmücken.

H.J.

G.Müller will uns Angst machen

Ich bin 7 Jahre, ich geh zur Zeppelinschule, Klasse 2 c 5, 2.Schuljahr. Jeden Morgen, wenn ich in die Klasse komme, schreibt Frau Müller an die Tafel: Gruppe 1,2,3,4,5,6,7. Vier Kinder sitzen an einem Tisch. Das ist eine Gruppe. Wenn die Gruppe nicht artig ist, dann kriegt sie einen Strich und wenn sie artig dasitzen, kriegen sie einen Kringel. Frau Müller macht uns Angst, daß das aufs Zeugnis kommt.

-M.M.-

"Bei Nacht und Nebel"

Lehrerin in Nordbaden vom Dienst suspendiert

Die von Mannheim-Vogelstang an die Grundschule Buchen strafversetzte Lehrerin Liz Stallknecht wurde am 5.12.74 suspendiert. Das Unterrichtsverbot begründet das Oberschulamt Karlsruhe damit, daß die Lehrerin in einer Stellungnahme das Oberschulamt unter anderen dazu aufforderte, "endlich seine Politik vor der Bevölkerung zu verantworten und sich bezüglich der landesweiten Schulmisere, sowie seiner politischen Unterdrückung gegenüber Lehrern, Eltern und Schülern öffentlich zu rechtfertigen". Aufgrund dieser Äußerung hält das Oberschulamt Frau Stallknecht "als Beamtin und für Erziehungsaufgaben ungeeignet". Zudem bestünde die "Gefahr, daß sie die ihr als Lehrkraft anvertrauten Jugendlichen versucht, in gesetzeswidriger Weise zu beeinflussen". So kriminalisiert das Oberschulamt kurzerhand Lehrer, die nichts anderes tun, als die Verantwortlichen und ihr volksfeindliches Treiben beim Namen zu nennen.

Wohlweislich verschweigt es dabei die vorhergehenden Sätze der Stellungnahme:

"An den Orten, wo sich die Menschen treffen, um Probleme zu diskutieren, die ihnen unter den Nägeln brennen, stellt sich keiner der Verantwortlichen der Schulämter der Diskussion und legt Rechenschaft über seine Maßnahmen ab, geschweige denn, daß er die Sorgen der Betroffenen über die Mißstände an den Schulen zur Kenntnis nimmt!"

Wie sich das Oberschulamt Karlsruhe seine Rechenschaftspflicht vorstellt, zeigte auch das Vorgehen des Oberschulrats Gehring. Bei Nacht und Nebel reiste er nach Buchen, um dem Elternbeiratsvorsitzenden und dem Elternbeirat der betroffenen Klasse die Suspendierung mitzuteilen. Sein vorheriges Versprechen, alle betroffenen Eltern gründlich zu informieren, schlug er damit in den Wind. L.S.

Zusammenarbeit

Im Frühjahr dieses Jahres machten wir an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg unsere Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen. Aufgrund unserer politischen Betätigung (Kandidatur auf der Liste der kommunistischen Hochschulgruppe für das Studentenparlament u. ä.) sind wir in Baden-Württemberg nicht in den Schuldienst eingestellt worden.

Seit August 74 sind wir Lehramtsreferendare in Nordhessen. In der letzten Woche erhielten wir eine Aufforderung vom Kasseler Regierungspräsidenten zu einer mündlichen Anhörung. In diesem "Gespräch" sollte die Frage unseres "Eintretens für die demokratische Grundordnung besprochen werden". Und was wurde uns dort vorgelegt:

Wortwörtlich das, was als Grund für die Nichteinstellung in Baden-Württemberg vorgelegen hat, nämlich das Ergebnis der Nachforschungen des baden-württembergischen Innenministeriums.

Aus den lautstarken Abgrenzungsversuchen zwischen dem SPD-Land Hessen und dem CDU-Land Baden-Württemberg ist eine innige Zusammenarbeit entstanden. C.W./L.G.

Gegen Sparmaßnahmen

1,6 Milliarden DM will der Senat bis 1978 sparen, davon rund eine Viertelmilliarde im Bildungswesen. 737 Lehrerplanstellen sollen gestrichen werden, der Schulbau wird eingeschränkt, die Lehr- und Lernmittel gekürzt. Das sind nur einige Punkte. Rund 400 Vertrauensleute der GEW-Hamburg beschlossen angesichts dieses Angriffes auf das Volksbildungswesen den Kampf "gegen die vom Senat beschlossenen Kürzungen der Finanzmittel im Sozial- und besonders im Bildungsbereich" "in den Mittelpunkt ihrer bildungspolitischen Aktivitäten" zu stellen. Von allen Betroffenen vorbereitet, soll Anfang Februar eine Aktionswoche stattfinden, die ihren Abschluß findet in einer Demonstration und einer Großveranstaltung. Der DGB ist aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Weitere Aktionen werden nötigenfalls erfolgen.

T., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hamburg.

Widerstand gegen Nichteinstellung

Offenbach. Am 11.12. fand die Mitgliederversammlung der GEW Offenbach statt. Dort wurde als Antrag an die Vertreterversammlung der hessischen GEW im Frühjahr folgende Forderungen aufgestellt: Der Personalentwicklungsplan muß weg! Keine Klasse über 25 Schüler! Kein Lehrer über 26 Stunden! Jedem Schüler die gesetzlich vorgeschriebene Stundenzahl! Einstellung aller Lehrer!

Weiterhin wurden Kampfmaßnahmen gegen die drohende Nichteinstellung von über 1 000 Lehrern und Referendaren diskutiert. Um eine Aktionswoche gemeinsam mit der GEW Verband Offenbach Kreis vorzubereiten, wurde ein Ausschuß gebildet, der auch im Namen der Versammlung ein Telegramm an die hessische Landesregierung, die regierenden Parteien und den hessischen Landtag schicken wird.

Aktionswoche beschlossen

Offenbach. Am 11.12. fand die Kreisvorstandssitzung der GEW Offenbach Land statt. Dabei wurde eine Kommission gebildet, die die Kampfmaßnahmen gegen die Nichteinstellung von Lehrern in Hessen koordinieren soll. Beschlossen wurde eine Aktionswoche und eine Demonstration im Frühjahr. Verabschiedet wurde weiterhin eine Aufforderung an den Landesvorstand der GEW, im Frühjahr einen eintägigen Warnstreik gegen das 2.Besoldungsneuregelungsgesetz zu organisieren. Außerdem wurde ein Antrag an die Hessische Vertreterversammlung beschlossen, die Satzungsänderungen der Bundesdelegiertenkonferenz, unter anderem den Unvereinbarkeitsbeschluß, nicht zu übernehmen.

Für Einstellung aller Lehrer

Büchertal. Bei der Ortsverbandsversammlung Büchertal der GEW wurde der Vorschlag begrüßt, eine Aktionswoche im Frühjahr zu organisieren, um der Forderung "Einstellung aller Lehrer" Nachdruck zu verleihen. Der Vorschlag wird an den Kreisvorstand Hanau für die nächste Kreisversammlung weitergereicht.

Offener Brief

Offenbach. In einem offenen Brief, der bei ca. 80 Anwesenden einstimmig vom Studienseminar 14 verabschiedet wurde, protestieren die Teilnehmer des Studienseminars gegen die geplante Nichteinstellung von Lehrern und Referendaren. Sie fordern die öffentliche Stellen auf, alle Bewerber zum 1.2.1975 einzustellen und die Wartelisten zu vernichten.

Wehrstrafgesetz verschärft

Idar-Oberstein. Die Bundeswehr bereitet sich immer mehr auf den inneren Krieg vor. So wurde uns in der letzten Woche in einer Belehrung vom Batteriechef mitgeteilt, daß das Wehrstrafgesetz in einigen Punkten verändert wurde. Diese Punkte betreffen die Wache. So kann jetzt ein Vorgesetzter, der die Wachsoldaten nicht pflichtgemäß kontrolliert, mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Die gleiche Strafe kann ein Wachsoldat bekommen, der seinen Streifenweg verläßt. Ein Torposten, der seine Kontrollen nachlässig durchführt und damit der Bundeswehr schweren Schaden zufügt, kann sogar mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. All diese Verschärfungen gewinnen besondere Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Wache ein besonderes Instrument ist, um "Ruhe, Ordnung und Sicherheit" in der Kaserne aufrechtzuerhalten. Man muß sich also fragen, ob die Bourgeoisie in Zukunft etwa einen Wachsoldaten, der sich weigert, seinen Kameraden Flugblätter abzunehmen, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilen will, oder zu was sonst sollen solche Gesetze dienen?

Gefr. H.

"Demonstranten-Abwehr" geübt

Goslar. Quartal für Quartal werden die Soldaten des Luftwaffenausbildungsregiments 5 in Goslar für den Wachdienst ausgebildet. Zu dieser Ausbildung gehört auch das Zerschlagen von Demonstrationen vor dem Kasernentor. Es werden zwei Gruppen gebildet, die in einem abgelegenen Teil des Fliegerhorstes üben, denn die Offiziere scheuen bei solchen Übungen auch die Öffentlichkeit vor den anderen Soldaten. Diese Gruppen werden aufgeteilt. Auf der einen Seite die Wachsoldaten und auf der anderen die "Demonstranten". Bisher wurde dabei der Einsatz von Schußwaffen nicht geübt. Vor kurzem jedoch konnte man es in einem abgelegenen Winkel des Fliegerhorstes anders erleben: Die "Demonstranten" waren in Zivil und hatten Gewehre geschultert...

Vorbereitungsgruppe des Soldaten- und Reservistenkomitees Goslar

US-Soldaten trainieren für den Einsatz im Nahen Osten

Der Nahe Osten wird wegen seiner Ölvorkommen zunehmend zum Hauptkampfplatz der Imperialisten, besonders natürlich seit die arabischen Staaten sich gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe erheben. Daß die imperialistischen

US-Soldaten trainieren für den Einsatz im Nahen Osten

Der Nahe Osten wird wegen seiner Ölvorkommen zunehmend zum Hauptkampfplatz der Imperialisten, besonders natürlich seit die arabischen Staaten sich gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe erheben. Daß die imperialistischen Mächte dabei nicht vor einem Einsatz ihrer eigenen Armeen in diesem Gebiet zurückschrecken, beweisen folgende Meldungen:
Nach einem Artikel der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) vom 28. November, der sich auf Veröffentlichungen im Nachrichtenmagazin "US News and World Report" stützt, läuft das Training amerikanischer Armeeinheiten für den Waffengang gegen die arabischen Staaten auf Hochtouren. "Nach Darstellung des Magazins, die auf einer Militärstudie beruht, würden im Ernstfall drei Divisionen benötigt. Vier amerikanische Divisionen haben die erforderlichen Qualitäten für einen Blitzeinsatz. Sie müßten nur für den Wüstenkampf umgerüstet werden." (WAZ) Amphibische Einheiten der Marine-Infanterie und die 82. Luftlandedivision wurden und werden noch durch Übungen in amerikanischen Wüstengebieten getrimmt. Lufttransporter zur Verlegung von 60 000 Mann stehen einsatzbereit. Diese aggressive Politik wollen sie auch noch als Reaktion auf die "erpresserischen" Araber darstellen. So heißt es in der amerikanischen Zeitung: "Die Araber müssen dies begreifen: 800 Millionen Menschen in den USA, in Europa und Japan werden es nicht erlauben, daß 80 Millionen Araber ihre Industrie-Gesellschaften zerstören."

A.K.

Berichtigung: Salmonellen beim SPiBtl 310 Koblenz (KVZ Nr. 27, Seite 13)

Die in dem Artikel getroffene Feststellung, daß die Soldaten des Bataillons nicht in den Wochenendurlaub durften wegen des Salmonellenverdachts, ist falsch. Lediglich ein Teil der 1. Kompanie mußte drei Tage lang Stuhl abgeben. Der Fehler unterlief dem Korrespondenten.

Gefechtsübung „Hoher Preis"



Celle. Vom 24. bis zum 30. November lief im Raum Celle/Burgdorf eine Gefechtsübung der 1. Division der Bundeswehr, an der rund 22 000 Soldaten und allein 1 500 Kettenfahrzeuge teilnahmen. Wie bei allen Übungen, die nicht auf Truppenübungsplätzen stattfinden, ist auch bei dieser das Ausmaß der Schäden kaum zu überblicken. "Hoher Preis", das war der Name dieser Gefechtsübung. Und diesem Namen hat die Übung auch voll und ganz Rechnung getragen. Es war ein hoher Preis für die Soldaten und für die Bevölkerung, besonders für die Bauern.
Der Hauptkampfplatz zwischen den "Roten" und den "Blauen" bildete sich in der Gemarkung Wienhausen, Bockelskampf und Eicklingen. Das Ausmaß der Schäden ist hier am größten. Die Weidezäune sind zerfahren, die Grasnarben aufgewühlt. Ganze Äcker (Bild oben), die schon mit Wintersaat fertiggestellt waren und die Saat schon voll aufgelaufen war, sind stellenweise total verwüstet worden.
Ein Bauer meinte: "Wenn de Läber hier was, den wür ick over de Felle jogen." (Wenn der Leber hier wäre, den würde ich über die Felder jagen.) Sein Sohn meinte, die Panzerspuren würde man noch drei bis vier Jahre später sehen und beim Befahren der Felder merken können.

M.W., Ortsaufbaugruppe Celle



Ein Posten während der Gefechtsübung "Hoher Preis", bewaffnet mit einer Panzerfaust. (Zur Panzerfaust siehe auch nebenstehenden Artikel.)



Ein Posten während der Gefechtsübung "Hoher Preis", bewaffnet mit einer Panzerfaust. (Zur Panzerfaust siehe auch nebenstehenden Artikel.)

Keine Einberufung in der Ausbildung

Göttingen. Der erste Kurs der staatlich anerkannten Krankenpflegeschule hat einen Teilerfolg erzielt im Kampf gegen die Einberufung des Kollegen D. Lieken. Lieken, der Umschüler ist, sollte kurze Zeit nach Beginn seiner Ausbildung zum Krankenpfleger zur Bundeswehr einberufen werden. Das wurde verhindert; er wird stattdessen verpflichtet, sich während der nächsten 10 Jahre für den Katastrophenschutz zur Verfügung zu stellen. Seine Ausbildung kann er dabei aber fortsetzen. Obgleich das Ziel, Freistellung vom Wehrdienst für die Zeit der Ausbildung, nicht erreicht wurde. Die Zelle Universitätskliniken Göttingen berichtet über den Kampf des ersten Kurses der Krankenpflegeschule.

Am 6. November fand auf Antrag eine Versammlung von Schülerinnen und Schülern der Krankenpflege durch die Gewerkschaft ÖTV statt. Hier wurde die Forderung nach sofortiger Zurückstellung des Kollegen Lieken durch die verallgemeinerte Parole: "Keine Einberufung von Kollegen, die sich in der Ausbildung befinden" ergänzt. Richtig wurde herausgearbeitet: Hier geht es um ein Problem, das viele Jugendliche in der Ausbildung treffen kann. Die Versammlung erhob die Forderung gegenüber der Kreisverwaltung, durch einen Stand und ein Flugblatt auf dem Markt Schritte in die Öffentlichkeit zu tun. Darüberhinaus forderte die Versammlung eine Großveranstaltung (möglichst in Regie des DGB) mit Vertretern der Schüler, der Gewerkschaft und der Bundeswehr zu dem Thema "Zwangsrekrutierung der Arbeiterjugend in der Ausbildung". Dieser Vorschlag fand auch die Unterstützung der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper Medizin und Chirurgie der Universitätskliniken, die sich mit den Parolen sowie mit den geforderten Aktionen einverstanden erklärten.

Ein Vertreter der Musterungsbehörde versuchte die Aktion zu verhindern. Da er aber die Freistellung des Kollegen Lieken nicht garantieren wollte, führten die Krankenpflegeschüler am 23. November die Aktion in der Stadt durch. Kurze Zeit darauf wurde der Wehrdienst umgewandelt in den Katastrophenschutzdienst.

Ulm: Kantinenboykott beendet

Ulm-Dornstadt. Der Boykott der Kantine, den die etwa 1,000 Soldaten des Standorts vor 7 Wochen begonnen hatten, ist beendet. Erreicht wurde durch die Aktion, daß der Kantinenpächter einige wenige Preise senken mußte. Das Abbröckeln des Boykotts wird von der Demokratischen Soldatengruppe Ulm-Dornstadt dadurch erklärt, daß einerseits die Armeeführung mit Verleumdungen, Drohungen, Spinddurchsuchungen, vorläufigen Festnahmen gegen die Aktion der Soldaten vorging und gleichzeitig der Kantinenpächter den Boykott zu unterlaufen versuchte durch gezielte Sonderangebote, Filmveranstaltungen für 50 Pfg. Eintritt u. ä. Wie es in dem Brief der Demokratischen Soldatengruppe-Ulm weiter heißt, war offenbar damit für viele Soldaten das Ziel der Aktion erreicht.

Minenkampf

"Wie die ZANU die Minen einsetzt, möchte wohl jeder Bundeswehrsoldat den Minenkampf führen."

Eigentlich hatte ich gar keine Lust, mit nach Hildesheim zu fahren, um Rex Chiwara zu hören, weil ich an den frühen Dienst beim Bund gedacht habe, und daran, daß ich, wenn ich mitfahren würde, erst spät wieder in der Kaserne zurück sein würde. Hinterher war ich froh darüber, daß ich mitgefahren bin. Der Bericht von R. Chiwara hat mich echt begeistert. Wenn ich allein bedenke, mit welchen Schwierigkeiten das Volk von Zimbabwe zu kämpfen hatte, um den bewaffneten Kampf aufnehmen zu können, dann muß ich schon sagen: "Hut ab!" Dieses Volk hatte keine Waffen; die haben wir zwar auch nicht, aber bedenkt, daß dieses Volk ins Ausland gehen mußte, um überhaupt mit Waffen umgehen zu lernen. Wir haben es da einfacher, denn unsere Bourgeoisie sorgt dafür, daß zumindest die Männer in der Bundeswehr lernen, mit Waffen umzugehen. Aber natürlich, Waffen allein, die Kenntnis der Waffentechnik, dies sind nicht die einzigen Voraussetzungen für den Sieg. R. Chiwara hat uns allen klar und deutlich bewiesen, daß die enge Verbundenheit von Volk und Armee die wichtigste Voraussetzung für den Sieg ist. Bei uns beim Bund gibt es sowas überhaupt nicht. Wir sind fast alle weit von Zuhause, in Provinznestern oder Heidedörfern kaserniert. So ist dafür gesorgt, daß Verbundenheit mit dem Volk erst gar nicht entsteht. Und jener Firlefanz, den man Tag der offenen Tür nennt, ändert daran auch nichts, weil wir einfachen Soldaten nur Randerscheinung sind, Zubehör zu irgendwelchem Kriegsgerät. Die Verbindung mit dem Volk ist die Grundlage der Siege der ZANU. Diese Verbindung ermöglicht einen weitaus wirkungsvolleren Kampf, als wir ihn zum Beispiel bei der Bundeswehr lernen.
Ich will das nur mal am Beispiel des Minenkampfes verdeutlichen: R. Chiwara erklärte zum Beispiel: "Wir haben beschlossen, daß der Feind unsere Straßen nicht mehr benutzen darf, und haben sie vermint. Da dachte der Feind, er müsse uns im Dschungel bekämpfen, aber wer auch nur die leiseste Ahnung von Guerillakrieg hat, weiß natürlich, daß es noch viel schwieriger ist, uns im Dschungel zu bekämpfen als auf der Straße, und so haben wir erreicht, daß der Feind weder unsere Straßen noch unseren Dschungel benutzt."
Wenn wir bei der Bundeswehr Minenkampf üben, dann können wir nicht so von unserem Wald oder unseren Straßen, ja auch von unserer Luft sprechen. Wir lernen nicht, Minen zu verlegen, um unsere Straßen für den Feind zu sperren, sondern der Feind ist es, der zur Zeit befiehlt, wo ich Minen zu legen habe. Doch zurück zur kriegstechnischen Seite des Minenlegens in Zimbabwe. So wie oben beschrieben stellt sich die Bundeswehrführung den Minenkampf auch vor. Minenfelder sollen verlegt werden, um feindliche Vorstöße in eine andere Richtung zu lenken und um seine Bewegungen zu stören (Auffang- und Störminensperren).
Die Bewegungen des Feindes in eine andere Richtung gelenkt, dies haben die Genossen der ZANU gemacht, und sicher mit gutem Erfolg. Doch das, was uns R. Chiwara weiter berichtete, zeigt natürlich, daß man den Minenkampf noch besser führen kann, als sich das die Herren der Bundeswehrführung überhaupt ausdenken können. Er berichtete, daß das Smith-Regime neue Straßen bauen ließ und jeden Morgen die schwarzen Zwangsarbeiter über das am Vortag erbaute Stück Straße gehen ließ, um festzustellen, ob dieses vermint sei. Dies hat man der ZANU berichtet, und die teilte den Arbeitern ein Zeichen mit, das ihnen zeigt, wo eine Mine liegt. An einem Morgen haben nun die Arbeiter dieses Zeichen gesehen und sind ihm ausgewichen... die weißen Antreiber nicht... Seitdem, so konnte uns R. Chiwara berichten, werden mit dieser Methode keine Straßen mehr in Zimbabwe gebaut. Allein die enge Verbindung mit dem Volk ermöglicht einen derartigen Minenkampf. Bei uns ist das nicht möglich. Nicht nur weil die Verbindung zum Volk fehlt, sondern so was steht auch nicht in der Vorschrift, und was nicht in der Vorschrift steht, gibt es halt nicht.
So eine einfache Waffe, wie eine Mine ist, so zeigt sie sich in den Händen eines um seine Unabhängigkeit kämpfenden Volkes wirkungsvoller als in den Händen unserer Bundeswehr-Offiziere. Ich glaube, so wie die Genossen der ZANU möchten fast alle beim Bund mal Minenkampf betreiben. Als ich meinen Kameraden beim Waffenreinigen von der Rede R. Chiwaras berichtete, waren sie echt sauer, daß ich sie nicht mitgenommen habe.

a.b., Holzminden

Die Gewehrgranate trifft

Die KVZ schreibt: "Die Soldaten sollen das Umgehen mit der Ge- zeuge ein starkes Mittel zur Unterdrückung sind und dies ganz beson-

Dschungel benutzt."
Wenn wir bei der Bundeswehr Minen- nommen habe.
a.b., Holzminden

Die Gewehrgranate trifft

Die KVZ schreibt: *"Die Soldaten sollen das Umgehen mit der Gewehrgranate lernen, eine panzerbrechende Waffe, die mit dem Gewehr abgefeuert wird, jedoch selten trifft."*
Diese Feststellung kann den Eindruck erwecken, als sorge man sich um die Schlagkraft einer imperialistischen Unterdrückungs- und Aggressionsarmee.
Als ehemaliger Unteroffizier konnte ich erfahren, daß diese Waffe mit ein bißchen Übung bis auf etwa 50 m Entfernung eine hohe Treffsicherheit erreicht. Da ich heute dem Kommunistischen Bund Westdeutschland sehr nahe stehe und die Gründe, aus denen Kommunisten in die Kasernen gehen, für vollkommen richtig halte, sollte die Beschreibung einer Waffe auch beinhalten, wem sie nützt oder nützen kann.
Bei imperialistischen Panzerschlachten oder Luftgefechten usw. hat die Gewehrgranate wirklich kaum einen Wert. Geht man aber davon aus, daß bei revolutionären Volksbewegungen (etwa Nordirland oder Athen) gepanzerte Fahrzeuge ein starkes Mittel zur Unterdrückung sind und dies ganz besonders in den Städten, so kann bei Straßenkämpfen die Gewehrgranate ein ausgezeichnetes Kampfmittel in den Händen des Volkes sein, im Vergleich zur Panzerfaust, schweren Sprengstoffladungen oder Molotowcocktails. Denn:

1. Die Reichweite von etwa 50 m dürfte in der Regel genügen.
2. Die Gewehrgranate kann bedenkenlos aus Häusern, Kellern usw. abgefeuert werden, was bei der Panzerfaust durch die starke Rauch- und Hitzeentwicklung nach hinten (also in den Raum) Gesundheit und Leben des Schützen unmittelbar gefährdet. Zudem zeigt die starke Rauchentwicklung sofort den Standort des Schützen an.
3. Schwere Sprengstoffladungen gefährden ebenfalls Menschen, die sich in den umliegenden Häusern aufhalten.
4. Gegen Brandflaschen (Molotowcocktails) sind moderne Panzer beinahe immun.

L., Heidelberg

Fettes Leben

Die Soldaten der britischen Rheinarmee in der Bundesrepublik

Hameln. Am Beispiel der in Hameln stationierten britischen Truppen wird deutlich, wo unter anderem die Steuern der arbeitenden Klassen bleiben.

Die Berufssoldaten der britischen Armee zahlen keine Steuern, keine Kranken- und Rentenversicherung. Keine Kfz-Versicherung. Ihre gesamte Wohnungseinrichtung wird ihnen kostenlos gestellt. Zu Großhandelspreisen können sie einkaufen. Alle Wohnungen werden von den bei der britischen Rhein-Armee beschäftigten deutschen Kollegen und anderen Firmen kostenlos, inklusive Sonderwünsche, gewartet. Oft werden leicht beschädigte Einrichtungsstücke durch nagelneue ersetzt. Hinzu kommt ein Sold von durchschnittlich 1 200 DM für die Mannschaftsdienstgrade. Abgesehen von den noch weitaus größeren Vergünstigungen der Offiziere. Diese Lebensbedingungen sollen den Soldaten der englischen Armee ihr Söldnerdasein angenehm machen. Sie sind eine Belohnung dafür, daß sie sich bereithalten für jeden Einsatz, an jedem Ort, wo die englische Regierung und die Interessen des britischen Imperialismus das verlangen; sei es im Inneren, in Nordirland, in der Bundesrepublik oder am arabischen Golf in Oman.

L.B., Hameln



Frankreich: Streik bei der Post. Die Sendungen stapelten sich in den Lagerhallen. Es wird Monate dauern, bis die während des 6 Wochen dauernden Streiks aufgelaufenen Sendungen zugestellt sind.

Spanien: Der Generalstreik im Baskenland

250 000 im Streik / Weiterer großer Aufschwung der Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse

Seit der letzten Novemberwoche befinden sich 135 politische Gefangene in spanischen Gefängnissen, unter ihnen viele Mitglieder der baskischen Befreiungsorganisation ETA, im Hungerstreik. Mit ihrem Streik kämpfen sie gegen die unerträglichen Haftbedingungen und gegen Folter, sie fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen und demokratische Freiheit für das spanische Volk. 26 der hungerstreikenden Gefangenen mußten letzte Woche schon wegen ihres gefährdeten Gesundheitszustandes aus verschiedenen Gefängnissen nach Madrid überführt werden.

Von Anfang an fand der Hungerstreik der politischen Gefangenen breite Unterstützung im spanischen Volk. Insbesondere in den baskischen Provinzen und in Navarra unterstützten die Arbeiter und die Bevölkerung mit Demonstrationen und Streiks den Kampf der Gefangenen und die Forderungen. Diese Solidaritätsaktionen fanden ihren Höhepunkt in einem Generalstreik, zu dem mehrere revolutionäre Organisationen wie die MCE (Kommunistische Bewegung Spaniens), die ORT (Revolutionäre Arbeiterorganisation), die ETA für Mittwoch, den 11. Dezember, aufgerufen hatten. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) hat diesen Aufruf nicht unterstützt, vielmehr alles daran gesetzt, dort, wo sie es konnte, die Streiks und Demonstrationen zu sabotieren.

Selbst die Schreiberlinge der bürgerlichen Zeitungen müssen in ihren äußerst mageren Berichten zugeben – daß vor allem in der baskischen Provinz Guipuzcoa und in Navarra der Aufruf zum Generalstreik sehr breit befolgt wurde. In vielen Städten wurden an diesem Tag alle Betrieße bestreikt, die Geschäfte und Restaurants blieben geschlossen, Arbeiter, Schüler und Studenten demonstrierten und versammelten sich zu Kundgebungen. Nach Agenturberichten haben sich mehr als 250 000 Menschen aktiv an den Kampfaktionen in dieser Region beteiligt. Von der Breite der Bewegung überwältigt, sah sich sogar das staatliche Fernsehen in Spanien genötigt, von dem Aktionstag zu berichten, allerdings sehr entstellt und verkürzt.

In den Industriezentren Spaniens dauern die Lohnkämpfe und Streiks an

Bei der Autofabrik SEAT in Barcelona (24 000 Arbeiter) streiken seit Mitte Oktober mehrere Tausend Arbeiter; sie protestieren gegen das schlechte Tarifergebnis, gegen die drohende Kurzarbeit, vor allem aber kämpfen sie für die Freilassung und Wiedereinstellung der Kollegen, die während des Streiks verhaftet wurden. Bei Hispano Olivetti in Barcelona beantworteten die Olivetti-Kapitalisten den Streik von 6 000 Arbeitern mit Aussperrung. Viele weitere Fabriken im Industriegürtel Barcelonas werden bestreikt. Täglich finden Demonstrationen und Versammlungen der Arbeiter statt.

In Madrid und Sevilla streiken Tausende von Arbeitern, die Arbeiter der Fasa-Renault in Valladolid haben den Kampf wieder aufgenommen. In El Ferrol/Galizien streiken 6 000 Werftarbeiter. Im Bankgewerbe steht in ganz Spanien gut ein Viertel aller Bankangestellten im Streik für höheren Lohn.

Dem Regime gelingt es immer weniger, trotz massivem Aufgebot von bewaffneter und berittener Polizei und der bewaffneten Guardia Civil und von Militäreinheiten, diese breiten Kämpfe und Bewegungen niederzudrücken. Das Regime steht mit dem Rücken zur Wand. Ein guter Beweis dafür ist der erfolgreiche Generalstreik im Baskenland und Navarra. Seit mehreren Wochen versuchen dort Polizei, Guardia Civil und Militär in einer Großoffensive die ETA zu liquidieren. Der Generalstreik, der breite Kampf des Volkes zeigen, daß das Regime mit seinem blutigen Unterdrückungsapparat zum Scheitern verurteilt ist.

K.S.

Der Streikaufruf

Das Moviemento Communista de Espana (MCE), das selbst den Streik neben 7 Organisationen aktiv mitgetragen hat, hat über sein Nationalkomitee in der BRD der KVZ folgende Mitteilung gemacht:

Der 11.Dezember war ein großer Erfolg, denn außer den Massenstreiks wurden viele Arbeiter- und Studentenversammlungen, Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei durchgeführt und dies trotz des großen Polizeiaufgebots (große Zahl von Guardia Civil, Policia Armada, Geheimpolizei), das aus ganz Spanien herbeigeschafft wurde.

Wir wissen, daß bei den Zusammenstößen mit der Polizei es mehrere Schwerverletzte unter den Antifaschisten gab wegen der wilden Repression der Polizei, die wie auch sonst sich nicht gescheut hat, in die Massen zu schießen. Es gab auch mehrere hundert Gefangennahmen. Wir geben hier den Schluß des STREIKAUFRUFES der Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen) von Guipuzcoa wie folgt wider:

"Gegen die hohen Lebenshaltungskosten, gegen die kapitalistische Ausbeutung

- *5.000 Peseten Lohnerhöhung für alle gleich*
- *Sozialversicherung und die neue Lohnsteuer (I.R.T.P.) auf Kosten der Firma*
- *100 % bei Krankheit, Unfall oder Rente vom wirklichen Lohn*
- *Pensionierung mit 60 Jahren bei vollem Lohnausgleich und Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten*
- *Für die 40-Stundenwoche*
- *Nein zum vorübergehenden Arbeitsvertrag; nach 15 Tagen Stammarbeiter*

Gegen den Faschismus, für die demokratischen Freiheiten

- *Für die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, für das Demonstrations- und Streikrecht . . .*
- *Für das Recht auf Selbstbestimmung des Baskenlandes und aller Nationalitäten Spaniens. Für das Recht dieser Völker, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen.*
- *Für die Freiheit der politischen Gefangenen, für die Amnestie. Nur unser starker und vereinter Kampf kann diese tapferen Kämpfer der Arbeiterklasse und des Volkes aus den Klauen des Faschismus reißen und die Rückkehr der Exilierten nach Hause erreichen.*

Gegen die systematische Repression, Morde, Folterungen, Einsperrungen

- *Für die sofortige Auflösung der Guardia Civil (Landpolizei), der Fuerza de Policia Armada (Stadtpolizei), der Brigada Politica Social (Politische Geheimpolizei) und der faschistischen Tribunale.*
- *Fordern wir öffentliche und beispielhafte Bestrafung der faschistischen Anführer."*

Das rhodesische Siedlerregime ist sturmreif

Als vor 2 Monaten die Unterstützungsaktion für den Kampf des Volkes von Zimbabwe und der ZANU eingeleitet wurde, geschah das, weil klar war, daß das rhodesische Siedlerregime die nächste Bastion ist, die die afrikanischen Völker in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus stürmen und schleifen ' (KVZ Nr. 21)

Inzwischen zeigt diese Bastion die ersten Risse. Angesichts einer den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe mächtig vorantreibenden Befreiungsbewegung im Lande, eingeschlossen von afrikanischen Staaten bis auf die etwa 250 km im Süden zur Südafrikanischen Republik, haben die Kolonialisten und Imperialisten im südlichen Afrika und Westeuropa eingesehen, daß ihre Lage aussichtslos

siegelung ihres Schicksals ist nur noch eine Frage der Zeit. Nach anfänglichen euphorischen Meldungen der britischen Imperialisten und Smiths sinken auch ihre Hoffnungen inzwischen erneut, die Befreiungsbewegungen auf 'friedlichem' Weg in Verhandlungen übertölpeln zu können.
Nachdem sie zunächst die Bedeutung der ZANU herunterspielen wollten,

Das rhodesische Siedlerregime ist sturmreif

Als vor 2 Monaten die Unterstützungsaktion für den Kampf des Volkes von Zimbabwe und der ZANU eingeleitet wurde, geschah das, weil klar war, daß das rhodesische Siedlerregime die nächste Bastion ist, die die afrikanischen Völker in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus stürmen und schleifen ' (KVZ Nr. 21)

Inzwischen zeigt diese Bastion die ersten Risse. Angesichts einer den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe mächtig vorantreibenden Befreiungsbewegung im Lande, eingeschlossen von afrikanischen Staaten bis auf die etwa 250 km im Süden zur Südafrikanischen Republik, haben die Kolonialisten und Imperialisten im südlichen Afrika und Westeuropa eingesehen, daß ihre Lage aussichtslos und ihre Herrschaft in der bisherigen Form nicht weiter aufrecht zu erhalten ist. Südafrika ist bereit, Rhodesien aufzugeben um die eigene Haut zu retten. Die Imperialisten versuchen jetzt einen Weg zu finden, um den weißen Smith durch einen schwarzen zu ersetzen, der es den imperialistischen Monopolen weiterhin möglich macht, die natürlichen Reichtümer Zimbabwes und die Menschen auszubeuten. Es geht ihnen nur noch darum, zu verhindern, daß durch den bewaffneten Kampf die konsequentesten, revolutionären Kräfte an die Macht kommen, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überhaupt abschaffen wollen.

In diesem Punkt können sie auf die Zusammenarbeit derjenigen afrikanischen Regierungen und Kräfte, wie z. B. Kaunda, Regierungschef Sambias und Muzorewa, der Führer des ANC rechnen, die selber Angst davor haben müssen, daß ihre Völker ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Deshalb betreiben sie alle aktiv den Zusammenschluß der Befreiungsbewegungen im ANC in der Hoffnung, dadurch die ZANU mäßigen und zurückdrängen zu können.

Gleichzeitig entstand dadurch ein neues Feld für die Entfaltung der Politik der ZANU. Auf der anderen Seite mußte das Smith-Regime alle Führer, auch die der ZANU, freilassen, außerdem alle politischen Gefangenen, was nichts anderes bedeutet als das Eingeständnis, daß ihr Kampf um die Befreiung Zimbabwes gegen das weiße Siedlerregime eine gerechte Sache war. Daß sie sie freilassen und freie politische Betätigung zugestehen mußten bedeutet nichts anderes als das Zugestädnis des militärischen, politischen und moralischen Bankrotts ihrer bisherigen Politik, auch wenn das noch nicht offiziell in Verträgen zum Ausdruck kommt.

Das kann nicht mehr zurückgenommen werden. Die offizielle Besiegelung ihres Schicksals ist nur noch eine Frage der Zeit. Nach anfänglichen euphorischen Meldungen der britischen Imperialisten und Smiths sinken auch ihre Hoffnungen inzwischen erneut, die Befreiungsbewegungen auf 'friedlichem' Weg in Verhandlungen übertölpeln zu können.

Nachdem sie zunächst die Bedeutung der ZANU herunterspielen wollten, müssen sie jetzt zugeben, daß die ZANU die entscheidende Kraft auf der Seite des Volkes ist. Sie kämpft mit der Waffe in der Hand und hat dadurch Gewicht im neu gebildeten ANC (African National Council). Sie kann die Kapitulanten zu einer härteren Haltung zwingen. So legt die Übereinkunft der Befreiungsbewegungen fest, daß verhandelt wird nur auf der Grundlage der Zusicherung der Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit, daß also nur über die Form der Beseitigung der Macht der Kolonialisten verhandelt wird.

Außerdem liegt in der Übereinkunft fest, daß in der Übergangszeit schon die Abschaffung aller rassendiskriminierenden Gesetzgebung und der Gesetze, die die afrikanische Bevölkerung zu spalten versuchen, wie z.B. die Aufhebung der bisherigen Sonderrechte für afrikanische Stammeshäuptlinge, verhandelt wird. Freilassung aller Gesetzgebung und der Gesetze, die die afrikanische Bevölkerung zu spalten versucht, wie z. B. die Aufhebung der bisherigen Sonderrechte für afrikanische Stammeshäuptlinge verhandelt wird. Freilassung aller Gefangenen und Rückführung der deportierten und in Konzentrationslagern eingekerkerten Menschen in ihre Heimatgebiete.

Der bewaffnete Kampf wird bis zur vollständigen Befreiung Zimbabwes fortgeführt. Die Kampftätigkeit hat im Interesse einer friedlichen Auflösung der Siedlerherrschaft zwar abgenommen, aber ein Waffenstillstand existiert noch nicht.

Sithole, der Führer der ZANU, hat in einem Interview am 13.12 in Lusaka auch erklärt, daß er die Wahrscheinlichkeit, daß Zimbabwe ohne Fortsetzung des bewaffneten Kampfes befreit werden kann auch nicht für sehr groß hält. Der Kampf für die Befreiung des Volkes von Zimbabwe kennt viele Windungen und Wendungen. Bestimmt wird er zum Erfolg führen. Dazu ist die Fortsetzung der internationalen Solidarität notwendig. –H.L.

ben sich mehr als 250 000 Menschen aktiv an den Kampfaktionen in dieser Region beteiligt. Von der Breite der Bewegung überwältigt, sah sich sogar das staatliche Fernsehen in Spanien genötigt, von dem Aktionstag zu berichten, allerdings sehr entstellt und verkürzt.

In den Industriezentren Spaniens dauern die Lohnkämpfe und Streiks an

Bei der Autofabrik SEAT in Barcelona (24 000 Arbeiter) streiken seit Mitte Oktober mehrere Tausend Arbeiter; sie protestieren gegen das schlechte Tarifergebnis, gegen die drohende Kurzarbeit, vor allem aber kämpfen sie für die Freilassung und Wiedereinstellung der Kollegen, die während des Streiks verhaftet wurden. Bei Hispano Olivetti in Barcelo-

pression der Polizei, die wie auch sonst sich nicht gescheut hat, in die Massen zu schießen. Es gab auch mehrere hundert Gefangennahmen. Wir geben hier den Schluß des STREIKAUFRUFES der Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen) von Guipuzcoa wie folgt wider:

"Gegen die hohen Lebenshaltungskosten, gegen die kapitalistische Ausbeutung
• 5.000 Peseten Lohnerhöhung für alle gleich
• Sozialversicherung und die neue Lohnsteuer (I.R.T.P.) auf Kosten der Firma
• 100 % bei Krankheit, Unfall oder Rente vom wirklichen Lohn
• Pensionierung mit 60 Jahren bei vollem Lohnausgleich und Anpassung an die steigenden Le-

Recht dieser Völker, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen.
• Für die Freiheit der politischen Gefangenen, für die Amnestie. Nur unser starker und vereinter Kampf kann diese tapferen Kämpfer der Arbeiterklasse und des Volkes aus den Klauen des Faschismus reißen und die Rückkehr der Exilierten nach Hause erreichen.
Gegen die systematische Repression, Morde, Folterungen, Einsperrungen
• Für die sofortige Auflösung der Guardia Civil (Landpolizei), der Fuerza de Policia Armada (Stadtpolizei), der Brigada Politica Social (Politische Geheimpolizei) und der faschistischen Tribunale.
• Fordern wir öffentliche und beispielhafte Bestrafung der faschistischen Anführer."

Spendenliste

vom 7.12. bis zum 11.12.1974

Spender	Betrag
OG Göttingen	1 315,00 DM
Sammlung im KVZ-Lesekreis Martinsviertel Darmstadt	18,00 DM
Flohmarkt der KHG Karlsruhe	82,00 DM
Sammlung Zelle Slawisten KHG Heidelberg	150,00 DM
Instututsgruppe Universität Politologie Heidelberg	150,00 DM
Sammlung auf Veranstaltung in Frankfurt	3 377,62 DM
Spenden beim KVZ-Verkauf vor Frankfurter Druckerei Frankfurt	20,00 DM
M.H., Essen	25,00 DM
Sammlung auf Veranstaltung in Westberlin	3 261,00 DM
P.M., Mannheim	120,00 DM
Sammlung auf einer Geburtagsfeier Bremen	10,00 DM
Sammlung am Biertisch Diepholz	19,51 DM
E.G., Gießen	30,00 DM
P.B., Heidelberg	60,00 DM
Sammlung auf Veranstaltung Hildesheim	794,61 DM
M.Sch., Heidelberg	60,00 DM
Sammlung Institutsgruppe Geographie Heidelberg	100,00 DM
H.G., Westberlin	1 000,00 DM
Dr.P.H., Dortmund	20,00 DM
KVZ-Lesekreis Neckargemünd	50,00 DM
Sammlung im Jugendzentrum Mörfelden	135,00 DM
S.B., Karlsruhe	50,00 DM
T.B., Darmstadt	100,00 DM
OG Dortmund	50,00 DM
Pinkus-Genossenschaft Zürich(Schweiz)	90,00 DM
Sektion Soziale Dienste GUV Bremen	900,00 DM
M.K., Hamburg	50,00 DM
C.G., W.R., J.K., Braunschweig	120,00 DM
R.B., Mönchengladbach	50,00 DM
Th.St., Frankfurt	45,00 DM
L.H., Hannover	10,00 DM
OG Mannheim	400,00 DM
OAG Weinheim	200,00 DM
Spende der Basisgruppe FHS Mannheim	558,23 DM
Straßensammlung Sachsenhausen Frankfurt	11,50 DM
Sammlung Vorklinik Freiburg	60,00 DM
H.H., Münster	21,00 DM
Zelle FHS-Bau SSG Hamburg	56,23 DM



Spender	Betrag
Leserkreis SG Germersheim	32,00 DM
E.E., Mannheim	100,00 DM
Ehem. Katalogredaktion Dasdaktion das Pol. Buch Bremen	588,20 DM
C.H., Darmstadt	100,00 DM
Zelle Psychologie KSB Frankfurt	90,00 DM
GUV Frankfurt	200,00 DM
Sammlung auf Veranstaltung Hamburg	3 113,35 DM
B.F., Frankfurt	800,00 DM
Straßensammlung in Neuss	100,00 DM
G.R., Heidelberg	50,00 DM
GUV-Jugendhäuser Frankfurt	130,00 DM
Studenten aus dem Seminar "Entwicklungshilfe" Universität Hamburg	20,00 DM
H-J.K., Gießen	20,00 DM
Erlös aus Bazar KSB Braunschweig	61,00 DM
Basisgruppe Zweiter Bildungsw. Neuss	150,00 DM
Wohngemeinschaft Woltmershausen Bremen	70,00 DM
H.H., Bremen	130,00 DM
Fr.H., Freiburg	150,00 DM
P.L., Westberlin	16,00 DM
G.B., Bremen	30,00 DM
Wohngemeinschaft Dahlmannstr. Kiel	60,00 DM
Sammlung in Göttingen	1 926,21 DM
Sammlung auf Veranstaltung in Bensheim	48,62 DM
KAJB-Initiative Frankfurt	5,00 DM
Sammlung in der Schulungsgruppe KHI Aachen	57,40 DM
Würfelrunde aus Ritterhude	12,00 DM
Schlachtenbummler des Spiels Eintracht Braunschweig-Werder Bremen Bremen	12,20 DM
SG des KBW Aachen	650,00 DM
Sammlung auf einer Feier in Gießen	162,30 DM

Der Kontostand am 11.12. ist 66.716,50 DM

Landrover für Zimbabwe (ZANU), Volksbank Mannheim, Konto-Nr. 10 683 26

Bergarbeiterstreik in den USA

Obwohl der Streik der US-Bergarbeiter offiziell beendet ist, da die Mehrheit der Bergarbeiter dem ausgehandelten Tarifvertrag mit 3 Jahren Laufzeit zustimmte, gehen die Auseinandersetzungen weiter. Inzwischen streiken die rund 6 000 für den Bau der Bergwerkschächte zuständigen Techniker, die nicht unter den neuen Tarifvertrag fallen. Am 10.12. konnten deswegen Tausende von Bergarbeitern die Arbeit nicht aufnehmen. Inzwischen unterstützen nahezu 50 000 Bergarbeiter in einem Solidaritätsstreik die streikenden Techniker.

Angola: Gemeinsame Front

Auch in Angola haben sich die drei Befreiungsbewegungen, die MPLA, FNLA und Unita, in einer gemeinsamen Front zusammengeschlossen und eine gemeinsame Strategie für die Unabhängigkeitsverhandlungen mit der portugiesischen Regierung ausgearbeitet.

UNO-Bericht bestätigt

Portugiesische Truppen, unterstützt durch rhodesische Truppen, haben in den vergangenen drei Jahren in Mozambique mindestens 1 000 Afrikaner gefoltert und ermordet. Die portugiesische Regierung hatte derartige Anschuldigungen stets als kommunistische Lügenpropaganda zurückgewiesen. Die UNO-Untersuchungskommission bestätigt nun: Portugiesische Soldaten hätten nicht nur die gesamte Bevölkerung kleiner Dörfer getötet, sondern auch die Bäuche schwangerer Frauen aufgeschlitzt, Menschen mit Elektroschocks gefoltert, zwangsweise Umsiedlungen vorgenommen. Der Bericht bestätigt außerdem ausdrücklich, daß in Wiriyamu 200 Menschen ermordet wurden. – Die portugiesische Regierung hatte abgestritten, daß dieses Dorf jemals existierte.

Der Plan Komet

Der Plan Thieu's und der US-Imperialisten gegen das vietnamesiche Volk

Der Plan "Komet" zur Liquidierung des Widerstandes des vietnamesischen Volkes gegen Thieu und den US-Imperialismus wurde in der Saigoner Zeitung "Dai Dan Thoc" veröffentlicht. Die Beschlagnahmung der Zeitung konnte jedoch seine Aufdeckung nicht verhindern. Diese ändert jedoch nichts daran, daß dieser Plan ausgeführt wird, weil Thieu und den USA gegen die Woge der Massenbewegung in Saigon heute keine andere Möglichkeit bleibt. Mit dem Anlaufen ist während des Januars zu rechnen. wo die Massenkämpfe wieder zunehmen werden.

Während die Kommunisten ihre Angriffe – sowohl militärisch als auch politisch – an allen Fronten intensivieren, stellt die Tatsache, die Bewegungen ihre internen Unruhe weiterhin ausbreiten zu lassen, eine ernste Bedrohung für unsere Lage dar.

Es ist zutreffend, daß die Mehrheit derjenigen, die gegenwärtig diese oppositionelle Massenbewegung tragen, keine Kommunisten sind. Dennoch bringen ihre Aktivitäten auf jeden Fall ausschließlich den Kommunisten konkrete Vorteile. Momentan sind sie den Kommunisten bei ihren inneren Subversionsversuchen und externen Angriffen somit behilflich. Nach sorgfältigem Abwägen des Für und Wieder ist eine schnelle und entschiedene Lösung des Problems angeraten. Im übrigen ist dies der einzig mögliche Weg, Zeit zu gewinnen.

Lösungen und allgemeine Maßnahmen

- **sofortige Anordnung des Belagerungszustandes**
- **vorübergehende Lähmung aller Tätigkeiten der Abgeordneten**
- **Liquidierung des gesamten Widerstandes**
- **Überwachung der Schüler und Studenten**
- **Isolierung und Spaltung der Massenbewegungen**
- **der internationalen öffentlichen Meinung entgegentreten.**

Durchführung

I. Anordnung des Belagerungszustandes . . .

II. Abgeordnete und Repräsentanten

Alle legislativen Aktivitäten der Abgeordneten werden unter dem

– der internationalen öffentlichen Meinung entgegentreten.

Durchführung

I. Anordnung des Belagerungszustandes . . .

II. Abgeordnete und Repräsentanten

Alle legislativen Aktivitäten der Abgeordneten werden unter dem
Vorwand des Belagerungszustandes eingeschränkt. Die Opposition im Parlament einschüchtern, notfalls mit Gewalt. Die Rechte der Opposition soweit wie möglich einschränken: wenn erforderlich Gewaltanwendungen, Verhaftungen durchführen (Endbeschluß 444).

Die Abgeordneten der Provinz

Sofortige Untersuchung des "curriculum vitae" und der verdächtigen illegalen Aktivitäten aller lokalen Berater. Schritte einleiten, um sie der Justiz auszuliefern. *Notfalls Kunstgriffe und übliche Techniken anwenden (inszenieren: Liaison mit Prostituierten, Glücksspiel, in flagranti-Verhaftungen, Schnellprozeß und öffentliche Übertragung mit Mitteln des regionalen Fernsehens).*

Besonders beachten:
Absolutes Verbot der Anwendung dieser Maßnahmen in Hinblick auf alle, die seit langem für einwandfreien moralischen Lebenswandel bekannt sind: Vorsicht vor gegenteiligen Effekten! Persönliche Rücksprache mit dem Provinzchef.

III. Liquidierung des gesamten Widerstandes

Der Tag "J" wird von der zentralen Führung festgesetzt.

- **Saigon, Gia Dinh, Bien Hoa.**
  Am Tag "J" sofortige Festnahmen, in den Nachbardörfern strengste Kontrolle und Verhaftung aller derjenigen erforderlich, die die Belagerungskette passieren durften, und aus der Provinz fliehen. (Zahl der Posten und Straßensperren erhöhen.)

In den Provinzen: die gefährlichsten Elemente am Tag "J" verhaften, an den folgenden Tagen Festnahme der weniger Schädlichen (besondere Vorsicht: absolutes Verbot des Einsatzes von Polizei bzw. Militärpolizei, höchstens Spezialeinheiten und militärische Sicherheitsdienste – Verpflichtung: Zivil) . . .

IV. Überwachung der Schüler und Studenten

. . . Einschüchterungen und Druck gegenüber den Eltern der kämpfenden Studenten (Beamte, Militärs, diejenigen, deren Kinder Auslandsstipendien haben).

Agenten in die Gruppen der Studenten einschleusen mit der Aufgabe, extremistische Provokationen zu verhindern (Traktate gegen den Krieg mit pro-kommunistischen Inhalten, feindliche Manifestationen usw.), um die Studentenbewegung zu liquidieren.

V. Die Bewegungen isolieren

Persönliche Gegensätze sowie solche innerhalb der Parteiengruppen ausnutzen, ferner religiöse Gegensätze ausspielen. Mißtrauen säen durch eine Propaganda, die die oppositionellen Gruppen spaltet.

VI. Die internationale öffentliche Meinung

Mitglieder der ausländischen Presseagenturen isolieren

Sämtliche vietnamesischen Mitglieder einschüchtern, die für die internationale Presse arbeiten (Militärdienst, diejenigen, die Familienangehörige in den Regierungsorganen haben, Beamte und Militärs).

Mitglieder der internationalen Presse für uns gewinnen und kaufen (mit flagranti-Beweisen korrumpieren).





Thieu muß fallen! Das Bild zeigt eine vietnamesische Demonstration, die eine Thieu-Puppe, am Galgen hängend, mitführt.

VII. Aufgabenverteilung

Informationsministerium

- spezielle Anweisung an das ministerielle Personal zur Zusammenarbeit mit der Polizei
- vermeiden, die Verhaftungen hochzuspielen, wenn möglich sie herunterspielen
- Beweise über die kommunistische Infiltration in die Bewegung der internen Agitation überall verbreiten
- mit der Polizei koordinieren (Pressegruppierungen, Journalisten und Reporter) . . .

Sonderpolizei

- die Elemente des Widerstandes aufteilen . . .
- Anklagepunkte für die gefährlichen Elemente erfinden, die eine gewisse Popularität in den Provinzen genießen (keine Unglaubwürdigkeiten). Dies alles muß durch den Provinzchef selbst autorisiert sein, der in diesem Bereich der Generalverwaltung allein verantwortlich ist.

Saigon, Gia Dinh, Bien Hoa: 814 wird entscheiden.

Speziell für Deputierte und Senatoren: 444 wird direkt in die Entscheidung eingreifen.

VIII. Freigabe

Die täglichen Befehle werden von der Generalverwaltung ausgegeben.

IX. Befürworter und Gegner

(Stellungnahmen der US-"Experten" in Saigon, die Red.)

- *Martin (*) ist zur Zeit abwesend, aber seine Haltung war nie eindeutig. Er verhält sich abwartend.*
- *Rugh Appling hat befürwortet. Schätzt, daß die amerikanische Meinung anhalten wird, aber man muß schnell handeln und darf die Situation nicht hinziehen, da auf der Ebene des amerikanischen Kongresses ärgerliche Reaktionen zu befürchten sind.*
- *Binderer hat ebenfalls befürwortet, bleibt aber reserviert.*
- *Thomas Folgar hat trotz seiner anfänglichen Zurückhaltung zugestimmt, befürchtet aber, wir hätten nicht genügend Kraft für die Realisierung des Planes, was ein unvorhersehbares Desaster provozieren könnte.*
- *Gilmore hat gerade Sweet bei der Plants-Polizei ersetzt, scheint reserviert. Seine Entscheidung hängt völlig von der Jacobsons ab.*
  Die Haltung Jacobsons (**) ist suspekt, während sein Einfluß gegenwärtig durch den Applings zurückgedrängt wird. Appling kann bei Jacobson intervenieren. Wir können Appling benutzen, um Jacobson zu gewinnen.

X. Internationaler Einfluß

Erwartung und Einschätzung

Zu Anfang Empörung, aber wenn wir schnell und wirksam handeln, werden die Folgen auf internationaler Ebene minimalisiert. Entscheidend ist, alle Informationsquellen der ausländischen Presseagenturen verstopft zu halten. Man muß vorbeugend gegenüber den vietnamesischen Mitarbeitern dieser internationalen Presseagenturen Druck ausüben, aber vermeiden, sie zu verhaften.

XI. Vorbereitungen

Alle beteiligten Institutionen (Provinzchefs, Polizei, Ministerien für: Information, Bildung, Militärische Sicherheit, Erziehung usw.) müssen dringend detaillierte Pläne ausarbeiten und unterbreiten sowie unter den Verantwortlichen aufteilen; dies innerhalb von 48 Stunden, damit die Generalverwaltung entscheiden kann.

Besondere Aufmerksamkeit:

1. Die Provinzverwaltungen stellen sofort Listen über die Hauptanführer der Bewegung zusammen und unterbreiten innerhalb von 72 Stunden die lokalen Pläne, damit die Generalverwaltung sich entscheiden kann.
2. Besondere Aufmerksamkeit in den großen Städten. Die kleinen Städte: Verhaftungen möglichst vermeiden. Das heißt nicht, inaktiv sein.

XII. Direktionsausschuß

Von dieser Minute an alle 24 Stunden versammeln, die wesentlichen Informationen bezüglich der lokalen Pläne einbringen und in allen Problemen entscheiden.

Saigon, 22.10.74

(*) Martin: US-Botschafter in Saigon
(**) Jacobson: Verantwortlich für das Befriedungsprogramm in Südvietnam.

Thieu muss fallen!

Diese Forderung hat das vietnamesische Volk auf die Tagesordnung gesetzt, und dafür entwickelt es den Kampf, vor allem in Saigon. In bonn haben sich 350 vietnamesische Studenten, die in der Bundesrepublik studieren, hinter diese Forderung gestellt.

Vom 12.-16. Dezember fand in Bonn ein Kongress der vietnamesischen Studenten in der BRD statt.

Der Kongreß brachte den entschlossenen Willen der großen Mehrheit der vietnamesischen Studenten zum Ausdruck, alles zur Unterstützung ihrer Landsleute gegen das faschistische Regime zu tun. Ihre Entschlossenheit und die Bedeutung dieses Kongresses spiegelt sich darin wieder, daß beim Höhepunkt am Freitag trotz der unweigerlichen Verfolgung und Ausweisungsdrohung, der sie sich damit durch die BRD-Regierung aussetzten, ca. 350 vietnamesische Studenten mit der Forderung vor die Thieu-Botschaft zogen:

Sturz Thieus, Bildung einer neuen Friedensregierung.
Strikte Einhaltung des Pariser Abkommens
Schluß mit der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Südvietnams.

Thieu-Puppen wurden verbrannt

Spanische Reiter, Stacheldrahtrollen, Hundestaffeln und Panzerspehwagen sicherten die Botschaft und zeigten auf welcher Seite die BRD-Regierung steht: sie ist eine der Stützen des Thieu-Regimes.

Anschließend fand ein politischer Gottesdienst in der Residenzkirche in Bonn statt, der die Lage der vietnamesischen Bevölkerung unter dem Thieu-Regime und ihren Kampf dagegen zeigte. Er endete mit einer Demonstration durch die Bonner Innenstadt. Spontan reihten sich zahlreiche Bonner Bürger ein, die gerade auf der Straße waren.

Am Abend fand eine Kulturveranstaltung statt, auf der in Theaterstücken die Lage und der Kampf der Bevölkerung Südvietnams gezeigt wurde und Vertreter zahlreicher Vietnamesischer Organisationen, die der 3. Kraft zuzurechnen sind, sprachen, u. a. auch Vertreter der südvietnamesischen Katholiken und Buddhisten sowie der Leiter des Komitees zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD, Nguyen Minh Man. Außerdem Sprecher der IIVS, Hilfsaktion Vietnam, Indochina Peace Campaign USA.

Indochina Komitee Heidelberg

Künstlicher Regen verboten

UNO-Verbot gegen die Beeinflussung des Wetters zum Zwecke der Kriegsführung

"Ohne Gegenstimmen hat die UN-Vollversammlung in der Nacht zum Dienstag in New York mit 125 Stimmen eine Resolution angenommen, mit der Kriegführung durch Beeinflussung des Wetters verboten wird." (Frankfurter Rundschau, 11.12.1974)

Heuchlerisch stimmten die USA dem Verbot zu. Dabei sind gerade sie es, die im Vietnamkrieg versuchten, durch die Erzeugung von künstlichem Regen den Widerstand des vietnamesischen Volkes in riesigen Überschwemmungskatastrophen zu ersäufen.

Sie bombardierten systematisch die Deichanlagen in Nordvietnam und erzeugten gleichzeitig künstlichen Regen, um durch Springfluten während der Monsunregen die Deiche zum Bersten zu bringen.

Daß es nicht zu einer Überschwemmungskatastrophe kam, lag am unermüdlichen Einsatz der nordvietnamesischen Bauern, die jedes Bombenloch sofort wieder zuschütteteten, und daran, daß in diesem Jahr die Monsunregen geringer als üblich ausfielen.

Daß die Imperialisten mit ihrer Zustimmung zum Verbot nicht die Interessen der Völker im Sinn hatten, zeigte die Abstimmung gegen den Einsatz von Napalm, einem Brandkampfstoff, der gleichfalls zur vollständigen Verbrennung von Menschen, Häusern und Feldern in Widerstand leistenden Gebieten eingesetzt wird. Obwohl die gegen Völker gerichtete Wirkung gut bekannt ist, leisteten sich in der Abstimmung die USA, die Sowjetunion und auch die BRD neben einigen anderen Regierungen eine Enthaltung der Stimme.

ten, durch die Erzeugung von künstlichem Regen den Widerstand des vietnamesischen Volkes in riesigen Überschwemmungskatastrophen zu ersäufen.

Sie bombardierten systematisch die Deichanlagen in Nordvietnam und erzeugten gleichzeitig künstlichen Regen, um durch Springfluten während der Monsunregen die Deiche zum Bersten zu bringen.

hatten, zeigte die Abstimmung gegen den Einsatz von Napalm, einem Brandkampfstoff, der gleichfalls zur vollständigen Verbrennung von Menschen, Häusern und Feldern in Widerstand leistenden Gebieten eingesetzt wird. Obwohl die gegen Völker gerichtete Wirkung gut bekannt ist, leisteten sich in der Abstimmung die USA, die Sowjetunion und auch die BRD neben einigen anderen Regierungen eine Enthaltung der Stimme.

Südkorea:

Das UNO-Kommando muss aufgehoben werden

New York. Am 9. Dezember wurde in der UNO-Vollversammlung darüber abgestimmt, ob weiterhin das UNO-Kommando in Südkorea aufrechterhalten bleiben soll oder nicht. Dieses Kommando besteht seit dem Korea-Krieg Anfang der 50-er Jahre. Die US-Imperialisten, die damals aufgrund der Zusammensetzung die Mitgliedschaft beherrschten, haben dieses Kommando damals durchgesetzt, um so die UNO für eine Intervention in Korea und für die Besetzung des Landes auszunutzen. Sie schickten unter der Flagge der UNO eine Armee von 40 000 Soldaten nach Südkorea. Soviel US-Soldaten, ausgerüstet mit dem modernsten Kriegsgerät und mit atomaren Waffen, sind heute noch unter dem UNO-Kommando in Südkorea stationiert und halten diesen Teil von Korea für die US-Imperialisten besetzt. Ohne diese Truppen wäre die Park-Chung-Hee-Clique, die die Diktatur über das Volk in Südkorea im Interesse des US-Imperialismus ausübt, längst von den Volksmassen hinweggefegt worden, ohne die Anwesenheit fremder Truppen hätten die Volksmassen längst die Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea durchgesetzt.

In Erkenntnis dieses Sachverhalts hatte Algerien zusammen mit zahlreichen anderen Ländern der Dritten Welt eine Resolution eingebracht, wonach das UNO-Kommando in Südkorea sofort aufzulösen sei. Diese Resolution scheiterte aber knapp, weil zwischen Befürwortern und Gegnern Stimmengleichheit (48 : 48 bei 38 Enthaltungen) bestand. Bei Stimmengleichheit gilt eine Resolution als nicht angenommen. Dagegen wurde eine andere, von den Imperialisten unterstützte Resolution angenommen, die die Auflösung des UNO-Kommandos in Südkorea in das Ermessen des Sicherheitsrates stellt. Das bedeutet aber, daß die US-Truppen weiterhin dort unter der Flagge der UNO stationiert bleiben, denn im Sicherheitsrat können die Imperialisten jederzeit durch ihr Vetorecht schalten entsprechend ihren Interessen.

Das Volk in Südkorea zeigt, daß es die weitere Herrschaft der Park-Chung-Hee-Clique nicht hinzunehmen gewillt ist. Zum Beispiel wurde Ende November in Seoul aus politischen, religiösen und journalistischen Kreisen der "Nationalkongreß für die Wiederherstellung der Demokratie" gebildet. In einer Resolution der Gründungsversammlung wird die Rücknahme der diktatorischen Verfassung, die Rückkehr zur Demokratie und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert. Inzwischen sind aufgrund von Notverordnungen mehr als 200 Oppositionelle zum Tode oder zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Eine unbekannte Zahl von Oppositionellen befindet sich noch in Haft und ist den Folterungen des südkoreanischen Geheimdienstes ausgesetzt. Kim Dae Jung, der vor einem Jahr aus Japan entführt worden war, erklärte auf der Versammlung, daß Südkorea jetzt an einem historischen Wendepunkt stehe, der mit dem Aufstand gegen die japanische Kolonialherrschaft 1919 zu vergleichen sei.

(Nach: Neue Züricher Zeitung vom 29. November)

Der Kampf der politischen Gefangenen in den israelischen Gefängnissen

Während der Palästina-Debatte in der Un-Vollversammlung, hat die Versammlung noch einmal festgestellt, daß in den von Israel seit dem Juni-Krieg 1967 besetzt gehaltenen Gebieten die Menschenrechte aufgehoben wurden. Durch Deportation, Häusersprengung, willkürliche Verhaftung, Folter und Verhöre ohne rechtlichen Beistand und für unbeschränkte Zeit, versuchen die israelischen Besatzer die palästinensische Bevölkerung einzuschüchtern und zum Verlassen ihrer Heimat zu zwingen. Mit dieser Politik des Terrors und der Unterdrückung haben die israelischen Militärs am ersten Tag ihrer Herrschaft auf dem Westufer des Jordan und dem Ghazastreifen begonnen.

Da es ihr erklärtes Ziel war, möglichst viele Menschen zu vertreiben – vor allen Dingen nach Jordanien – stießen sie bald auf spontane Empörung und Widerstand, der allerdings zu diesem Zeitpunkt wenig organisiert war. Es entstanden politische Gefängnisse in großer Zahl, um jeglichen Widerstand im Keim zu ersticken.

Heute verfügen die Zionisten über einen ausgedehnten Apparat von Terror und Hafteinrichtungen in Israel und den besetzten Gebieten:

Ramallah Gefängnis
hat Platz für 100 Gefangene und ist vor allen Dingen für die Kämpfer, die zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden. Es gibt Isolationshaft, einen Folterraum und einen besonderen Raum, wo die Gefolterten sich von ihren Qualen erholen sollen, bis sie wieder in die Zelle können. Zusätzlich gibt es einen Frauenflügel.

Bir-El-Sabeh Gefängnis
Dieses sehr große Gefängnis ist in einer völlig verlassenen Gegend. Es ist auf Zwangsarbeit eingerichtet. Nachts schmeißen die Israelis Granaten und schießen in die Luft, um die Gefangenen am Schlafe zu hindern.

Askalan Gefängnis
Dies Gefängnis für 1 000 Menschen ist das schlimmste, das die Besatzer erbaut haben.

Shatta Gefängnis
500 Gefangene, die alle dort hingebracht werden, um sie auf die Verhandlung "vorzubereiten". Die Kämpfer werden dort lange Zeit eingesperrt und physischer und psychologischer Folter ausgesetzt. So soll ihre Kampfkraft geschwächt werden und Informationen aus ihnen herausgepreßt werden. Außerdem werden die Gefangenen gezwungen, für Militärprojekte der Israelis Hilfsarbeit zu leisten. Das Gefängnis hat 8 Isolationszellen.

Beit Leif Gefängnis
300 Gefangene, es liegt etwa 10 km entfernt von Toulkarem. Es steht unter der Verwaltung eines Militäroffiziers von hohem Rang, in den Zellen herrscht völliges Sprechverbot.

Sarafand Gefängnis
Dort findet man nur Einzelzellen und Folterräume, es steht unter der Kontrolle des israelischen Geheimdienstes.

Al-Damoun Gefängnis
Hier müssen die Gefangenen ebenfalls für israelische Militärprojekte arbeiten.

Ghaza Gefängnis
Hier ist Platz für etwa 1 000 Gefangene, von dort werden die Kämpfer auf die anderen Gefängnisse verteilt.

Nablus Zentralgefängnis
Dies ist Zentrum für Verhöre und Verteilung, etwa 800 Gefangene.

Al-Nabi Saleh Gefängnis
Dies Gefängnis ist bekannt und berüchtigt für seine Einzelhaft und übelsten Foltermethoden, die dort angewendet werden.

Nafi Tersta Frauengefängnis
Es ist in zwei Teile geteilt: Einer für Frauen mit allgemeinen "Verbrechen", der andere für Frauen mit "Sicherheitsverbrechen".
Darüberhinaus haben die israelischen Besatzer noch Konzentrationslager aufgebaut, die sich alle in der Sinai-Wüste befinden und besonders dafür geschaffen wurden, den heldenhaften Widerstand der Menschen im Ghazastreifen zu brechen.
Vor 1971 gab es 3 KZs in **Nakl, Abu Zeiniah** und **Al Kassima**. Nach 1971 wurden neu errichtet im **St. Katharinenkloster, Al Arish** und **Wadi Moussa**. Drei weitere KZs befinden sich in der Nähe von **Rafah**.
Diese KZs sind völlig von der Umgebung isoliert und werden von Spezialeinheiten bewacht. Radios, Bücher, Zeitungen oder Besuche sind verboten. Die Familien sind in Zelten zusammengepfercht, meistens von Stacheldraht umgeben. Allein in den 3 KZs in der Nähe von **Rafah** vegetieren insgesamt 7 000 Menschen. Sämtliche Konzentrationslager stehen unter dem Befehl von General **Shlomo Yazit**, dem früheren Militärgouverneur des Ghazastreifen, der jetzt als zweiter Direktor des Militärgeheimdienstes arbeitet.

(Alle Angaben sind aus "FPDLP-Report" Nr. 2/1974 und Palestine News Agency, englische Ausgabe, eigene Zusammenfassung und Übersetzung)

Komitees zur Verteidigung der Rechte der Politischen Gefangenen

Schon im Mai 1968 entbrannte der Kampf der politischen Gefangenen um bessere Haftbedingungen, ausreichende medizinische Versorgung und vor allen Dingen Anerkennung als politische Gefangene.
Die wichtigste Waffe war dabei der Hungerstreik und die **geschlossene Verweigerung von Befehlen und Arbeitsaufträgen.** Da die Zionisten die Gefangenen von der Außenwelt systematisch abriegeln, gelang es ihnen vorübergehend, die Kämpfe in den Gefängnissen vor der palästinensischen Bevölkerung geheimzuhalten. Dies hat sich seit 1973, seit dem Oktoberkrieg und dem Aufbau der Nationalen Palästinensischen Befreiungsfront (NPF) gewaltig geändert: In allen Städten wurden **"Komitees zur Verteidigung der Rechte der politischen Gefangenen"** aufgebaut, die sich um die Kämpfer kümmern, darauf achten, wie ihr Gesundheitszustand ist, die Öffentlichkeit für Gerichtsverhandlungen fordern und einen Verteidiger besorgen.
Gemeinsam mit diesen Komitees erreichten die Kämpfe im Sommer 1973 ihren Höhepunkt: **In Bir El-Sabeh** setzten die Gefangenen am 27.7.73 gelagertes Holz in Brand und lehnten es ab, ihre Besucher zu empfangen. Damit wollten sie gegen die schlechten Bedingungen bei Besuchen demonstrieren. Die Besucher sind durch dicke Mauern und Gittern von den Gefangenen getrennt. Sie können sich nicht einmal kurz berühren. Es muß laut gesprochen werden, damit der Wächter alles verstehen kann. Die Sprechdauer und die Häufigkeit der Besuche liegt völlig in der Willkür der Gefängnisverwaltung. Einen Monat später, am 27.8.73 kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen **politischen Gefangenen im Shatta Gefängnis** und zionistischen Kriminellen, die von der Besatzungsmacht immer wieder zwischen die Palästinenser gesteckt werden. 18 gefangene Palästinenser wurden dabei verwundet, der Gefängnisdirektor mußte israelisches Militär holen. Später mußte der israelische Polizeidirektor dieses Gebietes zugeben, "daß sich eine neue Welle von nationalen Widersprüchen zwischen den palästinensischen Revolutionären und den jüdischen Gefangenen entwickelt habe. Dies sei ein gefährlicher Faktor" (aus der zionistischen Zeitung Al Hamishmar)

Seit diesen Kämpfen verschärfen sich die Auseinandersetzungen in den Gefängnissen, die Forderungen der politischen Gefangenen werden von der Bevölkerung aufgegriffen und unterstützt. Die Komitees organisieren Demonstrationen vor die Gebäude der Besatzer, halten kurze Kundgebungen ab und treten immer wieder in Streik, um ihrer Solidarität Ausdruck zu geben. Die Gefangenen haben sich in Zellen und "Studiengruppen" organisiert, und sie geben zwei Zeitungen heraus, die in den Gefängnissen kursieren: **"Fateh"** und **"Al Hadaf"**.
Heute sind sie auf folgende Forderungen vereinigt:

- **Schluß mit der Haft ohne Prozeß**
- **Bessere medizinische Versorgung, besseres Essen, im Winter genügend Decken**
- **Anerkennung als politische Gefangene und Trennung von den zionistischen Kriminellen**
- **Versorgung mit Büchern, Zeitungen und Papier**
- **Verbesserung der Besuchsbedingungen**
- **Freie Kommunikation zwischen den Gefangenen**
- **Freie Auswahl der Arbeit in den Gefängnissen, keine Beteiligung an Militärprojekten (z. B. Knüpfen von Tarnnetzen für israelische Panzer)**
- **Schluß mit Folter und Isolationshaft**
- **Freilassung aller Gefangenen, denen keine Vergehen nachgewiesen werden konnten.**
- **Freilassung der Gefangenen, nachdem sie ihre Strafe abgesessen haben.**
- **Einleitungen von Untersuchungen, um die Verbrechen aufzuklären, die von den israelischen Besatzern an den politischen Gefangenen begangen wurden.**

Erklärungen mit diesen Forderungen wurden von Vertretern der Westbanks und aus dem Ghazastreifen den Vereinten Nationen, dem Komitee für die Menschenrechte, dem Internationalen Roten Kreuz und der israelischen Militärregierung in den besetzten Gebieten vorgelegt. Die Zionisten haben sich bisher darum nicht gekümmert.
Stattdessen setzten sie ihren Terror unbekümmert fort. Während des Oktoberkrieges versuchten sie, von den Gefangenen Blut zu nehmen, um damit die Kriegsgefangenen zu versorgen. Ziel war es, die eigenen Blutbestände zu schonen. Heute kann keiner sagen, wieviele Menschen in den Gefängnissen sitzen, gefoltert werden und dort zu Tode kommen. Mit der Verschärfung des Kampfes auf dem Westufer des Jordan wächst auch der Druck in den Gefängnissen auf die Besatzer. Diese, von den Zionisten als Instrument der Umerziehung geplant, sind längst zu Hochburgen geworden, in denen der palästinensische Widerstand wichtige Reserven seines Kampfes findet.

Plakat aus den besetzten Gebieten, mit dem der Kampf der politischen Gefangenen unterstützt wird.

Die Foltermethoden

Psychologische Folter
Isolationshaft
Über Radio werden in arabischer Sprache Nachrichten gebracht, die den Gefangenen verwirren sollen. Es werden Nachrichten über den Tod oder Erkrankungen von wichtigen palästinensischen Führern gebracht.
Die palästinensische Revolution wird diffamiert und dargestellt, als ob sie vor dem Zusammenbruch stünde.

Physische Folter
Den Gefangenen werden nach langer Haft schöne Frauen vorgestellt. Wenn sie sich weigern, Informationen zu liefern, werden sie auf die Genitalorgane geschlagen, und Metalldrähte werden über längere Zeit in diese Organe hineingeschoben.

Elektroschock und der "elektrische Helm"
sind in allen Gefängnissen verbreitet.
Alle Stellen des Körpers werden mit Zigaretten gebrannt.

Finger werden in den Türspalt gesteckt, und die Tür wird unter gleichmäßigem Druck geschlossen. Später werden die gebrochenen Finger mit Linealen oder Stahlruten geschlagen.
Die Finger werden gezogen.

Die Wunden der Gefangenen werden mit einer Pfefferlösung bestrichen.
Die Kämpfer werden über lange Zeit an einem Arm aufgehängt, was zu schweren Nervenlähmungen führen kann.
Die Gefangenen bekommen eine Binde über die Augen und Handschellen angelegt. Dann müssen sie über einen Weg gehen, der voll Löchern und Unebenheiten ist. Jedesmal, wenn der Gefangene hinfällt, wird er von den Bewachern mit Prügeln geschlagen.
Den Kämpfern wird Urin oder Dreck ins Gesicht geworfen. Manchmal wird ihnen Urin eingetrichtert.
Die Gefangenen werden verletzt, die Wunden werden mit Salz gefüllt.
Die Gefangenen werden in besondere Zellen gebracht, dort gibt es helles Licht, und über Lautsprecher sind sie ständigem Lärm ausgesetzt.

Einige Opfer der Folterknechte
Mouayad Al-Bahich: Lähmung des linken Arms
Latifa Al Houry: Halbseitenlähmung
Abdel Aziz Chahine: Bruch der Wirbelsäule, danach wurde er exekutiert. Vorher wurde er gefoltert mit Schlägen auf das Genitalorgan

Wie können wir den Kampf der Gefangenen unterstützen?

Die Zionisten bauen darauf, daß ihre Verbrechen an den politischen Gefangenen wenig Beachtung auf der Welt finden. So werden sie ihren Terror unbekümmert fortsetzen. Man darf auch kaum Illusionen darüber haben, daß sich die israelische Regierung auch in Zukunft um die Proteste der UN-Menschenrechtskommission einen Dreck kümmern wird. Deshalb stellen sich für uns in Westdeutschland zwei Aufgaben:
1. Die Kenntnisse über die zionistischen Verbrechen in den israelischen Gefängnissen zu verbessern. Damit werden wir die Unterstützung, die der zionistische Staat bei der Bevölkerung noch findet, schwächen und Klarheit schaffen, was man von einem solchen Staat halten kann.
Diese Aufgabe sollte überall, in jedem Komitee, Jugendgruppe, Gewerkschaft, Gemeinde oder Schule unverzüglich aufgenommen werden.
Wichtig sind auch Leserbriefe an Zeitungen, die sich mit dem Kampf des palästinensischen Volkes befassen.
2. Wir müssen die Arbeit der "Komitees zur Verteidigung der Rechte der politischen Gefangenen" unterstützen und die Moral und Kampfkraft der Palästinenser in den Gefängnissen stärken. Die Bedingungen dafür sind gut, der Weg, wie wir das erreichen können, ist einfach:
Zur Zeit gibt es auf den Westbanks 3 arabisch-palästinensische Zeitungen, deren Möglichkeiten zwar eingeschränkt sind, die aber den Kampf der Volksmassen nach besten Kräften unterstützen. (Siehe dazu KVZ Nr. 27/5.12.74, dort ist ein Interview mit dem ausgewiesenen Chefredakteur einer dieser Zeitungen, Ali Al Kateib, abgedruckt worden.) Über diese Zeitungen können wir an politische Gefangene schreiben, die Zeitungen werden den Meldungen über diese Briefe drucken und an die "Komitees" weiterleiten.

Die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) hat dem KBW eine Liste von politischen Gefangenen übergeben und fordert uns auf, an diese stellvertretend für alle Gefangenen zu schreiben.
Dies sind:
Omar Kassem, *Mitglied des Zentralen Komitee der DFLP, seit 1968 im Ramallah Gefängnis, verurteilt zu dreimal lebenslänglich.*
Marjam Schahaschir, *Mitglied der DFLP, seit 1969 im Nablus Gefängnis, verurteilt zu 20 Jahren.*
[illegible] Barmawi, *Mitglied von* [illegible], *verurteilt zu lebenslänglich,* *Nablus Gefängnis.*
Hatim Al Shannar, *Mitglied der DFLP, seit 1968 im Nablus Gefängnis, lebenslänglich.*
William Nassar, *lebenslänglich, im Beit-Leif Gefängnis.*

Name und Anschrift der Zeitungen:
Al Khods Newspaper, Jerusalem/Israel, PO Box 19788
Al-Shaab Newspaper, Jerusalem/Israel, PO Box 19154
Al Fagir Newspaper, Jerusalem/Israel, PO Box 20517

Eine weitere Möglichkeit ist noch, an die Zeitung der "Rakah", der Kommunistischen Partei in Israel zu schreiben, die die Briefe ebenfalls weiterleiten wird. **Al-Eltihad Newspaper, Haifa/Israel, PO Box 104.**
Die Demokratische Front hat Weihnachts- und Neujahrskarten gedruckt, die so schnell wie möglich schicken wird. So lange sie nicht zur Verfügung stehen, sollten wir kurze Briefe oder Karten verfassen.

Beispiel:
To Omar Kassem, Ramallah Prison, co Al Khods Newspaper, Jerusalem/Israel, PO Box 19788
Lieber Freund!
Wir wünschen Dir und Deiner gerechten Sache alles Gute.
Mit solidarischen Grüßen *xy*

Man muß damit rechnen, daß die israelische Regierung diese Briefe und Postkarten, die man vielleicht auch auf Englisch schreiben könnte, aufzuhalten versucht. Deshalb ist es wichtig, eine Nachricht an die KVZ-Redaktion, die Ortsleitungen des KBW oder an Palästina- oder Nahost-Komitees zu übergeben. Außerdem wäre es gut, wenn möglichst an alle Zeitungen geschrieben wird.
Später können wir eine Dokumentation über den Erfolg dieser Aktion an die PLO und an die Demokratische Front (DFLP) weiterleiten.

Häusersprengungen

Nach Auskunft der Israelischen Liga für Menschenrechte wurde in den besetzten Gebieten allein von 1967 bis November 1969 7 500 Häuser von den Besatzern gesprengt.
Offizielle Zahlen über Deportationen von palästinensischen Bürgern:

1967	3
1968	27
1970	371
1971-1973	1073

Das Lied der Salamander-Arbeiter von Speyer

Für die 460 Speyerer Salamanderarbeiter, die im nächsten Frühjahr alle auf die Straße gesetzt werden sollen, wurde jetzt ein Sozialplan vereinbart, der bei der Belegschaft große Enttäuschung hervorgerufen hat. Der Betriebsrat hatte sich, ohne dazu gezwungen zu sein, schon jetzt auf Verhandlungen darüber eingelassen. Damit ist es sehr viel schwieriger geworden, noch erfolgreich Widerstand gegen die Schließung des Werkes überhaupt zu leisten.
Das LIED DER SALAMANDER-ARBEITER entstand vorige Woche im Betrieb. Es zeigt auf, wie der Kampf gegen die Schließung aussehen muß und ruft die Kollegen auf, mit Bussen zum Salamander-Hauptwerk und Verwaltungssitz nach Kornwestheim zu fahren: (Melodie: "Theo, wir fahren nach Lodz")

Auf geht's ins Schwabenland,
denn es ist schon allen bekannt,
daß dort drüben Kornwestheim liegt
und uns um den Arbeitsplatz betrügt,
auf geht's ins Schwabenland.

Auf geht's ins Schwabenland,
auf geht's ins Schwabenland,
wir haben den Sozialplan satt,
wir wollen unsern Arbeitsplatz
auf geht's ins Schwabenland.

Wir haben mit unserer Kraft
für das Werk geschafft,
wir werden weiterkämpfen
ohne Zeit verschwenden,
vor lauter Ungeduld
packt uns jetzt die Wut,
Maschinenlicht geht aus,
wir stürmen raus.

Auf geht's ins Schwabenland,
auf geht's ins Schwabenland.
Die Busse stehn vorm Tor bereit,
wir dürfen keine Feiglinge sein,
auf geht's ins Schwabenland.

Wir haben mit unserer Kraft
für das Werk geschafft,
wir werden weiterkämpfen
ohne Zeit verschwenden,
vor lauter Überstunden
ging das Werk zugrunde,
sie haben Profite gemacht,
wir fliegen ab.

Auf geht's ins Schwabenland,
auf geht's ins Schwabenland.
Bis März soll die Firma geschlossen sein,
wir dürfen keine Feiglinge sein,
auf geht's ins Schwabenland.

Wir haben mit unserer Kraft
für das Werk geschafft,
wir wollen weiterschaffen
an unserm Arbeitsplatz,
Maschinenlicht ist aus,
wir sind schon alle draus,
wir werden weiterkämpfen,
ja, bis zum Ende.

Auf geht's ins Schwabenland,
denn es ist schon allen bekannt,
daß dort drüben Kornwestheim liegt
und uns um den Arbeitsplatz betrügt,
auf geht's ins Schwabenland.

... kann drei Berufe, schafft wie ein Ochs ...

Liebe Genossen,

vielleicht könnt Ihr in einer der nächsten Nummern die Lebensdaten eines Freundes veröffentlichen; sie scheinen mir ziemlich typisch für viele Leute, die ich kenne. Ich habe seinen Namen verändert, weil ich ihn nicht gefragt habe, ob er für diesen Brief ist. Ich glaube aber, daß es ihn – der z. B. Kollegen aus Südeuropa noch immer für "Eselstreiber" hält und oft auf "Schmidtchen" (Helmut 'der Riemenschnaller) hofft – 'umhauen' wird, wenn er bemerkt, daß er da mit seinen "Problemen" in der Zeitung steht.

J.R.,Frankfurt

Lebensdaten meines Freundes Walter

Walter ist in Frankfurt geboren. Während des Krieges wurde er wie viele Kinder evakuiert und bekam deswegen eine miserable Schulausbildung mit. Das letzte, was er von seinem Bruder kurz vor Kriegsende hörte, war ein Brief aus einer SS-Ausbildungsstätte, worin er seiner Mutter mitteilte, daß sie hier zu Mördern ausgebildet würden. Man fand ihn später tot auf einer Straße, wo ihn die Amis eigentlich nicht erschossen haben können.

Walter machte eine Glaserlehre. Einige Zeit vor Abschluß der Lehre wurde bekannt, daß sein "Meister" keiner war und deswegen die Lehre abgebrochen werden mußte. Walter wollte immer Förster werden, wozu aber das Geld fehlte. Dann fuhr er Öl und Kohlen, wechselte später in einen Betrieb über, wo er sich die Qualifikation eines Betriebsschlossers erarbeitete. Das nützt ihm einen Dreck, weil das Papier natürlich nur in dem Betrieb gilt. Dann war er wieder "nur" Arbeiter, bis er sich in seinem neuen Betrieb zum Betriebselektriker ausbildete. Jetzt hat er wieder ein Papier und hofft, in die Lohngruppe 1 zu kommen. Er macht 3 Schichten-Wechsel und schläft oft nur wenige Stunden. Nächste Woche wird er 41; da meint er jetzt manchmal, wenn sein Kreislauf rotiert, er würde alt und sieht nicht ein, daß seine Arbeitgeber ihn "alt" gemacht, d. h. abgenutzt haben. Und da ist es doch kein Wunder, wenn wir uns jedes Mal in die Haare kriegen, wenn er wieder mal mit seiner Theorie kommt, die deutschen Arbeiter müßten nur zwei Stunden länger arbeiten, dann bräuchten wir keine Ausländer.
Sein Sohn ist übrigens auf die Sonderschule geraten, weil in der ersten oder zweiten Klasse so viele Kinder waren, daß der Lehrer ein paar sitzenbleiben lassen mußte. Michael war eben einer der schwächsten Schüler als Arbeiterkind in einer Gegend, wo auch viele "Akademiker"-Kinder waren. Natürlich ist er heute noch auf der Schule, einer der schlimmsten in Frankfurt. Walter und seine Frau sorgen sich die Haare vom Kopf, wie sie ihn in eine Lehre kriegen können. Damit er besser lernen kann, haben sie jetzt sogar ihr Schlafzimmer aufgegeben, damit er ein eigenes Zimmer bekommt. Eine neue Wohnung konnten sie nicht bezahlen, da sie schließlich nicht ein Drittel ihres Geldes für Miete ausgeben können.
Mich wundert's nicht, daß Walter manchmal ganz verzweifelt oder kaputt ist und nicht mehr weiß, "was man denn noch machen soll". Er macht ja alles, kann drei Berufe, schafft wie ein Ochs und kommt doch nicht aus dem Loch raus. Anders gesagt: er erfährt eben am eigenen Leibe und an dem seiner Familie, was es heißt, nur seine Arbeitskraft zu besitzen. Was Wunder, wenn sein Sohn nicht seine eigenen Interessen aufgreift (lernt und sich gegen die Zustände in der Schule zur Wehr setzt), wenn er sieht, daß der Vater das auch nicht tut, scheinbar nicht tun kann. Walter hat erkannt, daß die Lage der Arbeiter bei uns schlecht ist; er hat aber noch nicht erkannt, daß er sich selbst zerstört, wenn er wie der Hase in der Tierfabel hinter neuen Qualifikationen herhetzt und nicht schlau wie der Igel die Regeln verändert. Die Regeln der Ausbeutung kann man allerdings – anders als in der Fabel – nicht allein außer Kraft setzen, sondern muß dafür gemeinsam kämpfen.

'Der Arme'

W. Schwandner und die Lösung der Krise

In einem Artikel in der QUICK Nr. 46 über Wolfsburg konnte man lesen, daß die "Zugänglichen Damen im Herz 35" (Ortsteil Mörse) über die Lasten der Krise stöhnen: "Nichts mehr los, keine Kavaliere. Nur noch wenige geben Geld aus fürs bumsen!" Ja, schwer haben es die leichten Mädchen, aber schwer hat es auch so manch ordentlicher Geschäftsmann: "Kaufmann Werner Schwandner, der mehrere Ladengeschäfte hat", außerdem noch CDU-Ratsherr im Wolfsburger Rathaus und Oberstleutnant der Reserve ist, hat auch unter der Krise zu leiden. Gegenüber 'Quick' erklärt er: "Jawohl, der Umsatz ging zurück!" Doch im Gegensatz zu den leichten Mädchen im Herz 35 weiß sich dieser schwere Junge zu helfen, denn im nächsten Satz verrät er uns schon seinen Weg aus der Krise: "Notgedrungen", sagt er, "mußte ich meine Belegschaft von 95 auf 76 Personen verringern. Das Ergebnis sieht so aus: Die Leute, die noch da sind, arbeiten fleißiger, die Arbeitsmoral ist gestiegen. Außerdem bin ich jetzt in der glücklichen Lage, alle Lehrlinge abzulehnen, die mit einer 5 im Rechnen Kaufleute werden wollen. Und ich selbst? Ich fahr' auf meinen Geschäftsreisen nicht mehr in der ersten, sondern ganz schlicht in der zweiten Klasse. So habe ich unterm Strich überhaupt keinen Verlust." Eins muß man dem Mann lassen, er ist ehrlich, so ehrlich, daß er einem bald leid tut. Man möchte nach seinen letzten Sätzen am liebsten zur Sammelbüchse greifen, um ihm wenigstens seine 1.Klasse-Bahnfahrt zu erhalten.

–a.b.–



Mit diesem Plakat, das die Lage der kleinen Bauern so anschaulich klar macht, luden die Uslarer Genossen zu einer Veranstaltung ein. Es agitiert, indem es Kenntnisse vermittelt.

Unfall

Erinnerung an einen Unfall, Klöckner Bremen, 27.11.74

Defekt ...
die Anlage. Ohne Funktion.
Halt an.
Mensch?
Produktion?
Ich halt es nicht an, nehme es auf.
Die Glut unter mir.
Auflohen.
Wie das frißt!
Aus ...

Kurzer Bericht:
"Sein Zustand ist kritisch."
Ich klag' Euch: Mein Zustand
war kritisch
bevor mich die Lohe fraß.

Altes Lied - neue Fassung

Eigener Text auf eine Melodie des Seifenliedes (von Arendt/Stanzky 1928/29), eines Spottliedes auf den Wahlkampf der SPD im Jahre 1928.

Refrain:
Wir schlagen Schaum.
Wir seifen ein.
Wir legen Euch doch immer wieder rein!

1. Wir haben Reformen versprochen
in Hoffnung auf Eure Geduld.
Und sind die Reformen zerbrochen
Und sind die Reformen zerbrochen
es ist nicht unsere Schuld.
Refrain.

2.
Wir sind für Chancengleichheit
Mehr Lehrer sind unser Ziel.
Das braucht Ihr auch in Wirklichkeit.
Doch uns kostet das zu viel.
Refrain.

3.
Wir wolln Vermögensbildung
für jeden kleinen Mann.
Daß er in 926 Jahren
ein Millionär sein kann.
Refrain.

4.
Die Mitbestimmung für Proleten
die haben wir groß rausgebracht.
Da dürft Ihr im Aufsichtsrat reden –
doch der Kapitalist hat die Macht.
Refrain

"Und was macht die SPD, wenn Arbeiter für ihren Lohn und für ihre Rechte kämpfen?"

5.
Bei Ford in Köln am Rheine
da gab es einen Streik.
Wir machten den Arbeitern Beine
und habens ihnen eingebleut.
Wir schlagen!
Wir seifen! Wir legen Euch doch immer wieder rein.

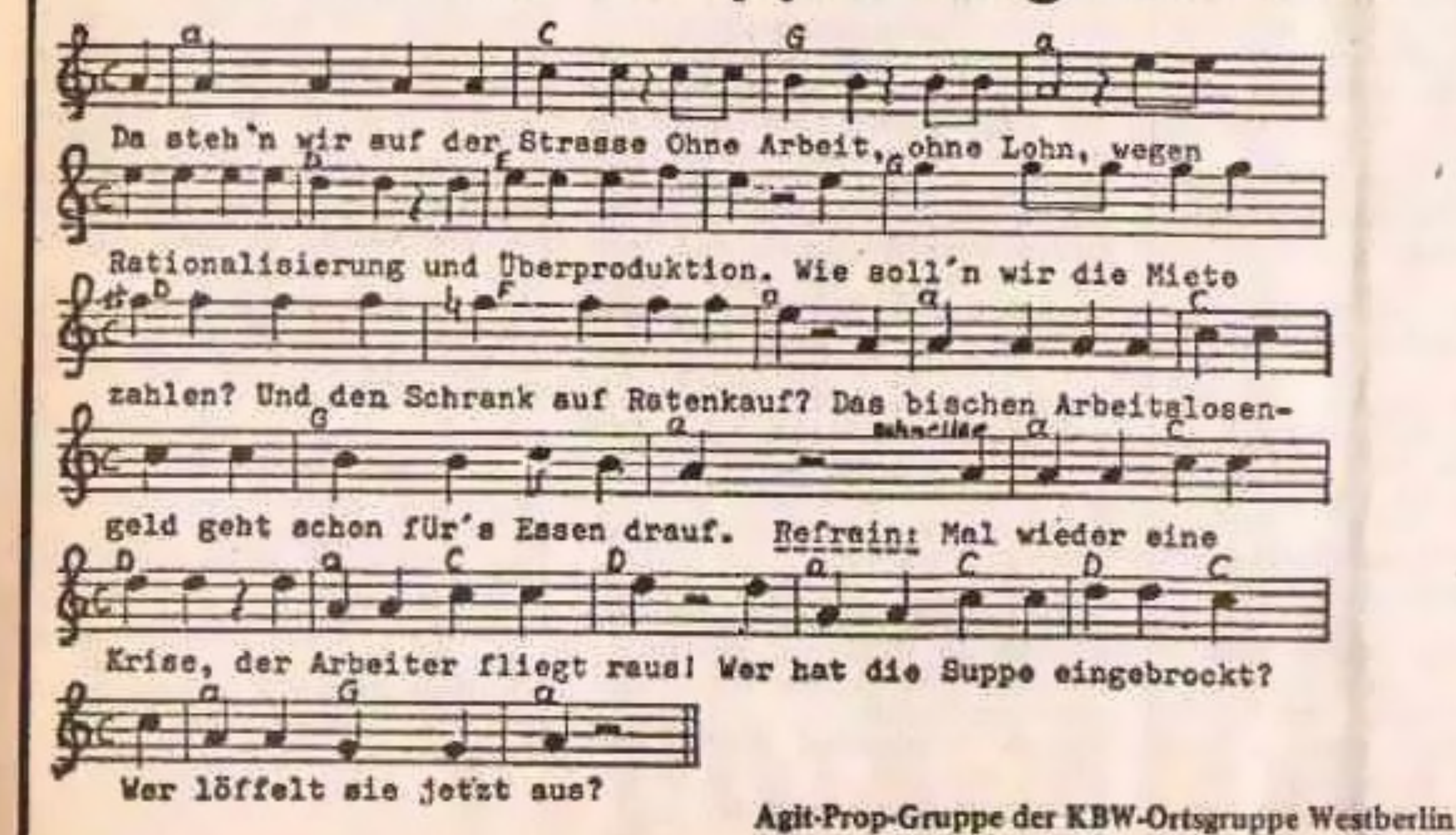
6.
Wir erlassen Euch viel Steuer.
Was wollt Ihr denn noch mehr?
Das wird dem Staat kurzfristig teuer.
Doch dann zahlt Ihr umso mehr!

"Doch eine Reform haben wir einmütig durchgebracht."

7.
Wir haben die Diäten
für uns ganz kräftig erhöht.
Wir fragten keinen Proleten.
Der hätt uns das verwehrt.
Refrain.

APG Ffm.

Wer hat die Suppe eingebrockt?



Agit-Prop-Gruppe der KBW-Ortsgruppe Westberlin

Im Betrieb hat jeder Angst, daß es
auch ihm an'n Kragen geht,
daß er, wenn er den Akkord nicht schafft,
genauso draußen steht.
Immer schneller läuft das Band und
die Maschine steht nicht still.
Die Gesundheit, die geht drauf,
wenn man das noch schaffen will.

Mal wieder eine Krise,
der Arbeiter fliegt raus!
Wer hat die Suppe eingebrockt?
Wer löffelt sie jetzt aus?

Wie erfreulich ist für mich doch
diese Arbeitslosigkeit,
denn für jeden kranken Arbeiter
steh'n zwei neue schon bereit.
Und ich kann auch Lohn einsparen,
auch der Kanzler hilft dabei.
Da heißt's: "Gürtel enger schnallen,
dann geht alles bald vorbei!"

Mal wieder eine Krise,
der Arbeiter fliegt raus!
Die Suppe ist gut eingebrockt,
sie löffeln sie gut aus!
(zeigt auf die Arbeiter)

Wir müssen produzieren,
was dem Kapital gefällt.
Die Rüstung zum Beispiel
bringt 'ne ganze Menge Geld.
Sie vernichten Lebensmittel,
damit der Preis nicht sinkt.
Es kommt alleine darauf an,
wieviel Profit das bringt!

Mal wieder eine Krise,
der Arbeiter fliegt raus!
Wer hat die Suppe eingebrockt?
Wer löffelt sie jetzt aus?

Wir müssen schließlich essen,
auch wenn's keine Arbeit gibt.
Die Bosse sollen's zahlen,
denn die hab'n den Profit.
Die Arbeitsämter müssen
von uns selbst verwaltet sein,
sonst setzt man uns als Lohndrücker
gegen die Kollegen ein.

Mal wieder eine Krise,
der Arbeiter fliegt raus.
Wir hab'n uns das nicht eingebrockt,
wir löffeln's auch nicht aus!